

Jahrgang 37 • Heft 3 • 2008

Soziologie

Aus dem Inhalt

- Michael Huber:
Die Zukunft der Universität
- Silke van Dyk:
*1922 – 1934 – 2008.
Soziologische Wissenschaftsgeschichte
aus der Jenaer Perspektive*

DGS DEUTSCHE
GESELLSCHAFT
FÜR SOZIOLOGIE

campus

SOZIOLOGIE

FORUM

DER DEUTSCHEN GESELLSCHAFT FÜR SOZIOLOGIE

Heft 3 • 2008

Herausgeber im Auftrag von Konzil und Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Prof. Dr. Georg Vobruba (verantwortlich im Sinne des Presserechts).

Redaktion: PD Dr. Sylke Nissen und Thilo Fehmel, M.A., Universität Leipzig,

Institut für Soziologie, Beethovenstraße 15, 04107 Leipzig,

E-Mail: soz-red@sozio.uni-leipzig.de, Tel.: 03 41/97 35-648 (Redaktion)

oder -641 (G. Vobruba), Fax: 03 41/97 35-669.

Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Soziologie:

Prof. Dr. Hans-Georg Soeffner, E-Mail: Hans-Georg.Soeffner@kwi-nrw.de.

Vorstands- und Vorsitzarbeit: Dipl.-Soz. Dana Giesecke,

Kulturwissenschaftliches Institut NRW, Goethestraße 31, 45128 Essen,

E-Mail: Dana.Giesecke@kwi-nrw.de, Tel.: 02 01/72 04-208, Fax 0201/72 04-111.

Schatzmeisterin: Prof. Dr. Beate Kraus, Technische Universität Darmstadt,

Institut für Soziologie, FB 2, Residenzschloss, 64283 Darmstadt,

E-Mail: Kraus@ifs.tu-darmstadt.de, Tel.: 0 61 51/16 34 67, Fax: 0 61 51/16 60 75.

Aufnahmeanträge auf der Homepage der DGS: www.sociologie.de

Soziologie erscheint viermal im Jahr jeweils zu Beginn eines Quartals. Redaktionsschluss ist jeweils sechs Wochen vorher. Für Mitglieder der DGS ist der Bezug der Zeitschrift im Mitgliedsbeitrag enthalten. Beiträge in der *Soziologie* werden erfasst in CSA Sociological Abstracts (San Diego) und SOLIS (Bonn).

Campus Verlag, Kurfürstenstraße 49, 60486 Frankfurt am Main,
www.campus.de

Geschäftsführer: Thomas Carl Schwoerer

Programmleitung Wissenschaft: Dr. Judith Wilke-Primavesi

Abonnenen- und Anzeigenbetreuung:

Beate Hildebrand, 0 69/97 65 16-812, b.hildebrand@campus.de

Bezugsmöglichkeiten 2008 für Nichtmitglieder der DGS:

Jährlich erscheinen vier Hefte. Jahresabonnement privat (print + online) 70 €;

Jahresabonnement Bibliotheken/Institutionen 110 €;

Jahresabonnement Studenten/Emeriti (print + online) 30 €.

Alle Preise zuzüglich Versandkosten. Alle Preise und Versandkosten unterliegen der Preisbindung. Kündigungen des Abonnements müssen spätestens sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums schriftlich mit Nennung der Kundennummer erfolgen.

© Campus Verlag, Frankfurt 2008

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil dieser Zeitschrift darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages vervielfältigt oder verbreitet werden. Unter dieses Verbot fällt insbesondere die gewerbliche Vervielfältigung per Kopie, die Aufnahme in elektronische Datenbanken und die Vervielfältigung auf CD-Rom und allen anderen elektronischen Datenträgern.

Druck: Druck Partner Rübemann, Hemsbach

ISSN 0340-918X

Inhalt

Editorial	273
-----------------	-----

Lehren und Lernen

Michael Huber

Die Zukunft der Universität	275
-----------------------------------	-----

Richard Münch

»Märkte und Sozialräume in Europa« Graduiertenkolleg der Universität Bamberg	292
---------------------------------------------------------------------------------------	-----

Peter Weingart

»Auf dem Weg in die Wissensgesellschaft« DFG-Graduiertenkolleg am Institut für Wissenschafts- und Technikforschung (IWT) der Universität Bielefeld	295
----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

DGS-Nachrichten

Silke van Dyk

1922 – 1934 – 2008: Soziologische Wissenschaftsgeschichte aus der Jenaer Perspektive	299
Veränderungen in der Mitgliedschaft	307

Berichte aus den Sektionen und Arbeitsgruppen

<i>Sektion</i> Frauen und Geschlechterforschung	311
<i>Sektion</i> Jugendsoziologie	317
<i>Sektion</i> Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie	325

<i>Sektion</i> Politische Soziologie	328
<i>Sektion</i> Professionssoziologie	334
<i>Sektion</i> Rechtssoziologie	336
<i>Sektion</i> Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse	338
<i>Sektion</i> Wirtschaftssoziologie	343

Nachrichten aus der Soziologie

In memoriam Helga Krüger	357
Habilitationen	361
Call for Papers	362
Kommunikative Gattungen und soziale Formen; Wirtschaftspolitische Herausforderungen des demographischen Wandels	
Tagungen	367
Zeitgewinn und Selbstverlust. Folgen und Grenzen der Beschleunigung in der späten Moderne; Analysemöglichkeiten mit dem Sozio-oekonomischen Panel; Home and Urbanity. Cultural perspectives on housing and everyday life	
Autorinnen und Autoren	374
Abstracts	377

Stellen Sie sich vor,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

Giovanni di Lorenzo, der Chefredakteur der ZEIT, hat mir geschrieben! War das eine Freude. »Ihre Teilnahmeunterlagen zur großen ZEIT-Studie »Familie 2008« und: »Bitte sofort öffnen!« stand auf dem Briefumschlag. Hab ich natürlich gleich gemacht. Drin war ein netter Brief, »wir alle wissen, dass es vielen Paaren in Deutschland heute schwerfällt, sich für ein Kind zu entscheiden. Aber woran liegt das eigentlich?«. Die »große ZEIT-Studie« wolle dieser Sache einmal auf den Grund gehen, meine Meinung sei ihnen wichtig, und »alle Fragebögen werden natürlich absolut vertraulich behandelt und anonym ausgewertet. ... Vielen Dank im Voraus!« Beigelegt war ein Fragebogen, in dem man allerdings merkwürdiger Weise Namen und Adresse angeben sollte. Außerdem war der Fragebogen doch sehr schlicht gestrickt; um nicht zu sagen: saudumm. Neun Fragen, mit denen irgendwelche Meinungen erhoben wurden. Eine einzige Frage (»Haben Sie eigene Kinder, oder wünschen Sie sich in Zukunft Kinder?«), die man zu den anderen irgendwie sinnvoll in Relation setzen könnte. Sonst nichts, woran sich irgendwelche Kausalitätsvermutungen testen ließen, nichts, womit man diese Meinungen wenigstens hätte korrelieren können, Alter, Beruf, Einkommen oder so etwas. Eine Frage war:

Was erachten Sie in Ihrem Leben für besonders erstrebenswert?

- Ein intaktes Familienleben
- Meine persönliche Entfaltungsfreiheit
- Beruflichen Erfolg
- Körperliche Fitness

Völlig klar, dass diese Frage bei einer »großen ZEIT-Studie »Familie 2008« nicht fehlen darf. Aber was soll man da ...? Zum Glück waren Mehrfachnennungen möglich.

Das alles wirkte also nicht sonderlich überzeugend, dafür aber winkte »das große Dankeschön-Paket für alle Teilnehmer« und die Verlosung einer Reise nach Peru.

Ach ja, ich habe bisher nicht erwähnt, dass der Brief des Chefredakteurs der ZEIT nicht ganz persönlich an mich gerichtet war. Er lag der Süddeutschen Zeitung bei.

Zwar hat die Aktion samt Fragebogen ein erhebliches Komikpotential, aber eigentlich ist das alles überhaupt nicht lustig. Für wie blöd hält die PR-Abteilung der ZEIT eigentlich die Leserinnen und Leser der Süddeutschen? Und wie weit über Halshöhe muss dem Chefredakteur das Wasser stehen, damit er bei so einem Schmarrn mitmacht? Das ist der private Aufreger.

Der professionspolitische Skandal besteht darin, dass hier ein klassisches Instrument der empirischen Sozialforschung missbraucht und eine für die Soziologie grundlegende Erhebungstechnik diskreditiert wird. Empirische Sozialforschung ist kein Gesellschaftsspiel. Eine kompetente und methodisch kontrollierte Selbstbeobachtung der Gesellschaft ist ein essentieller Beitrag zu ihrem Funktionieren, ihrer Kritik und ihrer Reform. Das sollte der ZEIT bekannt und ein Anliegen sein. Und da die Soziologie, wie Rainer Lepsius (in der SOZIOLOGIE 3/2003) betont hat, die Methodenkompetenz für die gesamten Sozialwissenschaften verwaltet, hat sie die Pflicht, derlei nicht widerspruchlos hinzunehmen. Man reinigt mit einem Skalpell ja auch nicht den Abfluss, wenn man damit noch operieren will.

Die implizite Perfidie der Aktion besteht darin, dass die Pseudoumfrage auf ein wirklich drängendes Problem zielt. Ob »Deutschland alles in allem ein kinderfreundliches Land« ist, ob sich hier »Kind und Karriere gut miteinander vereinbaren lassen« usw. – das sind durchaus wichtige Fragen, nicht geeignet als Vorwand für Abonnenten-Werbung.

Ob wohl die diversen großen ZEIT-Rankings der Universitäten Deutschlands ähnlich angelegt sind? Anfragen richten Sie bitte direkt an: DIE ZEIT, Studienauswertung »Familie 2008«, 20080 Hamburg.

Ihr

Georg Vobruba

Die Zukunft der Universität

Michael Huber

1. Einleitung

Der Titel *Die Zukunft der Universität* erinnert an Friedrich Nietzsches fünf Reden über *Die Zukunft unserer Bildungsanstalten* (Nietzsche 1983), mit denen er das Grundmuster einer bürgerlichen Bildungs- und Hochschulkritik entwickelt, das die Krise der Universität mit dem »Einbruch der Massen« verbindet. Ein Grundmuster, das heute noch immer gern und oft benützt wird. »Nur die Anekdoten«, schreibt Walter Erhart, »sind neu: ein germanistisches Hauptseminar mit ungefähr fünfzehn Studierenden, in dem niemand vorher schon einmal den Namen »Hiob« gehört hat; Studierende historischer Wissenschaft, die das Mittelalter mit dem 17. Jahrhundert (beginnen lassen) und den Dativ mit dem Genitiv verwechseln« (Erhart 2004: 110).

Mein Beitrag unterscheidet sich nun neben den offensichtlichen, in zwei grundlegenden Punkten von Nietzsches Entwurf. Ich kann nicht von der Zukunft *unserer* Bildungsanstalten sprechen, denn erstens gehört die moderne Universität *uns* nicht mehr – ja man wüsste nicht einmal, wer dem Kollektiv zuzurechnen wäre: Professorinnen und Professoren? Alle wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter? Oder gehören auch noch die Studierenden dazu? Zweitens, da ich einen soziologischen Zugang zur universitären Zukunft wähle, formuliere ich weder normative Erwartungen, Eigentumsansprüche noch gebe ich Prognosen über die Universitätsentwicklung ab, wenn ich über ihre Zukunft spreche. Vielmehr analysiere ich die Zukunftsentwürfe der Universität und zeige, wie sie sich in die Organisation einschreiben und wie die akademische Produktion – ganz anders als programmatische Statements es versprechen – davon geprägt wird.

2. Die Zukunft als soziologisches Problem

Zukunft als Horizont – so kann man mit Luhmann (1976) im Anschluss an Schütz und Husserl sagen – ist ein Aspekt aller sozialen Systeme, nämlich der in ihnen gebildeten Erwartungen, an denen in zeitlicher Hinsicht sich das gegenwärtige Operieren der Systeme ausrichtet. Die Integration eines offenen Zukunftshorizonts in gegenwärtige Situationsdefinitionen ist allerdings eine historisch relativ junge Errungenschaft, die sich vor allem in der modernen, funktional differenzierten Gesellschaft entwickelt. Dies zeigen historische Studien zu Zeitstrukturen und Zukunft, etwa bei Reinhart Koselleck (1989) und Lucian Hölscher (1999). Oder neuere soziologische Studien von, um nur zwei zu nennen, Barbara Adam (2005) oder Armin Nassehi (1993).

Diese Studien zeigen auch, dass im Zuge dieses Modernisierungsprozesses die Zeitstrukturen der Gesellschaft nicht von einem einzelnen Funktionssystem reguliert werden. Vielmehr entfaltet sich eine Vielzahl von Zukunftshorizonten, die mit gleichem Geltungsanspruch nebeneinander existieren. Alle Funktionssysteme kommunizieren daher immer auch im Modus der Zukunft und alle bearbeiten mit ihren je spezifischen Mitteln die Frage, wie mit Überraschungen umzugehen ist, wie diese begrenzt, reduziert oder anderweitig verarbeitet werden können.

Sie unterscheiden sich jedoch voneinander in *operativer* und in *struktureller* Hinsicht: In operativer Hinsicht unterscheiden sie sich durch die *Formen des Erwartens*, auf die sie jeweils bauen. Erwarten soll dabei die Kommunikation von Zukunft in einem der drei denkbaren Geltungsmodi: Wahrheit, Richtigkeit oder Authentizität bezeichnen. Als Beispiele für wahrheitscodierte Zukunftskommunikation kann man die Prognose oder die Wette als Fälle kognitiven Erwartens anführen. Richtigkeitscodierte Zukunftskommunikationen sind normative Erwartungen, als authentizitätscodiert bezeichne ich Wünsche, Hoffnungen usw. Im Folgenden zeige ich, wie die Zukunftsentwürfe der Universitäten von einer richtigkeitsorientierten auf eine wahrheitsorientierte Kommunikation von Zukunft umgestellt werden. In *struktureller* Hinsicht unterscheiden sich Zukunftshorizonte darüber hinaus durch die *Art und Weise ihres Umgangs mit Kontingenz*: Erzeugen sie geradezu Kontingenz um darüber interne Struktur aufbauwerte zu erhalten, wie man das vielleicht dem politischen System attestieren kann? Sind sie intern tendenziell eher kontingenzarm, haben aber Suchinstrumente zur Erzeugung von »externer« Kontingenz ausgebil-

det, wie man das etwa am Rechtssystem und dessen organisatorischen Einrichtungen zum Aufspüren von »Fällen« beobachten könnte? Wäre die Wissenschaft dann ein System, das in der Bewältigung von Kontingenz, dem Erzeugen von gesetzesförmigem, prognosefähigem Wissen einerseits dauernde Kontingenzvernichtung betreibt, dabei aber andererseits neue Kontingenzen mitproduziert, die dem System selbst eine zukünftige Gegenwart in Form der Gewissheit stets neuer ungelöster Fragen garantieren?

Niklas Luhmann (1976) unterscheidet in diesem Zusammenhang zwei Aspekte, nämlich *gegenwärtige Zukünfte* – also Projektionen, etwa in Gestalt von Utopien – und *zukünftige Gegenwarten* in Gestalt von technologischen Orientierungen, kausalen oder stochastischen Verbindungen zukünftiger Ereignisse. Die zukünftigen Gegenwarten bringen, wie Luhmann sagt, neue Kontingenzen ins Spiel, in Form von Überraschungen und Abweichungen vom vorhergesehenen Ablauf der Dinge. Sie verlangen deshalb in der jeweiligen Gegenwart ihrer Kommunikation nach entsprechenden Mechanismen der Überraschungsverarbeitung: nach Lernen, Redundanzen, Umgang mit funktionalen Äquivalenten wie Vertrauen oder Risikokommunikationen. Mit Zukunft beobachten wir eine doppelte Bewegung, denn »we experience future as a generalised horizon of surplus possibilities that have to be reduced when we approach them« (Luhmann 1976: 141). Zukunft spannt also einen Möglichkeitsraum auf und markiert gleichzeitig die Mittel und Strategien des Kontingenzmanagements.

Im Folgenden will ich an zwei historischen Entwürfen der Universitätsentwicklung solche Möglichkeitsräume skizzieren. In einem zweiten Schritt analysiere ich – in aller gebotenen Kürze – einige strukturelle Aspekte der aktuellen Zukunftsbewältigung und konzentriere mich dabei auf die Organisationsebene. Vor dem historischen Hintergrund treten die Konturen der aktuellen Zukunftsentwürfe und ihre organisatorischen Verarbeitungsformen umso deutlicher hervor. Dabei will ich insbesondere die Umstellung von richtigkeitscodierter auf wahrheitscodierte Kommunikation vorführen und die organisatorische Herstellung und Verarbeitung von Kontingenz näher beleuchten.

3. Die Geschichte der Zukunft der Universität

Nach diesen Präliminarien kann die Feststellung nicht mehr überraschen, dass die *Zukunft der Universität* erst jüngerem Datums ist. Denn obwohl die ersten Universitäten im 11. Jahrhundert in Italien als Reaktion auf die ausufernden Rechtstreitigkeiten zwischen Kirche, Staat und Städten gegründet wurden, begann ihre Zukunft mit der humboldtschen Idee der Universität im Jahr 1809.

3.1. Die Idee der Universität

Dass Zukunft gerade an diesem Zeitpunkt als Problem hervortritt, ist umso überraschender, als zum Ende des 18. Jahrhunderts ein »großes Universitätssterben« ausgebrochen war, dem die meisten reputierten deutschen Universitäten zum Opfer fielen (vgl. Ellwein 1997: 111f.). Humboldts Reform mit ihrer *Idee der Universität* lancierte zum Zeitpunkt des universitären Niedergangs einen Zukunftsentwurf, der bis heute nachwirkt (von Humboldt 1964a).

Mit der *Idee* öffnet Humboldt einen Möglichkeitenraum, durch den er die Realität versteht und die Entwicklungsmöglichkeiten der Universität bestimmt. Die Idee bildet dabei allerdings nicht die Wirklichkeit ab, sondern ergänzt, wie Humboldt es nennt, das »Gerippe der Begebenheiten« und gibt der manifesten Wirklichkeit *ihren* Sinn. Die Idee wird entfaltet von der Figur des Geschichtsschreibers, der kreativ die Begebenheiten interpretiert, extrapoliert und in die Zukunft projiziert (von Humboldt 1964b: 594). Solche Formen individualisierbarer Zukunftsentwürfe sind nicht selten. So bezieht sich auch der charismatische Führer Max Webers (1972), die Figur des professionellen Therapeuten, der bei Ulrich Oevermann (2005) und Niklas Luhmann (1995) gleichermaßen auftritt, auf diese außergewöhnlichen individuellen Fähigkeiten, und auch Karl Weick merkt in seinem Band *Sensemaking in Organizations* (1996) an, dass der Manager ein Historiker sei, und dass Entscheidungen keine Wahl, sondern eine Interpretation darstellen.

Der humboldtsche Geschichtsschreiber generiert, mit Rückgriff auf historische Erfahrungen, die Zukunft. Die Zukunft der Universität ist dabei offen, und Humboldts Idee begründet dies. Sie sieht – im Gegensatz zu heutigen Reformern – davon ab, die Zukunft der Universität in einem

optimalen Organisationsmodell zu ordnen. Humboldt übt sich in Zurückhaltung, da er die Vorbedingungen für eine solche Lösung nie ganz erfüllt sieht. Sie setzen nämlich ein *vollständiges* Wissen und Verstehen der Gesamtheit jener Kräfte voraus, die in einer Gesellschaft wirksam werden. Humboldt meint, dass es einzig angemessen sei, den ›Zufall‹ wirken zu lassen, der als die Summe der unerkannten sozialen Kräfte bestimmt wird. Neues wird geschaffen, indem die Gesellschaft der Herausforderung mit einem *thätigen Empfangen* entgegentritt, wenn die Zeit dazu reif ist. Ist sie reif, »reisst«, so schreibt Humboldt (1964c: 36), »die Gegenwart die Zukunft an sich«. Die aktuelle Zukunft bestimmt sich situativ.

Die programmatische Offenheit verbindet Humboldt mit drei Merkmalen der Universität. Erstens mit der scharfen Trennung von akademischer Produktion und staatlicher Verwaltung. Humboldt geht es darum, die wissenschaftliche Autonomie abzusichern. Dafür interpretiert er den staatlichen Zugriff auf Personen und Finanzen als wissenschaftlichen Autonomiegewinn. Diese Paradoxie – Freiheit durch Abhängigkeit – hat zwei parallele Verwaltungen innerhalb der Universität hervorgebracht, eine Zentralverwaltung, die neben internen Verwaltungsaufgaben besonders auf die Außenkontakte der Universität mit der Politik spezialisiert ist, und eine akademische Selbstverwaltung, die sich mit den wissenschaftsinternen Verwaltungs- und Koordinationsproblemen beschäftigt. Zweitens wirkt die Autonomie der Wissenschaften das Problem der innerwissenschaftlichen Koordination auf. Sie soll allein sachbezogen und wissenschaftsintern, durch Vernunft und rationale Argumentation, sichergestellt werden. Inhaltlich weist Humboldt diese Aufgabe der Philosophie zu, organisatorisch wird sie durch die Arbeitsteilung mit dem Staat umgesetzt. Drittens, und für meine Argumentation am wichtigsten, wird die Universität durch Werte zusammengehalten, was auch bedeutet, dass die Universität nicht als Organisation angesehen wird, sondern als eine organisierte Institution. Die Institution beruft sich auf eine gemeinsame, verbindliche Wertgrundlage, die meist mit den Begriffen Freiheit und Einsamkeit umschrieben wird. Humboldt will durch das Nichteingreifen der Universitätslehrer in die Politik Freiheit für die Wissenschaft erreichen – eine eigenwillige politische Neutralität, die andere Länder nicht übernehmen. Universitäten haben dort neben Lehre und Forschung auch noch die Aufgabe, die öffentliche Debatte – oft auch enger: die Politik – mit wissenschaftlichem Wissen zu versorgen.

Mit Humboldts Universität wird ein meritokratisches System etabliert, in das klassen- und schichtunabhängig all jene aufgenommen werden, die über die nötige Intelligenz und den erforderlichen Fleiß verfügen. Dadurch unterscheidet sich die humboldtsche Bildungsreform beispielsweise von den Vorschlägen der französischen Aufklärer, die eine standesorientierte Reform anstrebten. Humboldt begründet diese Ausrichtung durch die bessere gesellschaftliche Verwertbarkeit der Absolventen und ihre größere Zahl. Überdies verspricht Humboldt, dass je freier die Universitäten agieren, desto größere ökonomische Vorteile für die Gesellschaft generiert werden. Karl Jaspers (und Rossmann 1961) wird diese und andere Werte im *Geist der Institution* zu einem Wertekanon bündeln, der dazu angetan ist, richtiges von falschem wissenschaftlichem Handeln zu unterscheiden. Es geht hier um eine richtigkeitscodierte, an Werten orientierte Zukunftskommunikation.

In der modernen Organisationssoziologie werden die Folgen dieser Wertorientierung als Unregierbarkeit oder als unzureichend entwickelte Organisation beschrieben. Die organisationssoziologischen Erklärungen dafür hängen vom theoretischen Blickwinkel ab. Karl Weick kennzeichnet die Universität als ein lose gekoppeltes System, das durch Koordinationsmangel, wenig Kontrolle und eine starke Trägheit charakterisiert ist (Weick 1976: 5). Lose Kopplung bringt eine vielfältige, umweltsensible, aber eigen-tümlich unregierbare Organisation hervor. In ihrem berühmten Aufsatz zum *garbage can model* charakterisieren Michael Cohen, James March und Johan Olsen (1972) diese Unregierbarkeit als »anarchisch«, was bedeutet, dass die Organisation Entscheidungsprozesse nicht steuern kann, dass Lösungen Probleme suchen, Ressourcen Entscheidungsträger anziehen und »organisational slack« entscheidenden Einfluss auf die organisatorischen Entscheidungsprozesse entfaltet. Der Mangel an Organisation kann auch mit der Akribie in der akademischen Produktion kontrastiert werden. Ashby schreibt: »All over the country these groups of scholars who would not make a decision about the shape of a leaf or the derivation of a word or the author of a manuscript without painstakingly assembling the evidence, make decisions about admission policy, size of universities, staff-student ratios, content of courses and similar issues based on dubious assumptions, scrappy data and mere hunch« (Ashby 1963: 93).

Um die organisationssoziologische Sicht auf die Universität zusammenzufassen, lässt sich sagen, dass selbst dort, wo die traditionelle Universität als Organisation bezeichnet wird, sie wesentlich durch das Fehlen der Organisation gekennzeichnet wird.

3.2. Kulturkritik der Universitätsentwicklung

Ich verweilte etwas länger beim humboldtschen Zukunftsentwurf, da er nicht nur national, sondern auch international ein hegemoniales Kraftfeld entfaltete. Dennoch war er von Anfang an nicht nur den preußischen Beamten suspekt, die bedeutende Teile der Reform gleich nach Humboldts Rücktritt als Minister rückgängig machten.

Auch Friedrich Nietzsche ist über die Wertgrundlage der Idee irritiert. Aber er entwickelt in seinen schon genannten Vorlesungen *Über die Zukunft der Bildungsanstalten* kein Gegenmodell, sondern präferiert nur andere Werte. Nietzsche entwickelt in den 70er Jahren des 19. Jahrhunderts einen Krisen-diskurs, der die Rückbesinnung auf das »Goldene Zeitalter« der Universität fordert und seinen Zukunftsentwurf auf neue Werte gründet. Nietzsches Entwurf ist elitär, denn der Eintritt der Massen in die geweihten Hallen der Wissenschaft und Weisheit profanisiert und entweiht die Universität. Er entfaltet überdies eine autarke Sichtweise auf die Universität, deren Aufgabe allein in der Selbstreflexion besteht. Verwertungsinteressen werden als »nationalökonomisches Dogma« dämonisiert und abgelehnt. Das neue Dogma verfolgt das Ziel der *raschen, verwertbaren* Bildung, bei dem »heute den Menschen (...) nur so viel Kultur gestattet (wird, M.H.), als es im Interesse des Erwerbs ist, aber so viel wird auch von ihnen gefordert« (Nietzsche 1983: 510). Die Zukunft der Universität liegt unerreichbar in einer inexistenten, aber wirkmächtigen Vergangenheit.

Es geht mir nicht darum, die beiden Entwürfe mit Hinblick auf ihre Leistungsfähigkeit zu vergleichen – obwohl das eine reizvolle Aufgabe wäre –, sondern darauf hinzuweisen, dass Humboldt und Nietzsche universitäre Zukünfte entwerfen, die auf Normen und Werten beruhen. Mit diesem Bezug auf Werte stabilisieren beide Autoren Erwartungen an die Universitätsentwicklung, was aber auch bedeutet, dass der Verstoß gegen die Norm immer nur auf das falsche Handeln weist, nie die Möglichkeit falscher Norm mitdenkt. Die Zeitbindung durch Normen hat soziale Kosten, die beispielsweise daraus erwachsen, dass zukünftiges Verhalten gegenwärtig festgelegt wird. Wir kennen aus der Technikregulierung, dass solche Festschreibungen zu innovationshemmenden Barrieren werden. Um dies zu vermeiden, reagiert das Rechtssystem beispielsweise mit unbestimmten Rechtsbegriffen – wie *der Stand der Technik* oder *der Stand von Wissenschaft und Forschung* –, durch die es versucht, diese hohen sozialen und politischen Folgekosten abzufangen. So beschäftigt sich die Technikfolgen-

abschätzung beispielsweise mit der Abwägung normativer Vorgaben und ökonomischer und sozialer Folgekosten. In der aktuellen Hochschuldiskussion findet sich kein Äquivalent für unbestimmte Rechtsbegriffe, sondern dort entfaltet sich eine ganz andere Strategie der Kontingenzbewältigung.

4. Aktuelle Zukunftsentwürfe

Dass Zukünfte in jeder Gegenwart neu entworfen werden, wird insbesondere deutlich, wenn uns die von Nietzsche kritisierten Bildungsanstalten heute als das Goldene Zeitalter akademischer Bildung erscheinen.¹

Mit den aktuellen Reformbestrebungen an Universitäten werden indes neue Akzente gesetzt. Zeichnete zu Nietzsches Zeiten die Ausbildung aus, dass zu wenig Wissenschaft gelehrt wurde, stören heute die wissenschaftlichen ›Verdickungen‹ in den akademischen Studien (Herzog 1997: 88). Roman Herzog, der ehemalige Bundespräsident, spricht von Verdickung, wenn den Studierenden mit Wissenschaft die Studienkarriere belastet wird. Er rät daher zu einer wissenschaftlichen ›Abmagerungskur‹, zu mehr Praxisorientierung und wissenschaftlicher Schonkost. Praxisbezug, die Verwertbarkeit der Forschung und eine Organisationsreform sind notwendig, um endlich die Unregierbarkeit der Universität zu beenden. Diese Annahme wird mit dem *New Public Management*, das die *Idee der Universität* ersetzen soll, verbunden (Hood 1991).

New Public Management bestimmt seit den 1980er Jahren die niederländische und die englische, seit den 1990er Jahren auch die deutsche Universitätsentwicklung (Schimank 2005). Es treibt die *Ökonomisierung der Wissenschaft* voran, wobei man zwischen einer ergebnisorientierten, allein an direkter Verwertbarkeit ausgerichteten, einer inputorientierten, nur am Sparen interessierten und einer prozessorientierten Ökonomisierung unterscheiden kann, die darauf abzielt, das Verhalten der Universität bzw. an der Universität zu rationalisieren. Mit Ökonomisierung richtet sich die Zukunft

¹ Damit wird auch deutlich, wie eng Nietzsches Argument an Sokrates sich orientiert, dem der ewig gültige Satz zugeschrieben wird: »Die Jugend von heute liebt den Luxus, hat schlechte Manieren und verachtet die Autorität. Sie widersprechen ihren Eltern, legen die Beine übereinander und tyrannisieren ihre Lehrer.« Früher war immer alles besser.

der Universität allerdings nicht länger an verbindlichen, kollektiv geteilten Werten aus, sondern an *Knappheit*.

Unter Knappheit will ich mit Luhmann (1991: 70ff.) den asymmetrischen Zugriff auf bestimmte Güter verstehen, bei dem der Konsum eines Akteurs den Konsum durch andere Akteure ausschließt. Es ist zu erwarten, dass Zukunftsentwürfe sich dann nicht länger an Werten, wie Freiheit oder Einsamkeit, orientieren, sondern an Allokationsstrategien. Die einen werden versuchen, Knappheit dauerhaft zu überwinden, denn es »mag erträglich sein, wenn morgen ein neuer Tag beginnt, und damit ein anderer zum Zug kommt. Je mehr aber jeder versucht, sich auf lange Zeit von Knappheit zu befreien, umso größer wird bei gegebener Mengenkonzanz die Knappheit für andere« (Luhmann 1991: 70). Die anderen werden versuchen, die Ungleichheiten aufrechtzuerhalten, weil sie Vorteile mit der Asymmetrie verbinden. Statt sich auf gemeinsame Werte zu verlassen, wird nun die Universität charakterisiert durch die widerstreitenden Versuche, die Allokationsfolgen in Zukunft entweder zu verfestigen oder zu überwinden.

Der Staat setzt mit dem New Public Management Knappheit als Orientierungsmarke durch und kontrolliert damit gleichzeitig die Folgen dieser Umstellung. Der Staat huldigt dieser »new theology of quality, efficiency, and firm«, wie Michael Power (1997: 98) sagt, und etabliert im Zentrum der Hochschule die widersprüchliche Situation, dass man die universitäre Autonomie fördern will und trotzdem jeder organisatorischen Eigenständigkeit misstraut. Diese Regulierungsparadoxie ist konstitutiv für die aktuelle Universitätsentwicklung. Deshalb verwundert es auch nicht, wenn die »Glaubensgrundsätze« des New Public Management eigentümlich ambivalent angelegt sind. Sie streben zwar an, das Wachstum des Staats zu verlangsamen oder gar rückgängig zu machen, staatliche Aufgaben zu privatisieren und den Markt als zentrale Instanz einzusetzen, weisen allerdings in unterschiedliche, sich teilweise widersprechende Richtungen, wenn es um die Umsetzung dieser Ziele geht. So schreibt New Public Management den Verbrauchern ebenso wie den Managern neue Freiheiten zu, es will gleichzeitig Partizipation und Expertise als präferierten Lösungsweg etablieren, und entmachtet den Staat und seine Agenten zugleich.

Mit der Umsetzung des New Public Management beobachten wir auch die *Organisationsverdung* der Universität; dieses Thema hat in der aktuellen Hochschulforschung besondere Prominenz erlangt (vgl. von Wissel 2007). Ab jetzt kann die Universität sich nicht mehr auf geteilte Werte und diszi-

plinäre Traditionen verlassen, sondern sie bedarf neuer Verfahren und ›Ideen‹, die ihr die Politik durch New Public Management als ›Philosophie‹ und die Audits als Instrumente anbietet. Verliert die *Idee* ihre einigende Kraft, muss die Organisation an ihre Stelle treten. Dabei fehlt ihr allerdings die kollektiv geteilte Grundlage, denn universitäre Belange sind durch organisatorische Entscheidungen nicht vorab festgelegt, sondern ablehnbar, modifizierbar und manipulierbar.

5. Die Universität der Zukunft

Für die Zukunftsentwürfe hat die Umstellung auf Knappheit und die Emergenz der Organisation zur Folge, dass man nicht mehr von einer *Zukunft der Universität*, sondern nur von den Zukünften einzelner Universitäten reden kann. Um diese Zukünfte in einen kontrollierenden und koordinierenden Griff zu kriegen, spricht man von der *Universität der Zukunft*.

Was Humboldt vermied, nämlich einen Wettbewerb der Organisationsmodelle anzustoßen, findet heute begeisterte Anhänger. Man findet zahlreiche Entwürfe oder besser: Utopien der universitären Zukunft. Die Beiträge arbeiten vorteilhafte Alleinstellungsmerkmale einzelner Organisationsmodelle heraus, die unter Bedingungen der Knappheit sich als besonders erfolgreich erweisen, und sich im Wettbewerb um immer knappere Mittel durchsetzen sollen. Dabei fällt auf, dass die unterschiedlichen Vorschläge eine neue universitäre Monokultur propagieren. Vier solcher Monokulturen stelle ich kurz vor – auch um einige semantische Teilfelder des akademischen *Bullshit Bingo* zu erweitern.²

Die *lernende Universität* repräsentiert die Strategie, die Universität in ihrer alten Form weitgehend beizubehalten (vgl. Dill 1999). Lernen soll es der Organisation erlauben, sich effizienter, kundenfreundlicher und flexibler an

² Bullshit Bingo ist ein Spiel, das in allen Kommissionen, Gremien und anderen Treffen an europäischen Universitäten und Forschungszentren gespielt werden kann. Wie beim richtigen Bingo hat jeder Spieler eine Mehrfeldertafel vor sich, auf der jedoch Zahlen zufällig verteilt sind. Allerdings unterscheidet sich Bullshit Bingo vom Bingo, da statt Zahlen Begriffe des akademischen *New-Speak* in den Zellen angeführt werden – Harvard, best practice, proactive, world class, win-win usw. Fällt in der Diskussion einer der Begriffe, wird die Zelle angekreuzt. Hat Spieler eine Spalte oder Reihe voll, muss er aufstehen und laut *Bullshit* schreien. Dann hat er gewonnen.

die sich laufend wandelnden Erwartungen unterschiedlicher Klienten anzupassen. Die lernende Universität unterscheidet sich von den anderen Organisationsformen der Universität der Zukunft, weil sie keinen Wettbewerb zwischen den Universitäten anstrebt, sondern sich auf Einsicht und Vernunft verlässt. Mit Lernen wird – nicht nur in der Hochschulforschung – immer eine größere Problemlösungskapazität verbunden und gleichzeitig übersehen, dass Lernen für Organisationen äußerst riskant ist, insbesondere weil Organisationen ja auf Routinen beruhen und sie ihr Wesen nicht lange verleugnen können. Lernen kann nie ein andauernder Zustand werden, sondern muss die Ausnahme bleiben (vgl. Luhmann 1995: 93).

Die *interdisziplinäre Universität* verbessert sich, indem sie die disziplinären Barrieren überwindet und so die Verwertbarkeit akademischen Wissens steigert. Verwertbarkeit bezieht sich auf gesellschaftliche Probleme, die quer zur disziplinären Struktur der Wissenschaft liegen. Zurzeit wird an der *Arizona State University* ein Modell einer rein interdisziplinär ausgelegten Universität umgesetzt (Macilwain 2007). Es erinnert stark an den Entwurf einer Strukturreform, der im letzten Winter an der Universität Bielefeld diskutiert wurde.³ Problematisch an dieser Organisationsform der Interdisziplinarität ist der Verlust der disziplinären Struktur. Es scheint, als ob man das Sitzen zwischen den Stühlen zur einzig legitimen Form des Sitzens umdeutet.

Wird statt Verwertbarkeit Effizienz als Fluchtpunkt universitärer Entwicklungen eingeführt, wird die *Universität unternehmerisch* (Clark 1998; Etkowitz et al. 2000). Das bedeutet, dass die Universität ihre Verwaltung auf Management umstellt, die finanzielle Basis diversifiziert – weil die Vertreter dieser Zukunftsvision davon ausgehen, dass die Vervielfältigung der Abhängigkeit ein Indikator für erhöhte Autonomie ist –, sich stärker an der Verwertbarkeit des produzierten Wissens orientiert und trotzdem die akademische Wertgrundlage – Burton Clark (1998) nennt das *academic heartland* – hochhält. Der Erfolg der Unternehmensform soll in die Universität kopiert werden, ohne dass wirtschaftliche Erfolgskriterien mit jenen der Universität gleichgesetzt werden können.

3 Im Januar 2007 legte der Rektor der Universität Bielefeld ein Diskussionspapier vor, in dem er anregte, die Universität aus der Perspektive der Lehre neu zu organisieren. Alle Bachelor-, Master- und Promotionsstudiengänge sollten in je einer Organisationseinheit (*school*) organisiert werden, die von den Fakultäten dann mit Lehre »beschiedet« werden. Dadurch, so argumentierte der Rektor, sollen bessere Bedingungen für die Forschung und größere Effizienz und Flexibilität der Lehre gesichert werden.

Die *exzellente Universität* versucht, alle angeführten positiven Merkmale gleichermaßen zu entwickeln. Mehr noch als andere Universitätsmodelle zielt die Exzellenzuniversität jedoch auf eine Binnendifferenzierung des Hochschulsystems ab. Unterschieden sich die Universitäten in Deutschland bisher nur wenig, hat sich die Exzellenzuniversität als hegemonialer Universitätstyp in den Köpfen der Politik, der Wissenschafts- und Hochschulverwaltung und der Öffentlichkeit festgesetzt. Sogar beredete Kritiker der Exzellenzinitiative wie Richard Münch (2007) problematisieren die Exzellenzuniversität nicht grundsätzlich, sondern nur mit Hinblick auf die Qualität der Exzellenz und die Verteilung der Ressourcen. Vollkommen offen bleibt, was mit der Mehrzahl der nichtexzellenten Universitäten geschehen soll.

Auch wenn die vier hier angesprochenen Zukünfte der Universitäten deutlich voneinander abweichen, wird von allen eine ›Elite‹ etabliert. Allerdings geht es hier nicht mehr um eine, wie Weber sagt, ›Geistesaristokratie‹, sondern um eine neue ›akademische Unternehmerschaft‹. Zu Zeiten Max Webers bevölkerten ›akademische Unternehmer‹ als Ausnahmereischeinungen die naturwissenschaftlichen Fakultäten (Schluchter 1996), heute werden sie durch Anreizsysteme als dominanter Wissenschaftlertyp herangezüchtet und durchgesetzt. Unternehmerschaft, Effizienz und Elite sind allerdings keine Wertgrundlage für alle Universitäten und Universitätsmitglieder, sondern die Legitimationsgrundlage der Wettbewerbsgewinner. Die Verlierer – auf der Ebene der Organisation ebenso wie auf der der Organisationsmitglieder – teilen diese Auslegung der ›Knappheit‹ nicht und die Universität reagiert auf die damit verbundenen sozialen Spannungen auf unterschiedliche Weise.

6. Von der Knappheit zum Risiko

Die Politik will die sozialen Folgen durch Recht eskamotieren. Je deutlicher die Folgen der finanziellen Umverteilung und der Zuschreibung von Exzellenz hervortreten, desto angestrenzter werden Zugänge zur Problemlösung verbaut. Die Politik überredet die Universität, ihre strategischen Entscheidungskompetenzen an einen Hochschulrat abzugeben, der sich wesentlich dadurch auszeichnet, dass die Mehrheit seiner Mitglieder von außerhalb der Universität kommt. Jene organisationellen Arenen und Ver-

fahren werden abgeschafft, in denen die partizipative Deliberation organisationsinterner Differenzierungsfolgen bisher möglich war. Hier scheint deutlicher Reformbedarf nicht nur zu bestehen, sondern auch bald eingefordert zu werden. Denn obwohl die rechtlich-politische Strategie der Entdemokratisierung bisher recht erfolgreich war, werden langsam Gegenstrategien entwickelt. So wurden die selbst ernannten Manager der ETH Zürich von ihren Untergebenen – den Dekanen und Professoren – abgesetzt, weil ihnen der akademische *new speak* und sein hohler Managerialismus mit dem *academic heartland* nicht vereinbar schien. Oder die Belegschaft der Universität Roskilde lehnte sich dagegen auf, wegen falscher Investitionsstrategien gekündigt zu werden.

Neben den politischen und rechtlichen Ansätzen zum Umgang mit den Folgen der Knappheit erfordert die neue Autonomie der Organisation Planung, die über die bisher relevante Jahresfrist weit hinausgeht. Zwar verlangt politische Kontrolle immer noch den Erfolg im Rahmen der Jährlichkeit bzw. innerhalb eines Wahlzyklus,⁴ aber das universitäre Management muss insbesondere den langfristigen Erfolg ermöglichen. Die neuen Zukunftsentwürfe verlassen sich dabei auf interne Kontrollverfahren wie Evaluationen und Audits, die nicht nur die staatlichen Kontrollerwartungen befriedigen, sondern auch Koordinationsaufgaben übernehmen und überdies mehr Gerechtigkeit ermöglichen sollen. Audits überwinden die tradierte Unregierbarkeit, indem sie die lose gekoppelten Bereiche der Organisation enger zusammenbringen. Wenn beispielsweise leistungsorientierte Kennzahlensysteme entwickelt werden, die die fachbereichsüberschreitende Koordination der Abteilungen ermöglichen, etablieren sie über alle Fakultätsgrenzen hinweg einen operativen Zusammenhang von Lehre und Forschung, von Leistung und Leistungsverweigerung und organisieren die finanzielle und symbolische Ressourcenzuweisung, durch die die ehemals unabhängigen Bereiche in ein Wettbewerbsverhältnis gezwungen werden, bei dem der Zugewinn bei der Lehre notwendig Verlust bei der Forschung – und umgekehrt – bedeutet, und bei dem die Zuwächse der einen Fakultät nur durch Umstrukturierungen anderer Fakultäten finanziert werden können. Die ökonomischen, aber auch die akademischen Fehldispositionen werden nicht länger durch die lose gekoppelte Organisation absorbiert,

4 Müssen Strategien zu jedem Zeitpunkt ertragreich sein, werden Zahl und Umfang der potenziellen Strategien deutlich eingeschränkt, insbesondere wenn der Staat der Universität nicht mehr über den Weg traut.

sondern sie schlagen auf die Handlungsoptionen aller Akteure durch. Das traditionelle *laissez faire* ist keine angemessene Strategie, sondern die Universität muss auf wachsende Kontrolle, gegenseitige Beobachtung und intensiveren Wettbewerb umstellen.⁵

Die nächsten Schritte dieser Entwicklung lassen sich an der englischen Universitätsentwicklung illustrieren. Verlässt man sich auf Evaluationen, stellt sich schnell die Frage, wie zum Beispiel Lehr- und Forschungsevaluation gewichtet werden können. Evaluationen des Wissenschaftsrates (2007) haben beispielsweise ergeben, dass die Universität Bielefeld in der *Chemie* hervorragende Forschung betreibt, allerdings ineffizient organisiert ist. Die Forschung der TU Chemnitz wird als schlecht eingeschätzt, sie ist hingegen effizient organisiert. Wie werden diese beiden Evaluationsergebnisse konsistent und für alle zu vergleichenden Universitäten in eine systematische Beziehung zueinander gesetzt? Wenn die Ergebnisse von Audits und Evaluationen aufeinander bezogen, gewichtet und in eine Gesamtstrategie des Managements zusammengebracht werden müssen, zeigt der Blick nach England, wie Lösungsvorschläge aussehen könnten. Dort wurde im Jahr 2000 vom *Higher Education Funding Council of England* (HEFCE) ein zunächst noch rudimentäres Risikomanagement eingeführt (Huber 2008).

Die Umstellung auf Risiko bringt mit sich, dass insbesondere langfristige Planung zum zentralen Problem (und später auch Risiko, denn man kann ja auch falsche Entscheidungen treffen) für Universitäten wird. In den Jahren seit 2000 entfaltete der HEFCE eine heroische Suche nach Risiken, bei denen *Reputationsverluste* und *Reputationszuwächse* immer wieder beispielgebend diskutiert werden. Die Planungsgrundlagen der Universität sind problematisch: Was können Ursachen von Änderungen der Reputation sein, welche Faktoren können kurz-, mittel- oder langfristig darauf Einfluss nehmen? Kann die Universität Reputationsrisiken eindämmen? Wenn Reputation zu einem Risiko wird, wird damit deutlich, dass die Entscheidungsfolgen nicht mehr im Rahmen der Jährlichkeit akademischer Verwaltung abzarbeiten sind. Aber es geht nicht nur um die Langfristigkeit der Planung, sondern auch um die mit einer Risikoorientierung ver-

5 Eine unerwartete Folge dieser Entwicklung besteht darin, dass die Universität der tradierten organisatorischen Rahmenbedingungen, wie z. B. der Fakultäten, nicht länger zu bedürfen scheint und die Universitätsverwaltungen zu *centres of calculation* (Rose 1991) ausbaut. So werden neue Koordinationsmöglichkeiten eröffnet, die im Namen der Interdisziplinarität zunehmend auch genutzt werden.

bundenen Folgeprobleme. Luhmann (1991: 78) schreibt, »dass die Zeitbindungsform des Risikos auf eine neuartige Situation reagiert, in der das Spannungsverhältnis von Zeitdimension und Sozialdimension neuartige Probleme aufwirft«. Es ist hier anzumerken, dass Universitäten nicht gezwungen sind zu planen, weil sie Risiken ausgesetzt sind – das entspräche der »Risikogesellschaft« (Beck 1986) –, sondern weil sie planen können, gehen sie mehr und größere Risiken ein (vgl. Rothstein et al. 2006). Freilich stellt sich ihnen das Problem der Fehleranfälligkeit und damit der Folgen der Steigerung der internen Kontingenz. Auf diese selbst generierten Überraschungen muss die Universität dann reagieren lernen.

Am englischen Fall des akademischen Risikos lässt sich zeigen, wie die Universitäten und das regulative Regime in Großbritannien experimentell Kontingenz steigern und dabei neue Konfliktlinien zwischen jenen, die Risiken eingehen, und jenen, denen diese Risiken als Gefahren gegenübertreten, herstellen. Man wäre geneigt von einer Beckschen *Risikouniversität* zu sprechen, bei der sich interne Konfliktlinien nicht mehr an der Verteilung der Ressourcen orientieren, sondern durch die Verteilungsmuster der Risiken bestimmt sind. *Risikokaskaden* durchziehen die Universität und verwandeln das Risikomanagement in das wichtigste Risiko, auf das sie reagieren muss (Huber 2008).

7. Schlussfolgerungen

Ich habe den Wandel bei Zukunftskonstruktionen und einige der Problemverschiebungen und Folgen zeigen können und dabei auch deutlich gemacht, wie die Zukunft der Universität in die Universität der Zukunft überführt wird. Die aktuellen Zukunftsentwürfe zeichnen sich insbesondere dadurch aus, dass es nicht mehr um Wissenschaft geht – wie noch bei Humboldt oder Nietzsche –, sondern um Differenzierung, Macht und die Entstehung von Reputationsoligarchien (Münch 2007). Die Universität der Zukunft ist erst am Beginn ihres Umbaus. Nachhaltige Veränderungen sind zu erwarten, wenn die sozialen Kosten der Universitätsreform durch die Organisation aufgefangen bzw. erträglich gestaltet werden sollen. Dabei wird die Zukunftsfähigkeit der Organisationsmodelle relevant – und es scheint keines der vorgestellten Modelle in der Lage zu sein, diese hohen Erwartungen erfüllen zu können.

Literatur

- Adam, B. 2005: Das Diktat der Uhr. Zeitform, Zeitkonflikte, Zeitperspektiven. Frankfurt /M.: Suhrkamp.
- Ashby, E. 1963: Decision making in the academic world. In P. Halmos (Hg.), *Sociological Studies in British University Education*. Keele: University of Keele, 93–100.
- Beck, U. 1986: *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*. Frankfurt/ M.: Suhrkamp.
- Clark, B.R. 1998: *Creating Entrepreneurial Universities: Organizational pathways of transformation*. Oxford: Pergamon Press.
- Cohen, M.D., March, J.G., Olsen, J.P. 1972: A garbage can model of organizational choice. *Administrative Science Quarterly* 17 (1) March, 1–25.
- Dill, D. 1999: Academic accountability and university adaptation: the architecture of an academic learning organization. *Higher Education* 38, 127–154.
- Ellwein, T. 1997: *Die deutsche Universität. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. Wiesbaden: fourier.
- Erhart, W. 2004: Die Managerin und der Mönch. Über die Zukunft unserer Bildungsanstalten. In D. Kimmich, A. Thumfart (Hg.), *Universität ohne Zukunft?* Frankfurt/ M.: Suhrkamp, 124–141.
- Etkowitz, H., Webster, A., Gebhardt, C., Cantisano Terra, B.R. 2000: The future of the university and the university of the future: evolution of ivory tower to entrepreneurial paradigm. *Research Policy* 29(2), 313–330.
- Herzog, R. 1997: Ansprache von Bundespräsident Roman Herzog vor Teilnehmern der Hochschulrektorenkonferenz am 8. Juli 1996 in Berlin, Schloß Bellevue. In J. Hollerith (Hg.) *Leistungsfähige Hochschulen – aber wie? Beiträge zur Hochschulstrukturreform*. Neuwied, 87–96.
- Hölscher, L. 1999: *Die Entdeckung der Zukunft*. Frankfurt/ M.: Fischer.
- Hood, C. 1991: A public management for all seasons. *Public Administration* 69 (1), 3–19.
- Huber, M. 2008 i.E.: Colonised by Risk. The emergence of academic risks in British Higher Education. In B. M. Hutter (Hg.), *Anticipating Risks and Organizing Risk Regulation in 21st Century*. Cambridge: Cambridge University Press.
- von Humboldt, W. 1964a: Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin. In A. Flitner, K. Giel (Hg.), *Wilhelm von Humboldt. Schriften zur Politik und zum Bildungswesen (Band IV)* Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 255–266.
- von Humboldt, W. 1964b: Über die Aufgaben des Geschichtschreibers. In A. Flitner, K. Giel (Hg.), *Wilhelm von Humboldt. Schriften zur Anthropologie und Geschichte (Band I)*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 585–606.
- von Humboldt, W. 1964c: Ideen über Staatsverfassung, durch die neue französische Constitution veranlasst. Aus einem Brief an einen Freund vom August 1791. In A. Flitner, K. Giel (Hg.), *Wilhelm von Humboldt. Schriften zur An-*

- thropologie und Geschichte (Band I). Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 33–42.
- Jaspers K., Rossmann, K. 1961: Die Idee der Universität. Heidelberg
- Koselleck, R 1989: Vergangene Zukunft: Zur Semantik geschichtlicher Zeiten Frankfurt/ M.: Suhrkamp.
- Luhmann N. 1976: The Future Cannot Begin: Temporal Structures in Modern Society. *Social Research*, 43 (1) 130–152.
- Luhmann N. 1991: Soziologie des Risikos. Berlin: de Gruyter.
- Luhmann, N. 1995: Die Behandlung von Irritation: Abweichung oder Neuheit? In N. Luhmann, *Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft*. Band 4. Frankfurt/ M.: Suhrkamp, 55–100.
- Macilwain, C. 2007: The Arizona Experiment. *Nature* 447, 26. April 968–970.
- Münch, R. 2007: Die akademische Elite. Zur sozialen Konstruktion wissenschaftlicher Exzellenz. Frankfurt/ M.: Suhrkamp.
- Nassehi, A. 1993: Die Zeit der Gesellschaft: auf dem Weg zu einer soziologischen Theorie der Zeit. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Nietzsche, F. 1983: Über die Zukunft unserer Bildungsanstalten. In F. Nietzsche, *Werke in vier Bänden*. Salzburg: Caesar Verlag Band IV. 509–536.
- Oevermann, U. 2005: Wissenschaft als Beruf. Die Professionalisierung wissenschaftlichen Handelns und die gegenwärtige Universitätsentwicklung. *die hochschule* 1 / 2005, 15–51.
- Power, M. 1997: *Audit Society. Rituals of Verification*. Oxford: Oxford University Press.
- Rose, N. 1991: Governing by Numbers: Figuring out democracy. *Accounting, Organization and Society* 16(7), 673–692.
- Rothstein, H., Huber, M., Gaskell, G. 2006: A Theory of Risk Colonisation: the spiralling logics of societal and institutional risk. *Economy and Society* 35 (1), 91–112.
- Schilman, U. 2005: New Public Management and the Academic Profession. Reflections on the German situation. *Minerva* 43, 361–376.
- Schluchter, W. 1996: Auf der Suche nach der verlorenen Einheit. Anmerkungen zum Strukturwandel der deutschen Universität. In W. Schluchter, *Neubeginn durch Anpassung? Studien zum ostdeutschen Übergang*. Frankfurt/ M.: Suhrkamp, 157–187.
- Weber, M. 1972: *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen: Mohr.
- Weick, K.E. 1976: Educational Organizations as Loosely Coupled Systems. *Administrative Science Quarterly* 21 (1): 1–19.
- Weick, K. 1996: *Sensemaking in Organizations*. Thousand Oaks: Sage.
- von Wissel, C. 2007: Hochschule als Organisationsproblem. *Neue Modi universitärer Selbstbeschreibung in Deutschland*. Bielefeld: transcript.
- Wissenschaftsrat 2007: *Forschungsleistungen deutscher Universitäten und außeruniversitärer Einrichtungen in der Chemie. Ergebnisse der Pilotstudie Forschungsranking*. Köln. http://www.wissenschaftsrat.de/texte/pilot_ergeb_chemie.pdf (letzter Aufruf: 15. 5. 2008).

»Märkte und Sozialräume in Europa«

Graduiertenkolleg der Universität Bamberg

Richard Münch

Das Graduiertenkolleg bietet ein Studienprogramm an, das die KollegiatInnen umfassend in die Fragestellungen des Kollegs einführt und einen Rahmen zur intensiven Diskussion der eigenen Forschungsarbeiten bietet. Das Thema »Öffnung und Schließung von Märkten und Sozialräumen« ist nicht Gegenstand einer einzelnen Disziplin, sondern bildet ein Problemfeld, das aus unterschiedlichen disziplinären Perspektiven betrachtet werden kann und muss. Eine besondere Bedeutung kommt deshalb der Herstellung interdisziplinärer Bezüge zu. Durch das Zusammenwirken der beteiligten Disziplinen im Graduiertenkolleg soll überzogener Fachspezialisierung entgegen gewirkt, Wissen über andere Forschungskontexte und Fragerichtungen gefördert, solches Wissen in die jeweils eigene Forschungsarbeit übertragen und das Arbeitsergebnis fachübergreifend diskutierbar gemacht werden. Hierzu werden entsprechende Veranstaltungen und Diskussionsforen angeboten und Workshops mit externen FachwissenschaftlerInnen organisiert.

Das Studienprogramm des Graduiertenkollegs ist auf drei Jahre angelegt. In der *Startphase (1. Jahr)* soll im Rahmen des Studienprogramms das notwendige Hintergrundwissen erarbeitet werden, aus dem heraus die KollegiatInnen ihre Dissertationsprojekte konzipieren. Die Regelförderung wird durch ein Doktorandenkolloquium gewährleistet, welches als ständige Einrichtung ein themenübergreifendes Diskussionsforum bietet. Dabei wird es zu Beginn des Kollegs darauf ankommen, den KollegiatInnen eine systematische Starthilfe bei der Eingrenzung bzw. dem Zuschnitt und Design ihrer Projekte sowie eine auf den Wissensstand der TeilnehmerInnen zugeschnittene Anleitung zum wissenschaftlichen Arbeiten zu geben.

Die Förderung wird durch Graduiertenseminare fokussiert. Der weitere Erfolg der Einzelarbeiten wird durch einen Workshop mit externen Wissenschaftlern oder Experten, z.B. aus europäischen oder supranationalen Institutionen, am Ende des ersten Jahres abgesichert. Ein weiterer Schwerpunkt besteht in der Reflexion über geeignete Forschungsmethoden.

Die *Vertiefungsphase (2. Jahr)* dient der Ausarbeitung wesentlicher Teile der Dissertation. Die Nachhaltigkeit der Arbeit in diesem zentralen Jahr wird dadurch gestützt, dass nicht nur weitere Graduiertenseminare und das laufende Doktorandenkolloquium stattfinden. Vielmehr soll ein weiterer interdisziplinärer Workshop in der zweiten Hälfte der Vertiefungsphase den Ansporn bieten, wichtige Teile der Arbeiten auch extern zu vertreten.

In der *Abschlussphase (3. Jahr)* werden in den jeweiligen Arbeiten Lücken geschlossen, Revisionen vorgenommen und der Feinschliff aufgrund der entsprechenden Rückmeldungen aus den Diskussionen und der Betreuung angebracht. Einerseits wird hier durch die Regelförderung des Doktorandenkolloquiums und die Fokussierung in den Graduiertenseminaren wesentliche Unterstützung gegeben. Andererseits soll der Erfolg der einzelnen Arbeiten durch einen abschließenden Workshop, der dann eher Tagungscharakter erhält, der interessierten Fachöffentlichkeit vermittelt werden.

Forschungsprogramm

Gegenstand des Kollegs sind Folgen, die durch Europäisierung und Globalisierung ausgelöst werden, sowie Kräfte, durch die die Prozesse der Europäisierung und Globalisierung angetrieben werden. Im Rahmen des Graduiertenkollegs wird die Öffnung und Schließung von Märkten und Sozialräumen in der Wechselwirkung von globalen Ordnungen, europäischer Entscheidungsfindung und nationalen Traditionen aus einer Mehrebenenperspektive heraus untersucht. Die Prozesse der Europäisierung und Globalisierung sind vorrangig auf die Öffnung von Märkten gerichtet. Offenere Märkte verursachen jedoch Spannungen, Konflikte und Krisen, deren Bewältigung neue Formen der Schließung durch Reregulierung auf europäischer und globaler Ebene nach sich zieht. Dadurch geraten nationale Formen der Marktordnung unter Anpassungsdruck. Offenere Märkte nehmen zugleich Einfluss auf die Ordnung von Sozialräumen. Nationale Sozialordnungstraditionen werden verändert und durch europäische und globale Ordnungsmuster ergänzt. Durch die Wechselwirkung der auf meh-

ren Ebenen angesiedelten Entwicklungen entstehen neue, offenere und flexiblere Formen der Ordnung von Märkten und Sozialräumen.

Das Graduiertenkolleg verfolgt eine im Kern sozialwissenschaftliche Fragestellung, die sich nur durch die Zusammenarbeit sozialwissenschaftlicher mit wirtschafts- und rechtswissenschaftlichen Einzeldisziplinen adäquat beantworten lässt. Im Rahmen des Kollegs sollen Dissertationsthemen bearbeitet werden, die zum einen in Soziologie und Politikwissenschaft, zum anderen im Privat- und Wirtschaftsrecht, im Arbeits- und Sozialrecht, in der Finanzwirtschaft, im Internationalen Management sowie in der Sozialpolitik angesiedelt sind. Die rechtswissenschaftlichen sowie die betriebs- und volkswirtschaftlichen Projekte sind auf die sozialwissenschaftliche Fragestellung des Kollegs zugeschnitten. Insofern verspricht das Forschungsprogramm des Kollegs, die in den gesellschaftswissenschaftlichen Einzeldisziplinen überwiegend getrennt geführten Diskurse zu den bearbeiteten Themen interdisziplinär zusammenzuführen.

Aktuelle Ausschreibung

In dem Kolleg soll die Entwicklung von Märkten und Sozialräumen im Spannungsfeld von globalem Wettbewerb, europäischer Regulierung und nationalen Traditionen interdisziplinär untersucht werden. Dabei stehen Forschungsthemen im Mittelpunkt, die aus den Bereichen der Soziologie und Politikwissenschaft, der Sozialpolitik (VWL), der Finanzwirtschaft und des Internationalen Managements entwickelt werden.

Zum Wintersemester werden **zehn Promotionsstipendien** (zurzeit 1.000 Euro zuzüglich 103 Euro Sachkosten) vergeben. Es wird erwartet, dass die KollegiatInnen ihren Wohnsitz in Bamberg nehmen. Interessenbekundungen oder Bewerbungen mit Lebenslauf, einer Projektskizze und Zeugniskopien werden erbeten an den Sprecher des Kollegs. Sie können auch gerne schon vor der Bewerbung mit uns Kontakt aufnehmen!

Prof. Dr. R. Münch

Fakultät Sozial- und Wirtschaftswissenschaften

Otto-Friedrich-Universität Bamberg

Lichtenhaidestraße 11

96045 Bamberg

Tel.: 0951/863 2621

E-Mail: richard.muench@uni-bamberg.de

Auf dem Weg in die Wissensgesellschaft

DFG-Graduiertenkolleg am Institut für Wissenschafts- und Technikforschung (IWT), Universität Bielefeld

Peter Weingart

Das Graduiertenkolleg »Auf dem Weg in die Wissensgesellschaft« wird von der DFG und dem Land Nordrhein-Westfalen gefördert und ist am Institut für Wissenschafts- und Technikforschung (IWT) der Universität Bielefeld angesiedelt. Thematisch umfasst das Graduiertenkolleg Wissenschafts- und Techniksoziologie, Wissenschaftsphilosophie und -ethik, Wissenschafts- und Technikgeschichte sowie Rechtswissenschaft, die in zwei Forschungsschwerpunkten miteinander verbunden werden. Die Laufzeit des Kollegs endet 2011.

Thema des Graduiertenkollegs

Im Zentrum steht der Begriff der Wissensgesellschaft, mit dem sich Vorstellungen einer neuen Ordnung des Wissens verbinden. Wesentliches Charakteristikum der Wissensgesellschaft ist die Veränderung der Wissensordnung in zweierlei Hinsicht:

Zum einen wird wissenschaftliches Wissen in wachsendem Umfang in Anwendungs- und Beratungskontexten produziert und kommuniziert; zum anderen diversifiziert sich der institutionelle Rahmen der Wissensproduktion. Neue Institutionen der Wissensproduktion und -vermittlung entstehen, mit der Folge, dass die epistemische Verlässlichkeit ebenso wie die soziale Legitimität des Wissens fraglich werden. Diese Veränderungen, denen Wissenschaft und Technik im Transformationsprozess zur Wissensgesellschaft

unterworfen sind, werden im Graduiertenkolleg multiperspektivisch und interdisziplinär erforscht.

Zwei ineinandergreifende Forschungsschwerpunkte konstituieren das Forschungsprogramm des Graduiertenkollegs: Erstens werden die institutionellen Bedingungen der Produktion, Geltung und Glaubwürdigkeit von Expertise untersucht; ein besonderes Interesse kommt dabei der Politisierung und Medialisierung der Expertise einerseits sowie der Demokratisierung der Expertise andererseits zu. Zweitens werden die epistemischen Charakteristika von Wissenschaft im Anwendungskontext untersucht; der Schwerpunkt liegt dabei auf der Untersuchung der Geltungsmaßstäbe von angewandter Wissenschaft einerseits und von wissenschaftlicher Expertise andererseits.

1) Institutionelle Veränderungen der Wissenschaft

Mit dem Bedeutungszuwachs von Expertenwissen in vielen Handlungsbereichen wächst die institutionelle Vielfalt, in der dieses Wissen organisiert wird. Aufgrund seiner engen Bindung an (politische) Entscheidungen ist Expertenwissen oft umstritten: In Beratungskontexten – im Unterschied zu wissenschaftsinternen Kontroversen – kommt es oft zu einem Vertrauensverlust der Öffentlichkeit in dieses Wissen. Die Akzeptanz einer Handlungsempfehlung bestimmt sich nicht allein nach der Korrektheit des Wissens, sondern auch nach der angemessenen Berücksichtigung von Interessen und Werthaltungen sowie der Erfüllung kommunikativer Ansprüche, die von den Medien und der Öffentlichkeit erhoben werden. Für die Expertise fehlen jedoch ein eingespieltes System der Qualitätskontrolle und eine Verständigung über die Gütekriterien. Expertenwissen unterliegt folglich sowohl einem Glaubwürdigkeitsproblem als auch einem Geltungsproblem.

2) Epistemische Veränderungen der Wissensproduktion

Mit den institutionellen Änderungen der Wissensproduktion gehen Veränderungen der an das Wissen angelegten Geltungsmaßstäbe (der epistemischen Standards) einher: Einerseits steigen die Problemlösungserwartungen, die an das Wissen herangetragen werden; andererseits wird die Wissenschaft mit immer weitergehenden Kontroll- und Legitimierungsansprüchen konfrontiert. Als Folge bilden sich spezifische Erkenntnisstrategien heraus, die erstens mehr auf das Interventionsvermögen anstelle

eines Verständnisses der Phänomene abzielen, und die zweitens auch komplexere Phänomenbereiche beherrschbar machen müssen; ein Beispiel solcher Erkenntnisstrategien sind Simulationen oder Realexperimente. Die Umstellung auf diese neuen Erkenntnisstrategien führt ebenfalls zu Glaubwürdigkeits- und Legitimationsproblemen.

Forschungsschwerpunkte des Graduiertenkollegs

Das Graduiertenkolleg steht in enger Verbindung mit verschiedenen Forschungsprojekten des IWT, die derselben Thematik gewidmet sind. In den Bereichen der Soziologie, Geschichte und Philosophie werden gegenwärtig die folgenden Themen bearbeitet:

- Formen der Wissensproduktion und des Wissenstransfers in der Wissensgesellschaft
- Wissenschaft im Anwendungskontext
- Wissenschaft und Werte
- Expertise: Funktionen und Formen wissenschaftlicher Politikberatung
- Medien, Öffentlichkeit und Wissenschaft
- Technikfolgenabschätzung und -bewertung
- Technik und Wissenschaft – Wissenstechnologien
- Gesellschaftliche Regulierung der Wissenschaft und Technik
- Bürgerbeteiligung/Partizipation
- Rückwirkungen von Evaluationen auf das Hochschulsystem
- Die Zukunft der Universität

Eingehende Informationen zu den einzelnen Projekten sind auf den Internetseiten des Graduiertenkollegs zu finden.

Aufbau des Ausbildungsprogramms

Das Ausbildungsprogramm des Graduiertenkollegs ist interdisziplinär angelegt. Besonderer Wert wird auf die methodische und theoretische Unterstützung der Dissertationsprojekte sowie auf die regelmäßige Präsentation der Zwischenergebnisse gelegt. Hierzu besuchen die Graduierten in jedem Semester drei verschiedene Veranstaltungen: erstens die sogenannte Theoriwerkstatt, in der wissenschaftssoziologische und wissenschaftsphiloso-

phische Theorien mit besonderem Bezug auf die theoretischen Ansätze der Dissertationsprojekte diskutiert werden; zweitens die Methodenwerkstatt, in der Methoden der Wissenschaftsforschung unter Berücksichtigung der methodologischen Probleme thematisiert werden, die bei den Dissertationsprojekten auftreten; drittens das Forschungskolloquium, das als Forum für die Präsentation aller Dissertationsprojekte dient und in welches zudem regelmäßig Forscher aus dem In- und Ausland eingeladen werden. Darüber hinaus sind die Graduierten an der Organisation von internationalen Tagungen beteiligt. Neben den Doktorandenstipendien bietet das Graduiertenkolleg auch Forschungsstipendien für fortgeschrittene Studierende. Seit 2008 ist das Graduiertenkolleg mit der Bielefeld Graduate School in History and Sociology verbunden, die durch die Exzellenzinitiative des Bundes gefördert wird.

Ausschreibung von Promotionsstipendien

Aktuell schreibt das Graduiertenkolleg zum nächstmöglichen Zeitpunkt **drei Promotionsstipendien** (zurzeit 1.000,- Euro zuzüglich Sachkosten) aus. Bewerberinnen und Bewerber aus den Gebieten der Wissenschaftssoziologie, Wissenschaftstheorie, Wissenschaftsgeschichte und Rechtswissenschaft oder einer anderen Disziplin mit Interesse an entsprechenden Fragestellungen können sich ab sofort bewerben. Die Graduiertenausbildung ist insbesondere interessant für Personen, deren Berufsziel im akademischen Bereich oder in der Forschungs- und Technologiepolitik, des Wissenschaftsjournalismus, des Forschungsmanagements sowie der Wissenschaftsförderung liegt.

Detaillierte Informationen zum Graduiertenkolleg, zu den Lehrenden, zu ehemaligen und aktuellen Graduierten und den aktuellen Ausschreibungen können auf der Homepage eingesehen werden: <http://www.uni-bielefeld.de/iwt/gk/>. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an die Koordinatorin:

Alexandra Wiebke
Institut für Wissenschafts- und Technikforschung
Universität Bielefeld
Postfach 10 01 31
33501 Bielefeld
Tel.: 0521/106 4646
E-Mail: gk@iwt.uni-bielefeld.de

1922 – 1934 – 2008: Soziologische Wissenschaftsgeschichte aus der Jenaer Perspektive

*Silke van Dyk*¹

Vom 6. bis 10. Oktober 2008 laden die Deutsche Gesellschaft für Soziologie und die lokalen Veranstalter zum 34. Kongress der Fachgesellschaft nach Jena ein, um über das Thema »Unsichere Zeiten. Herausforderungen gesellschaftlicher Transformationen« zu debattieren. »Die Moderne ist das Zeitalter der Kontingenz – und insbesondere auch des gesellschaftlichen Bewusstseins von der Kontingenz des Sozialen. Wenig erscheint unmöglich, das Mögliche ist ungewiss. Aber als Ungewisses sowohl Bedrohung als auch Chance«, heißt es im Themenpapier der Veranstalter. Vom Systemumbruch und den Perspektiven von Transformationsgesellschaften über die Zukunft des Wohlfahrtsstaats, die Transformation der Geschlechterbeziehungen, die Rolle von Religion als (Un-)Sicherheitsfaktor bis hin zu unsicheren Arbeitswelten, Überlebensstrategien in Mega-Städten, dem Umgang mit dem Klimawandel und Fragen innerer Sicherheit – der Kongress wird sich den unsicheren Zeiten und ihrer Bewältigung aus einer Vielfalt von Perspektiven und Themen nähern.

Neben den Diskussionen zum Kongresssthema laden die Veranstalter des 34. Kongresses zudem aus gegebenem Anlass zu einem Blick zurück auf die wechselhafte Geschichte der Soziologie im 20. Jahrhundert ein: Obwohl das Institut für Soziologie als gastgebende Institution jungen

1 für das lokale Vorbereitungsteam des 34. Soziologiekongresses

Datums ist und erst 1991 gegründet wurde – nachdem es zu DDR-Zeiten an der Friedrich-Schiller-Universität keine institutionalisierte Soziologie gab –, ist Jena in die Fachgeschichte eingegangen: Zum einen fand hier 1922 der dritte Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie statt, auf dem über das Thema »Das Wesen der Revolution« diskutiert wurde. Vor allem aber ist Jena der Ort, an dem im Januar 1934 ein zwar nicht von der DGS autorisiertes, gleichwohl von vielen DGS-Mitgliedern besuchtes, dem nationalsozialistischen System gegenüber dezidiert aufgeschlossenes Soziologentreffen stattgefunden hat. Die Diskussionen rund um dieses Treffen wiederum sind exemplarisch für die Rolle, die die Soziologie im Allgemeinen und die DGS im Besonderen im Nationalsozialismus gespielt haben. Diesen Umstand haben die Veranstalter des diesjährigen Kongresses zum Anlass genommen, die Geschichte der Soziologie im Kontext der Weimarer Republik und des Nationalsozialismus in Form einer Ausstellung, einer Videoinstallation sowie einer bearbeiteten Neuauflage der Verhandlungen von 1922 zum Kongressthema zu machen. Im Zentrum des historischen Programms stehen die wissenschaftsgeschichtliche Einordnung der inhaltlichen Diskussionen der 1920er Jahre, die Frage nach inhaltlichen, institutionellen und personellen Kontinuitäten und Brüchen im Übergang von der Weimarer Republik zum Nationalsozialismus und vom Nationalsozialismus zur Nachkriegssoziologie in Ost und West sowie die (Nicht-)Aufarbeitung bzw. Rezeption dieser Geschichte nach 1945. Über diese Fragen wurde und wird – nicht zuletzt in dieser Zeitschrift – äußerst kontrovers und heftig gestritten. Tatsächlich ist so manches bis heute im Unklaren und harret weiterer Recherchen und Analysen. Die Zahl der WissenschaftlerInnen, die sich mit der Geschichte des Faches beschäftigen bzw. sich in dieser Kontroverse zu Wort gemeldet haben, ist klein geblieben über die Jahre, so dass ein Soziologiekongress als geeigneter Ort erscheint, die Geschichte sowie ihre Rezeption und Deutung einem größeren Publikum nahe zu bringen.

Anhand der zwei Daten 1922 und 1934 sowie ihrer Deutung und Rezeption in der Nachkriegssoziologie sei an dieser Stelle ein kurzer Einblick in die soziologische Wissenschaftsgeschichte aus der Jenaer Perspektive gegeben.

1922. Zehn Jahre lag der letzte Kongress der 1909 gegründeten DGS zurück, als sich im September 1922 eine vergleichsweise kleine Zahl von Wissenschaftlern in Jena zum Dritten Deutschen Soziologentag zusammenfand. Während der langen, kriegsbedingten Pause waren zahlreiche wichtige DGS-Mitglieder und Gründungsväter der Gesellschaft wie Max Weber

und Georg Simmel verstorben, was erhebliche Konsequenzen auf die inhaltlichen Debatten der 1920er Jahre haben sollte (ausführlich: Kaesler 1984). Der Kongress wurde von dem seit 1909 als Präsident der DGS amtierenden Ferdinand Tönnies eröffnet, der in seiner Eröffnungsrede unter anderem auf die voranschreitende Akzeptanz des Faches verwies. Das Kongressthema »Das Wesen der Revolution« wurde in zwei Referaten und insgesamt sieben Diskussionsbeiträgen erörtert (Deutsche Gesellschaft für Soziologie 1923): Das Hauptreferat hielt Leopold von Wiese, der als Ordinarius für Wirtschaftliche Staatswissenschaften und Soziologie an der Universität Köln, erster Sekretär der DGS sowie Herausgeber der einflussreichen Kölner Vierteljahresshefte für Sozialwissenschaft – die bis heute als Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie existieren – neben Ferdinand Tönnies die bestimmende Figur der Soziologie in der Weimarer Republik war. Von Wiese diskutierte »Das Wesen der Revolution« aus der Perspektive der von ihm begründeten und seinerzeit einflussreichen Beziehungslehre, die auf der Unterscheidung von Beziehungen des Zueinanders (A-Beziehungen) und Beziehungen des Gegeneinanders (B-Beziehungen) aufbaut und streng behavioristisch argumentiert. Das zweite Referat wurde von dem österreichischen Historiker Ludo Moritz Hartmann gehalten, der sich dem Thema, seiner disziplinären Herkunft entsprechend, historisch argumentierend näherte. In seiner systematisierenden Rekonstruktion der Soziologentage in den 1920er Jahren hat Kaesler (1981), die 1922er Diskussionen als zugespitzte Auseinandersetzung zwischen Beziehungslehre und marxistischer Theorie charakterisiert, wobei der theoretische Opponent zu von Wiese weniger der zwar marxistisch beeinflusste, aber zurückhaltend argumentierende Hartmann als einer der Diskussionsteilnehmer, der Austromarxist Max Adler, war. In Anbetracht der konkreten historischen Situation, vor allem der gescheiterten Revolution von 1918, blieben insbesondere die beiden Referate erstaunlich abstrakt – ein Tenor, der auch die folgenden Kongresse kennzeichnen sollte und viel über die Positionsbestimmung des Faches in der Weimarer Republik aussagt. »Spekulation« und »Realitätsferne« konstatiert Weyer (1984b) Mitte der 1980er Jahre in einem Rückblick auf die Geschichte der in der DGS institutionalisierten Soziologie. Mit ähnlichem Tenor bemerkt Wolf Lepenies: »Dennoch vergruben sich die deutschen Soziologen (...) immer wieder in das Problem, herauszufinden, welches Fach sie eigentlich betrieben. In schmerzende Selbstbewußtheit verstrickt, sprachen sie mehr über sich selbst als über die deutsche Gesellschaft ihrer Zeit und die wahrhaft

dramatischen Wandlungen, die diese durchließ« (Lepenies 2006: 407). Eine audiovisuelle Installation mit Originaltexten der Diskussionen sowie historischem Bildmaterial wird während des Kongresses 2008 die Möglichkeit bieten, in die Debatten und in die Welt von 1922 einzutauchen. In der editierten Neuauflage der Verhandlungen des Dritten Soziologentages, die der Campus-Verlag zum Kongress herausbringen wird, nimmt Dirk Kaesler zudem eine soziologiegeschichtliche Einordnung der Diskussionen von 1922 vor.

1934. Der letzte reguläre Soziologiekongress der Weimarer Republik fand 1930 in Berlin statt. Bereits für Herbst 1931 war der nächste, der achte Soziologentag geplant, doch der Termin wurde in Anbetracht der Ungewissheit der politischen Verhältnisse immer wieder verschoben. Ferdinand Tönnies und Leopold von Wiese, die weiterhin die zentralen Akteure in der deutschen Gesellschaft für Soziologie waren, ließen sich in ihren Vorbereitungen jedoch selbst von der im Januar 1933 erfolgten Machtübertragung an Adolf Hitler nicht beirren. Die politischen Entwicklungen ignorierend hielten sie an dem Thema Bürokratisierung fest und ließen bereits Programme für den 8. Deutschen Soziologentag vom 20. bis 22. April 1933 in Kiel drucken. Aufgrund zahlreicher Absagen und Vertagungswünsche hat das Treffen jedoch nie stattgefunden.

Während Tönnies, der 1930 demonstrativ in die SPD eingetreten war, noch im Februar 1933 in Berlin eine öffentliche Rede unter dem Titel »Das Freie Wort« hielt (Klingemann 1996: 13) und aus seiner Distanz zu den neuen Machthabern keinen Hehl machte, verfolgte von Wiese eine von ihm selbst als »Kompromissstrategie« titulierte Praxis, die auf ein Arrangement mit den neuen Machthabern zielte, um die Soziologie vor ihrer Marginalisierung zu bewahren.² Im August 1933 wurde eine außerordentliche Ratssitzung abgehalten, anlässlich derer Tönnies überredet wurde, den Vorsitz der DGS an Werner Sombart, unterstützt von Leopold von Wiese als Schriftführer und dem dem Regime gegenüber aufgeschlossenen Hans Freyer als Beisitzer zu übertragen. Tönnies galt der Mehrheit als zu wenig kompromissbereit und wurde – so die Darstellung von Wieses – zu seinem eigenen Schutz zum Amtsverzicht gedrängt. Erwähnenswert ist in diesem Zu-

² In einem Brief an Tönnies heißt es »...und es schmerzt mich, daß Sie wahrscheinlich meine Kompromißbereitschaft als unverzeihliche Charakterschwäche auffassen werden« (zitiert nach Klingemann 1996: 19).

sammenhang nicht zuletzt, dass Tönnies der einzige der zwölf Anwesenden der Ratssitzung war, der sich gegen den (später wieder aufgehobenen) Beschluss des Treffens stellte, ins Ausland emigrierte politisch missliebige und jüdische Kollegen aus der DGS auszuschließen (Klingemann 1996: 17f.).

Parallel zu diesen Entwicklungen in der DGS meldete sich eine Gruppe von Wissenschaftlern zu Wort, die dezidiert (und dezidierter noch als Freyer) für eine nationalsozialistisch orientierte Gegen-Soziologie eintrat und zu einem Soziologentreffen nach Jena mobilisierte: In dem im November 1933 verschickten Aufruf »An die deutschen Soziologen!« heißt es wörtlich: »Der Aufforderung des Reichskanzlers zur Mitarbeit an alle, die guten Willens sind, darf sich deshalb der deutsche Soziologe nicht entziehen. Das Schicksal des deutschen Volkes und seiner Zukunft liegt auch in seiner Hand« (zitiert nach Kaesler 1984: 520). Drei der fünf Unterzeichnenden kamen aus Jena: der als »Rassen-Günther« bekannte nationalsozialistische Rassentheoretiker Hans F.K. Günther, der Professor für Völkerrecht, allgemeine Soziologie und Rechts- und Staatssoziologie Franz Wilhelm Jerusalem sowie sein Assistent Reinhard Höhn, der bereits 1933 Mitglied der SS wurde. Die Autoren forderten eine Soziologie, die den »Grundsatz der Gemeinschaft in den Mittelpunkt« stellt, und beklagten eine Ausgrenzung dieser Ansätze durch die »liberalistischen Strömungen« in der Gesellschaft, die sie insbesondere durch von Wiese und Tönnies einflussreich vertreten sahen. Auf einer Mitgliederversammlung der DGS, die am 29. Dezember 1933 in Berlin abgehalten wurde, wurde mit knapper Mehrheit dem Drängen der »Jenaer Rebellen« nachgegeben und Hans Freyer zum alleinigen »Führer« der DGS gewählt. Freyer, der alle seine folgenden verbandsinternen Mitteilungen mit »Heil Hitler« unterzeichnete, legte die Vereinigung jedoch 1934 still. Darüber, wie diese Stilllegung zu bewerten ist und was sie über die Rolle der Soziologie nach 1934 aussagt, gehen die Meinungen (bis heute) weit auseinander (von Wiese 1959; Schelsky 1981; Klingemann 1996; im Überblick: Weyer 1984a). Weitgehend einig ist man sich heute jedoch darüber, dass entgegen retrospektiver Darstellungen des Zeitzeugen Leopold von Wiese die DGS nicht auf Druck der Nationalsozialisten aufgelöst worden ist. Unbestritten ist ferner, dass es dem Organisatorenkreis des Jenaer Soziologentreffens³ gelang, einen öffentlichkeitswirksamen, in

3 Dem Kreis gehörten neben den Jenaer Wissenschaftlern Günther, Höhn und Jerusalem der nationalsozialistische Pädagoge und Professor Ernst Kriek aus Frankfurt/M. sowie

den Medien viel beachteten Kongress zu veranstalten (vgl. im Überblick: Klingemann 1996: 41ff.), der die Soziologie nicht nur eindeutig als nationalsozialistische Wissenschaft verortete, sondern darüber hinaus als Lehre von der Gemeinschaft präsentierte. Neben 17 Wissenschaftlern, von denen zwölf Mitglieder der Deutschen Gesellschaft für Soziologie waren, nahmen auch politische Vertreter des nationalsozialistischen Systems teil. Verhandelt wurden Themen wie »Soziologie und Rassenforschung«, »Erziehung durch die Volksordnung« oder »Gemeinschaft als Problem unserer Zeit«.

In den ersten Nachkriegsjahren wurde die Zeit zwischen 1934 und 1945 unter den in Deutschland verbliebenen Wissenschaftlern im Kontext der DGS sowohl im Hinblick auf die eigene Rolle als auch bezüglich einer soziologischen Analyse dessen, was geschehen war, weitgehend ausgeblendet. So konstatierte Leopold von Wiese auf dem achten Deutschen Soziologentag im September 1946 in Frankfurt am Main mit Blick auf die Zeit des Nationalsozialismus: »Und doch kam die Pest über die Menschen von außen, unvorbereitet, als ein heimtückischer Überfall. Das ist ein metaphysisches Geheimnis, an das der Soziologe nicht zu rühren vermag« (von Wiese 1948: 29). Während zu Beginn des Dritten Soziologentages 1922 in Jena ausführlich und namentlich der seit dem zweiten Soziologentag 1912 verstorbenen Kollegen gedacht wurde, werden in den Eröffnungsreden zum achten Soziologentag die ins Exil gezwungenen Kollegen nur in einem Nebensatz und die ermordeten Kollegen gar nicht erwähnt – und das, obwohl 47 Prozent der Lehrstuhlinhaber in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften unter den Nationalsozialisten das Land verlassen hatten.

Erst Ende der 1950er Jahre setzte eine Diskussion um die Rolle der Soziologie im Nationalsozialismus ein (König 1959), die sich über die Jahrzehnte intensiviert hat und, wie bereits angedeutet, bis heute kontrovers geführt wird. Umstritten ist dabei neben konkreten Ereignissen wie den Umständen der Stilllegung der DGS und der Rolle einzelner Personen insbesondere die Frage, inwiefern es eine Soziologie als wissenschaftliche Disziplin im Nationalsozialismus gegeben hat: Wo die einen von ihrer faktischen Auflösung als wissenschaftlicher Disziplin ausgehen (zum Beispiel Lepsius 1979), konstatieren andere eine Etablierung, Institutionalisierung und Modernisierung der Soziologie als empirische Wissenschaft in der Zeit des Nationalsozialismus (zum Beispiel Klingemann 1981). Eng verknüpft

das langjährige DGS-Mitglied, der Hamburger Professor für Soziologie Andreas Walther an. Walther war auch einer der wenigen Teilnehmer des Dritten Soziologentages in Jena.

mit diesem Streit ist die Frage, inwiefern von einem Versagen der Soziologie angesichts des Faschismus gesprochen werden kann (Weyer 1984b). Im Rahmen der für den bevorstehenden Kongress erstellten bzw. sich in der Erstellung befindlichen Ausstellung »Soziologie im Nationalsozialismus im Lichte des Jenaer Soziologentreffens von 1934« soll neben diesen Auseinandersetzungen und Deutungsdifferenzen den für die Soziologie relevanten konkreten Umständen im Übergang zum bzw. während des Nationalsozialismus nachgegangen werden. Dies betrifft sowohl die 1933/34 geführten Auseinandersetzungen innerhalb der DGS, die Stilllegung der Fachgesellschaft als auch das Jenaer Soziologentreffen und seine mediale und politische Rezeption. Einen weiteren Schwerpunkt der Ausstellung bildet die Frage nach der (Nicht-)Aufarbeitung der Fachgeschichte nach 1945, wobei in diesem Zusammenhang auch der disziplininternen Reflektion von Konfrontation, Verdrängung, Tabuisierung und Bearbeitung im Sinne einer Aufarbeitung zweiter Ordnung nachgegangen werden soll.

2008. Der Vorstand der DGS und die lokalen Veranstalter laden alle Interessierten herzlich nach Jena ein, um an diesem für die Geschichte der (Deutschen Gesellschaft für) Soziologie historischen Ort sowohl über die Herausforderungen unsicherer Zeiten zu diskutieren als auch den vergangenen Zeiten und ihrer Rezeption(sgeschichte) nachzuspüren.

Literatur

- Deutsche Gesellschaft für Soziologie 1923: Verhandlungen des Dritten Deutschen Soziologietages am 24. und 25. September 1922 in Jena. Reden, Vorträge und Debatten über Das Wesen der Revolution, Tübingen: Mohr.
- Kaesler, D. 1981: Der Streit um die Bestimmung der Soziologie auf den deutschen Soziologentagen 1910 bis 1930. In M. R. Lepsius (Hg.), *Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945. Materialien zur Entwicklung, Emigration und Wirkungsgeschichte* (Sonderheft 23 der KZfSS). Opladen: Westdeutscher Verlag, 199–244.
- Kaesler, D. 1984: *Die frühe deutsche Soziologie 1909 bis 1934 und ihre Entstehungs-Milieus. Eine wissenschaftssoziologische Untersuchung*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Klingemann, C. 1981: Heimatsoziologie oder Ordnungsinstrument? Fachgeschichtliche Aspekte der Soziologie in Deutschland zwischen 1933 und 1945. In M. R. Lepsius (Hg.), *Soziologie in Deutschland und Österreich 1918–1945*.

- Materialien zur Entwicklung, Emigration und Wirkungsgeschichte (Sonderheft 23 der KZfSS). Opladen: Westdeutscher Verlag, 273–307.
- Klingemann, C. 1996: Soziologie im Dritten Reich. Baden-Baden: Nomos.
- König, R. (Hg.) 1959: 50 Jahre Deutsche Gesellschaft für Soziologie 1909–1959, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 11. Jg., Heft 1, (zugleich: Verhandlungen des 14. Deutschen Soziologentages in Berlin vom 20. bis 24. Mai 1959).
- Lepenies, W. 2006: Die drei Kulturen. Soziologie zwischen Literatur und Wissenschaft. Fischer Taschenbuch Verlag: Frankfurt/ M.
- Lepsius, M. R. 1979: Die Entwicklung der Soziologie nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 bis 1967. In G. Lüschen (Hg.), Deutsche Soziologie nach 1945 (Sonderheft 21 der KZfSS). Opladen: Westdeutscher Verlag, 25–70.
- Schelsky, H. 1981: Die verschiedenen Weisen, wie man ein Demokrat sein kann. Erinnerungen an Hans Freyer, Helmut Plessner und andere. In H. Schelsky (Hg.), Rückblicke eines »Anti-Soziologen«. Opladen: Westdeutscher Verlag, 134–160.
- Weyer, J. 1984a: Soziologie im Faschismus. Ein Literaturbericht. Das Argument, Heft 146, 564–576.
- Weyer, J. 1984b: 75 Jahre Kapitulation vor der Wirklichkeit. Betrachtungen zu einem Jubiläum der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Soziologie, 13. Jg., Heft 2, 91–101.
- von Wiese, L. 1948: Die gegenwärtige Situation, soziologisch betrachtet. In Deutsche Gesellschaft für Soziologie, Verhandlungen des Achten Deutschen Soziologentages vom 19. bis 21. September 1946 in Frankfurt a.M. Vorträge und Diskussionen in der Hauptversammlung und in den Sitzungen der Untergruppen. Tübingen: Mohr, 20–39.
- von Wiese, L. 1959: Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie. Persönliche Eindrücke in den ersten fünfzig Jahren (1909–1959). In R. König (Hg.), 50 Jahre Deutsche Gesellschaft für Soziologie 1909–1959, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 11. Jg., Heft 1, 11–20.

Veränderungen in der Mitgliedschaft

Neue Mitglieder

Dr. des. Fehmi Akalin, Frankfurt am Main
Oktay Aktan, M.A., Konstanz
Marcel M. Baumann, M.A., Freiburg i. Br.
Dr. rer. pol. Kerstin Dressel, München
Veronika Drews, M.A., Hannover
Dipl.-Soz.Wiss. Annette Franke, Dortmund
Dipl.-Soz. Claudia Göbel, Mannheim
Janne Grote, M.A., Hamburg
Elisabeth Hartleb, M.A., Büttstedt
Ruth Hasberg, M.A., Frankfurt
Dr. Frank Hillebrandt, Münster
PD Dr. Markus Holzinger, Wolfsburg
Christian Junge, M.A., Berlin

Dipl.-Geront. Thomas Kalwitzki, Oldenburg
Dipl.-Soz.Wiss. Marion Kamphans, Dortmund
Hannes Krämer, M.A., Konstanz
Volker Lang, M.A., Tübingen
Stephan Leufer, M.A., Kiel
Dipl.-Soz. Diana Lindner, Oldenburg
Dr. Henning Lohmann, Berlin
Dipl.-Soz. Michael Lohmann, Potsdam
Dipl.-Soz.Wiss. Jessica Longen, Darmstadt
Dipl.-Soz. Marc Mölders, Bielefeld
Anna-Lisa Müller, M.A., Konstanz
Dipl.-Soz.Wiss. Marc Neu, Bochum
Sabine Petschke, M.A., Berlin
Dr. rer. pol. Luitpold Rampeltshammer, Bochum
Dr. rer. soc. Valentin Rauer, Konstanz
Dipl.-Soz. Caroline Ruiner, Augsburg

Dipl.-Soz.Wiss. Cigdem Satilmis, Bochum
Dr. Thomas Scheffer, Berlin
Dipl.-Soz.Wiss. Christian Schmidt-Wellenburg, Bamberg
Dipl.-Soz. Timo Schneider, Bad Nauheim
Dr. Martin Schönberg, Berlin
Dipl.-Soz. Florian Schulz, Bamberg
Dr. Thomas Spiegler, Brandenburg
Anke Spura, M.A., Berlin
Dr. des. David Strecker, Jena
Dipl.-Soz. Anabel Nadja Taefi, Hamburg
Dr. des. Peter Ullrich, Leipzig
Bernd Weiß, M.A., Köln
Maximiliane Wilkesmann, M.A., Dortmund
Kathrin Rosi Würtz, Bonn

Neue studentische Mitglieder

Catharina Claus, Kassel
Alexander-Thomas Dobeson, Bamberg
Christoph Geiger, Schrobenhausen
Pascal Geißler, Essen
Carola Klinkert, Dresden
Maik Krüger, Tübingen
Michael Kunz, Dresden
Simon Moebius, Dresden
Christoph Nogacki, Kiel
Christoph Palmert, Bad Nauheim
Melanie Schreiber, Hamburg
Gerdis Schulz, Magdeburg

Austritte

Dr. Lars Hennings, Berlin
Prof. Dr. Rainer Kalbitz, Dortmund
Dr. Hans-Peter Kirschner, Kiel
Dr. Dietmar Pfeiffer, Münster
Stephanie Philipp, Berlin
Prof. Dr. Rita Sahle, Leipzig
Petra Schiffer, Köln
Anika Tipp, Alzenau

Sektion Frauen- und Geschlechterforschung

Jahresbericht 2007

Die Sektion hat gegenwärtig 343 Mitglieder und wird von einem Sektionsrat, bestehend aus *Mechtild Bereswill* (1. Sprecherin), *Brigitte Aulenbacher* (2. Sprecherin), *Birgit Bütow*, *Michael Meuser*, *Gabriele Mordt*, *Reinhold Schäfer*, *Elvira Scheich* und *Sylka Scholz* geleitet.

Für das Jahr 2007 sind zunächst Aktivitäten im Bereich der Dokumentation und öffentlichen Präsentation der Arbeit der Sektion zu nennen. So konnte zum einen die professionell begleitete, juristisch abgesicherte und zugleich kostenlose Archivierung der Sektionsunterlagen (seit Gründung der Sektion) im Archiv der Heinrich Böll Stiftung in Berlin vereinbart werden. Zum anderen wurde die Homepage der Sektion durch eine englische Kurzfassung erweitert, um die Arbeit auch einem internationalen Publikum zugänglich zu machen. Zudem befasste sich der Sektionsrat ausführlich mit der finanziellen Situation und der konzeptionellen Planung der eigenen Buchreihe beim Verlag Westfälisches Dampfboot (in 2007 sind zwei Editionen erschienen – vgl. die Angaben auf der Homepage der Sektion).

Kontinuierlich verfolgt wurde die Frage, wie die Zukunft der Geschlechtersozio­logie nach Einführung der neuen BA/MA-Studiengänge einzuschätzen sei. Da zu dieser Entwicklung bislang ein breiter Fachdiskurs – auch innerhalb der DGS – wie auch eine konkrete Bestandsaufnahme fehlen, wurden verschiedene Schritte unternommen. Die Sektion veranstaltete im Sommer 2007 auf der 5. Arbeitstagung der »Konferenz der Einrichtungen für Frauen- und Geschlechterstudien im deutschsprachigen Raum« einen Workshop zum Thema »Geschlechtersozio­logie: Umwandlung der Studiengänge zu BA/MA-Studiengängen«. Hier wurden Erfahrungen bezüglich der Umstrukturierungsprozesse ausgetauscht und fach- wie institutionsübergreifende Probleme identifiziert. Als ein Thema, bei dem eine systematischere Vernetzung als hilfreich betrachtet wurde, kristallisierten sich die didaktischen Herausforderungen heraus, die vor allem mit den neuen BA-Strukturen verbunden sind. Hier zeichnet sich bereits ab, dass die komplexen, reflexiv angelegten Wissensbestände der (interdisziplinären) Geschlechterforschung in deutlichen Widerspruch zu den Anforderungen der neuen Strukturen geraten. Zudem hat der Sektionsrat sich an die Mitglieder der Sektion gewandt mit der Bitte, die eigenen Erfahrungen und den Stand der Entwicklung rückzumelden – eine Initiative, die rein

quantitativ betrachtet auf ein mäßiges Echo stieß, trotzdem aber zum weiteren Diskurs über die unübersichtliche Entwicklung beitrug, der während der Jahrestagung der Sektion im November in Wittenberg im Rahmen einer ad hoc Gruppe fortgesetzt wurde (siehe die Ausführungen zur Jahrestagung). Im nächsten Schritt wird der Sektionsrat sich mit einer möglichen Bestandsaufnahme befassen und über den Einbezug des Vorstands der DGS beraten.

Neben der bereits erwähnten Jahrestagung in Wittenberg beteiligte die Sektion sich als Kooperationspartnerin an einem von *Paula Villa* von der Leibniz-Universität Hannover und *Barbara Thiessen* vom Deutschen Jugendinstitut durchgeführten internationalen Kongress zum Thema »Mütter/Väter: Elternschaft zwischen medialer Inszenierung und sozialer Praxis« vom 4. bis 6. Oktober 2007 in Hannover. Die Konferenz zielte darauf, einerseits medienvermittelte Bilder zu Elternschaft mit den vielfältigen Praxen von Elternschaft in Zusammenhang zu bringen. Andererseits wurden medienwissenschaftliche Diskurse mit empirischen Bezügen zum Familienalltag in seiner sozialen Diversität unterfüttert. Dabei wurden die Veränderungen im familialen Alltag in zugleich internationaler und historischer Perspektive reflektiert. Hierzu diskutierten drei Tage lang rund 150 WissenschaftlerInnen und PraktikerInnen aus Australien, Deutschland, England, Österreich, Norwegen, der Schweiz und Slowenien miteinander. Ungeöhnliche Zugänge schafften schließlich KünstlerInnen, die zur Reflektion von Mutterbildern in der zeitgenössischen Kunst anregten. Ein Improtheater wirbelte in kreativer Weise zentrale Begriffe und Thesen des Kongresses durcheinander. Die Kooperation mit der Gleichstellungsbeauftragten der Stadt Hannover ermöglichte eine vielfältig besetzte Podiumsrunde, die Alltagssituationen von Müttern »zwischen Mythen und Minutenzählen« und deren Darstellung in den Medien reflektierte. Das interdisziplinäre Crossover der Veranstaltung wird sich auch in der bereits geplanten Edition in der Sektionsreihe niederschlagen.

Am 16. und 17. November 2007 fand die Jahrestagung der Sektion zum Thema »Gesellschaft: Probleme, Analysen, Begriffe. Erkenntnisperspektiven der Frauen- und Geschlechterforschung« in der Leucorea in Wittenberg statt. Die Veranstaltung war trotz des Bahnstreiks, der leider auch zu Absagen von Referentinnen führte, mit 53 Personen gut besucht. Alle Beiträge lösten spannende Diskussionen und theoretische Kontroversen aus. So regte der erste Plenumsvortrag von *Hanna Meißner* mit dem Titel »Kontextualität im Zusammenhang – Identitäten, Hierarchien und Machtver-

hältnisse« zu einer differenzierten Auseinandersetzung mit den gesellschaftstheoretischen Potenzialen der Arbeiten Judith Butlers und möglichen Öffnungen hin zu marxistischer Theorie an.

Anschließend sprach *Alexandra Manske* unter dem Titel »Kein Geschlecht, nirgends? Auf der Suche nach dem Geschlecht der Kreativwirtschaft« über einen expandierenden Sektor der Erwerbsarbeit, der vor allem in Berlin von der Stadtregierung als ein neuer Schlüsselbereich propagiert wird. Geschlecht sei hier, so die Referentin, nur schwer als eine Achse sozialer Ungleichheit auszumachen, und es finde eine geschlechtsübergreifende Prekarisierung auf hohem Bildungsniveau statt. Gleichwohl gäbe es gläserne Decken zuungunsten von Frauen. Es müsse demnach als eine empirisch offene Frage gelten, inwieweit Geschlecht nur noch kontextuell von Belang ist. *Katharina Pühl* fokussierte ihren Kommentar zu diesem Vortrag auf die Gleichzeitigkeit einer Dethematisierung und neuen Sichtbarkeit von Geschlecht und bezog sich dabei auf das Konzept der Gouvernamentalität.

Als internationalen Gast begrüßte die Sektion *Katharina Kobchenko* aus Kiew, deren zeit-historischer Vortrag über »die Geschichte der Frauenbildung in der Ukraine am Beispiel der Frauenuniversität »Heilige Olga« in Kiew« auf interessante Parallelen zur Entwicklung in Europa und Deutschland aufmerksam machte. Während die schulische Bildung für beide Geschlechter aus der Schicht der Aristokratie möglich war, blieb das Universitätsstudium ausschließlich Männern vorbehalten. Vielen jungen Frauen blieb deshalb bis Mitte des 19. Jahrhunderts nichts anderes übrig, als in fortschrittlicheren Ländern wie der Schweiz zu studieren. Die akademische Frauenbildung entwickelt sich seit 1859, schließt aber bestimmte Fächer für Frauen aus, wie zum Beispiel Recht. Seit 1872 wurden an den Hochschulen der Universitätsstädte spezielle Frauenkurse, die von gelehrten Männern geleitet wurden, gegründet. Bezeichnend war auch, dass es nicht um eine den Männern gleichwertige Ausbildung und die entsprechenden Abschlüsse ging, sondern um ein deutlich niedrigeres Niveau. Dies änderte sich erst später im Zuge der Debatte um die nationale Frage der Ukraine, in der auch die Stellung der Frau eine Rolle spielte. Im Jahr 1907 wurden die Studienmöglichkeiten für Frauen von zwei auf vier Fakultäten erweitert. Noch waren die Kurse eher privat und die Abschlüsse nicht staatlich anerkannt. Dies gelang erst einige Jahre später, wie auch die Zulassung von zwei Dozentinnen. Das neue Selbstverständnis zeigt sich darin, dass sich mit den Frauenkursen quasi eine akademische weibliche Parallelkultur – wenn auch unter weitgehend männlicher Ägide – entwickelt hat und in-

offiziell als Frauenuniversität Kiew galt: Ihr Name »Heilige Olga« steht für die weibliche Institution. Das männliche Pendant des »Heiligen Wladimir« – der offizielle Name der Universität Kiew – dokumentiert, dass die akademische Bildung Anfang des 20. Jahrhunderts immer noch keine gleichen Chancen für beide Geschlechter bot. Die Veränderungen in der Gegenwart sind unübersehbar: Heute studieren Frauen und Männer in gleichen Anteilen. Andererseits zeigen sich immer noch Disparitäten an der Spitze der akademischen Hierarchie.

In der abendlichen »Ad-hoc-Gruppe zu BA/MA« wurden zwei Szenarien zur Diskussion gestellt: 1. Die Chancen zur Implementierung von Gender Studies stehen gut, da viele Akkreditierungsagenturen Gender als Querschnittsthema fordern und auch Nachbesserungen kontrollieren. Damit besteht die Chance, dass Gender Studies einen weiteren Professionalisierungsschub durchlaufen. 2. Die pessimistische Variante besteht darin, dass die Disziplinen sich auf ihre Kernkompetenzen und -gebiete konzentrieren und die Geschlechterforschung marginalisiert wird. Aus der Sicht der Sektion stellt sich deshalb das Problem des wissenschaftlichen Nachwuchses und des Stellenschwundes, das perspektivisch Frauen- und Geschlechterforschung in Frage stellt. Der Erfahrungsaustausch machte deutlich, dass die Einführung gestufter Studiengänge an den Universitäten in ihrer Umsetzung ganz unterschiedlich verläuft, zum Teil gerade erst begonnen hat. Anders an den Fachhochschulen, wo die Einführung schon begonnen hat und es erste Erfahrungen zum Stellenwert von Gender Studies gibt. Der AK »Geschlechterverhältnisse in der Sozialen Arbeit« hat bereits 2004 eine diesbezügliche Erhebung gemacht und entsprechende Strategien entwickelt (etwa Gestaltung von Curricula; didaktische Umsetzung von Gender in der Lehre). Dies wäre ein Angebot zur Orientierung für die Sektion. Kontrovers wurde debattiert, wie eine Bestandsaufnahme für die Sektion aussehen könnte und welches Ziel sie verfolgen sollte. Um dieses Ziel näher zu bestimmen, wird für 2008 zunächst ein kleiner Workshop mit ExpertInnen angestrebt.

Nach einem abendlichen Ausklang mit einem Klezmer-Konzert thematisierte *Regina Becker-Schmidt* am Samstagvormittag in ihrem Vortrag »Gesellschaftliche Strukturierung und soziale Ungleichheitslagen« die aktuellen Umstrukturierungen in Politik, Ökonomie und Sozialstaat. Diese führen zu neuen sozialen Ungleichheiten, die – so Becker-Schmidts Kritik an den aktuellen feministischen Debatten – nicht hinreichend erfasst werden. Sie bezweifelte, dass zwischen Männern und Frauen kaum noch Statusdifferen-

zen bestehen und Geschlecht seine Bedeutung als gesellschaftliche Strukturkategorie verliert. Sie kritisierte, dass die Machtgefälle in Interaktionsansätzen und die Institutionalisierung von Herrschaftsressourcen nicht hinreichend analysiert werden. Becker-Schmidt plädierte für eine gesellschaftstheoretische Einbettung der Intersektionalitätsforschung.

Es folgten zwei Foren mit Forschungsbeiträgen. Im Forum 1 (»Geschlecht, Klasse, Nation/Ethnie«) stellte *Christine Weinbach* am Beispiel der »Kopftuchdebatte« system-theoretische Überlegungen zum Konzept der Intersektionalität vor. Dies geschah unter der Leitfrage, weshalb sich das politische System für das Kopftuch interessiert. Weinbach sieht in der »Kopftuchdebatte« ein Bemühen um ein inklusiveres Verständnis von Staatszugehörigkeit. Das Abstammungsprinzip werde aufgebrochen, an dessen Stelle trete die Betonung einer voluntaristisch-positiven Grundhaltung gegenüber der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Diese wird aus ihrer Sicht auch in der Entscheidung für oder gegen das Kopftuch in symbolisch verdichteter Form dokumentiert.

Andrea Bübrmann und *Ute Luise Fischer* erläuterten anhand einer Studie zu »Unternehmensgründerinnen mit Migrationshintergrund« Möglichkeiten der Verknüpfung von Diskursanalyse und objektiver Hermeneutik und deren Bedeutung für die Biographieforschung. Statt die Geschlechterdifferenz von vornherein als relevant zu setzen, werde der Untersuchungsblick darauf verschoben, welche Kategorien für die befragten Unternehmensgründerinnen selbst relevant sind. Geschlecht und ethnische Zugehörigkeit erlangten indirekt eine Bedeutung im Prozess der sozialisatorischen Subjektbildung und würden als Ressourcen für die unternehmerische Tätigkeit genutzt.

Vor dem Hintergrund der engen historischen Verknüpfung von Nationalität und Männlichkeit in der Figur der Schweizer Bergführer fragte *Andrea Hungerbühler* anhand biographischer Interviews, welche Bedeutung »Nation und Geschlecht« im Berufsverständnis heutiger BergführerInnen haben. Dabei setzte sie sich methodisch damit auseinander, wie Männlichkeit analysiert werden kann und differenzierte vier Ebenen: 1. explizite Kategorisierung von Männlichkeit und Weiblichkeit; 2. biographische Aspekte; 3. Deutungsmuster zum Bergsteigen, zur Natur und zum Körper und 3. Doing Gender in der Interviewinteraktion. Verschiebungen zeigen sich insbesondere in Bezug auf die Nation, regionale und internationale Bezüge sind für die heutigen Bergführer und Bergführerinnen wichtiger, gleichwohl bleiben Zuschreibungen aus dem nationalen Diskurs bedeutsam.

Im zweiten Forum (»Arbeit, Partnerschaft, Familie: Logiken des Privaten?«) wurden gesellschaftliche Entwicklungen verhandelt, welche die Familie und ihr Verhältnis zu weiteren Institutionen berühren. *Nina Baur* eröffnete die Diskussion mit der Analyse des »Übergangs vom Modell der sozialen Marktwirtschaft zum Neoliberalismus« und den Ergebnissen einer quantitativen Befragung, durch welche Arbeits- und Familienkonzepte von Frauen und Männern auf Gemeindeebene eruiert wurden. Das fordristische Institutionengefüge aus Arbeitsmarkt und Sozialstaat habe auf einem geschlechtsbasierten Arrangement von Normalarbeitsverhältnis und Kleinfamilie aufgebaut. In seiner seitherigen Entwicklung seien familiäre Leistungen zwar nach wie vor unterstellt, ihnen werde mit der Orientierung auf Individuen aber kaum Rechnung getragen. Vielmehr würden sie durch Entwicklungen wie den Wandel von Partnerschaften und die Flexibilisierung am Arbeitsmarkt sogar konterkariert. Widersprüchen, welche hier hervortreten, begegneten die einzelnen Menschen mit veränderten Arbeits- und Familienkonzepten, nicht zuletzt auch in der Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen sie Kinder haben wollen. Die Frage, wie sich die Verknüpfung von Erwerbs- und Familienarbeit gewandelt hat, stand im Zentrum von *Ulrike Martinys* Plädoyer, dem Thema »Fürsorglichkeit« neue Aufmerksamkeit zu schenken. Ihrer Ansicht nach greifen Diagnosen wie diejenige von der »Entgrenzung« der Arbeit oder der »Kolonialisierung der Lebenswelt«, welche Übergriffe von der einen auf die andere Sphäre betonten, zu kurz. Fürsorge sei hingegen selbst einem tief greifenden Wandel unterzogen und bedürfe neuer Aufmerksamkeit. Diskutiert wurde in diesem Zusammenhang die Frage, inwieweit Ungleichzeitigkeiten und Widersprüche in der Entwicklung der bisherigen institutionellen Arrangements die einzelnen Menschen neu fordern und die Frage der Selbst- statt der Fürsorge ins Zentrum rücken. *Dorett Funcke* befasste sich mit der »Inseminationsfamilie« als einer neuen Familienform, die die struktursozialisatorische Forschung dadurch fordere, dass sie die »ödpale Triade« als elementare und universelle Regelstruktur fraglich werden lasse. In ihrer fallrekonstruktiven Erforschung des Familienkonzeptes eines gleich-, dann durch eine Geschlechtsumwandlung gemischtgeschlechtlichen Paares zeigt sie dann jedoch, dass und wie die »ödpale Triade« sich in der Thematisierung des Kinderwunsches auch hier als relevant erweist.

Auch der abschließende Vortrag von *Irene Dölling* und *Susanne Völker* mit dem Titel »Entsicherte Verhältnisse – eine praxeologische Perspektive auf veränderte Konfigurationen sozialer Ein/Entbindung« regte lebhaft

und kontroverse Diskussionen über gesellschaftlichen Wandel an. Sie verbanden ihre Diagnose, dass wir es bei der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation mit »entsicherten Verhältnissen« zu tun haben, in denen bisherige Institutionen und Formate wie das Normalarbeitsverhältnis oder die Familie »erschöpft« und die Menschen daher zusehends daraus »entbunden« sind, mit einem Plädoyer für eine praxeologische Perspektive. Die Frauen- und Geschlechterforschung ist aus ihrer Sicht nicht nur gefordert, sich mit eigenen Beiträgen an der Gegenwartsanalyse zu beteiligen, sondern auch ihre Verantwortung als politische Wissenschaft wahrzunehmen. In diesem Sinne gelte es, gesellschaftliche Entwicklungen in ihrer Widersprüchlichkeit, ihren Paradoxien, Gegenläufigkeiten und Ungleichzeitigkeiten zu erfassen, statt sie kategorial und sozial-diagnostisch zu vereindeutigen. Nur so ließen sich Öffnungen erkennen und Potenziale gesellschaftlicher Veränderung auch wissenschaftsvermittelt zur Geltung bringen. In ihrer Verbindung mit gesellschaftstheoretischen und methodologischen Reflexionen leiste eine praxeologische Perspektive dies, indem sie die »praktische Aneignung gesellschaftlicher Umbrüche« und damit prekäre, gleichwohl der Gestaltung zugängliche Räume sichtbar werden lässt. In der Diskussion wurde die streitbare Positionierung begrüßt. Gleichwohl wurden das Verhältnis gesellschaftstheoretischer und praxeologischer Perspektiven sowie die starke Betonung von Öffnungen hinterfragt.

Mechthild Bereswill

Sektion Jugendsoziologie

Jahresbericht 2007

Die Sektion Jugendsoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie hat im Jahr 2007 zwei Tagungen durchgeführt. Die von *Wilfried Schubarth* und *Michael Lobmann* (Universität Potsdam) sowie *Dagmar Hoffmann* (HFF Potsdam-Babelsberg) initiierte und ausgerichtete Frühjahrstagung¹ fand am 1. und 2. März an der Universität Potsdam statt und widmete sich dem

¹ Die Tagung wurde vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg unterstützt.

»Soziodemografischen Wandel« und dessen »sozialen und kulturellen Konsequenzen für Jugendliche«. ² Ausgehend von den Prognosen und Szenarien gravierender soziodemografischer Veränderungen und einer fortschreitenden Überalterung der deutschen Gesellschaft wurde danach gefragt, welche sozialökonomischen Lasten und sozialpolitischen Verantwortungen der jungen Generation aufgebürdet werden und welche kulturellen Veränderungen mit dem soziodemografischen Wandel einher gehen, denn einerseits minimieren bzw. verändern sich exklusive Sozialräume für Jugendliche, andererseits ist auch eine Angleichung generationaler Lebensstile zu beobachten. Die Sektion Jugendsoziologie beabsichtigte, sich in zeitdiagnostischer und prognostischer Sicht damit zu beschäftigen, wie Jugendliche die gesellschaftlichen, demografischen Veränderungen respektive ihren sozialstrukturellen und soziokulturellen Status in der Gegenwartsgesellschaft wahrnehmen und wie sie darauf reagieren (zum Beispiel mit erhöhter Sensibilität, mit Gleichgültigkeit, mit Rückzug, mit Abwanderung aus struktur- und kulturschwachen Gebieten). Es sollte danach gefragt werden, welche Gestaltungsmöglichkeiten und Erprobungsräume sie für sich sehen und wie sie diese nutzen. Haben Jugendliche heute (noch) eine Vision für die künftige Gesellschaft, an deren Ausgestaltung sie ja beteiligt sind bzw. sein sollten?

Auf der Tagung befassten sich insgesamt über 30 Referenten und Referentinnen in ihren Vorträgen mit den »Sozialstrukturellen Bedingungen und Konsequenzen des demographischen Wandels für Jugendliche mit und ohne Bildungskapital«, den »Veränderungen des Generationenverhältnisses und den Folgen für Integration und Abgrenzung«, der »regionalen und beruflichen Mobilität angesichts des demographischen Wandels« sowie mit »intergenerationalen Perspektiven und Projekten«. Nach der Eröffnung

2 Ausgewählte Beiträge zum soziodemographischen Wandel und den daraus resultierenden Veränderungen in den Generationenbeziehungen und Generationsverhältnissen werden in Kürze in einem von Dagmar Hoffmann, Wilfried Schubarth und Michael Lohmann herausgegebenen und in der Reihe Jugendforschung des Juventa-Verlages erscheinenden Band zu »Jungsein in einer alternden Gesellschaft. Bestandsaufnahme und Perspektiven des Zusammenlebens der Generationen« erscheinen. Die Veröffentlichung der Beiträge zu den Problemen und Folgen der Abwanderung junger Menschen aus strukturschwachen, wirtschaftlich abwärtsdriftenden Regionen ist gesondert geplant, sie werden von Wilfried Schubarth und Karsten Speck unter dem Titel »Abwanderung Jugendlicher – Analysen und Gegenstrategien in den neuen Bundesländern« (voraussichtlich auch bei Juventa) herausgegeben.

der Tagung durch die Präsidentin der Universität Potsdam *Sabine Kunst* im Universitätskomplex Neues Palais zeigte zunächst der Staatssekretär des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg *Burkhard Jungkamp* in der einführenden Plenumsveranstaltung sehr eindrücklich die Entwicklung des demografischen Wandels im Land Brandenburg auf und verwies auf die vielfältigen sozialpolitischen Herausforderungen im Zusammenhang mit der Minimierung von Kindern und Jugendlichen sowie deren Marginalisierung insbesondere in ländlichen Gebieten. Im Anschluss befasste sich *Bernhard Schäfers* (Karlsruhe) mit dem veränderten Stellenwert von Jugend in der sich wandelnden Gesellschaft. Seinen historischen Abriss und seine Einschätzung der Potenziale von Jugend für die Gegenwartsgesellschaft kommentierte in einem Ko-Referat *Erhard Stöltig* (Potsdam).

In einem ersten Themenblock ging es um die biografischen Vorstellungen junger Menschen in einer sich wandelnden Gesellschaft, wobei diese von *Artur Fischer* (Frankfurt/M.) anhand der Mitglieder des so genannten Führungsnachwuchses veranschaulicht wurden. *Sandra Wagner* (Berlin) widmete sich im Anschluss den Problematiken der Jugendlichen ohne Berufsausbildung. *Andreas Klocke* (Frankfurt/M.) unternahm den Versuch, die besondere Bedeutung von Gesundheit und sozialem Kapital als wichtige Ressourcen für Jugendliche herauszuarbeiten. Inwieweit die soziodemografische Entwicklung eine Kriminalisierung jugendlichen Problemverhaltens verstärkt, fragte sich *Tilman Köllisch* (Gießen).

Der zweite Themenblock konzentrierte sich auf das Generationenverhältnis bzw. auf intergenerationale Beziehungen und ihre Veränderungen in Zeiten des soziodemografischen Wandels. *Sibylle Picot* (München) konnte anhand der jüngsten qualitativen Daten der Shell-Jugendstudie das Empfinden der Jugendlichen veranschaulichen, in einer alternden Gesellschaft zu leben. Anhand von Interviewauszügen zeigte sie auf, was Jugendliche über ältere Menschen denken. Auch *Eva-Maria Merx* (Amsterdam) beschäftigte sich – allerdings vor dem Hintergrund der Ergebnisse gerontologischer Studien – mit den intergenerationalen Beziehungen. Sie interessierte sich vor allem für Aspekte gegenseitiger sozialer Unterstützung und den Effekten für das psychosoziale Wohlbefinden. Des Weiteren beschäftigte sich *Sandra Siebenbüter* (Eichstätt-Ingolstadt) mit dem Phänomen des »Flat-Rate-Saufens«, das ihrer Ansicht nach ein Versuch der modernen, jugendtypischen Abgrenzung gegenüber einer alternden Gesellschaft ist. *Michael Lohmann* (Potsdam) setzte sich dann in seinem theoretischen Beitrag mit

der Frage auseinander, wie »erwachsen« man eigentlich in einer alternden Gesellschaft sein kann und inwieweit das Konzept »Jugend« für eine Erwachsenenidentität relevant ist.

Im dritten Themenblock wurden von *Holger Seibert* (Berlin) und *Stephan Beetz* (Berlin) Fragen der regionalen und beruflichen Mobilität Jugendlicher als Reaktion auf die soziodemografische Entwicklung diskutiert. In den Beiträgen wurde dem Ausmaß, den Ursachen und Motiven der Abwanderung sowie möglichen Folgen für Jugendliche aus unterschiedlichen Perspektiven nachgegangen. *Steffen Kröhnert* (Berlin) betonte in seinem Beitrag die Ursachen und Folgen insbesondere der geschlechtsselektiven Abwanderung. Die Ursachen sind unter anderem in der Benachteiligung junger Männer im Schulsystem und im Scheitern traditioneller Konzepte der Erziehung und Ausbildung zu verorten. Als Folge hat sich vor allem unter der jüngeren Bevölkerung eine asymmetrische Sexualproportion mit teilweise erheblichem Männerüberschuss herausgebildet. *Wilfried Schubarth* und *Karsten Speck* (Potsdam) erörterten anhand einer qualitativen Untersuchung in Brandenburg die besonderen Probleme bleibeorientierter Jugendlicher. Sie zeigen auf, wie vor allem in strukturschwachen ländlichen Regionen Brandenburgs sich Jugendliche zwischen Gehen und Bleiben entscheiden müssen, wobei ihre Entscheidungsprozesse an individuelle, soziale und kulturelle Ressourcen gebunden sind. *Frank Bauer* und *Philip Fuchs* (Düsseldorf) schilderten die Situation von langzeitarbeitslosen Jugendlichen in einer überalterten Region. *Ursula Rami* und *Andreas Hunger* (Linz) veranschaulichten die Probleme, Ängste und das Engagement oberösterreichischer Jugendlicher bei der Lehrstellensuche.

Der vierte Themenblock knüpfte an den dritten an und fokussierte die intergenerationalen Perspektiven im Kontext einer alternden Gesellschaft. *Roswitha Eisentraut* (Halle) stellte dazu Projekte und Projektevaluationen vor und zeigte auf, wie die Generationen vor allem im Hinblick auf Lernen gegenseitig auch künftig einander partizipieren können. *Manfred Hofer* und *Heinz Reinders* (Mannheim) beschrieben in ihrem Beitrag verschiedene Erfahrungsbereiche des sozialen Engagements von Jugendlichen und Studierenden. *Jürgen Baur*, *Ulrike Burrmann* und *Tina Nobis* (Potsdam) berichteten aus ihrer umfangreichen Studie über Sportvereine und zeigten anhand ihrer Daten auf, dass Sportvereine ihre Aufgabe als gut funktionierende intergenerationale Sozialräume weiterhin erfüllen. *Michaela Willert* (Berlin) beleuchtete dann korrespondierend zum Vortrag von Frau *Picot* die quantitativen Daten der Shell-Jugendstudie und wertete diese vor allem im Hin-

blick auf die Realisierung der sozioökonomischen Belastungen vonseiten der Jugendlichen aus. Im weiteren Verlauf der Tagung rückte auch die soziale Gruppe der Älteren in den Blickpunkt der Diskussion: *Fred Karl* (Kassel) referierte über die Potenziale des »produktiven Alters«, *Dieter Brinkmann* (Bremen) zeigte Lernorte von Jung und Alt am Beispiel des Freizeitparks auf und *Helmut Willems* (Luxemburg) berichtet von der gesellschaftlichen Teilhabe junger Migranten/innen im Einwanderungsland Luxemburg.

Im Abschlussplenum demonstrierte *Ulrike Pilarczyk* (Potsdam) anhand von Fotoanalysen, wie Jugendliche in besonders von der soziodemografischen Entwicklung betroffenen Regionen in Brandenburg und Sachsen-Anhalt heute ihre Lebenswelt sehen, erleben und empfinden. *Dagmar Hoffmann* (Potsdam) resümierte abschließend kritisch die Tagung und reklamierte vor dem Hintergrund ihrer Beobachtungen und Forschungserfahrungen eine »präventive Jugendsoziologie«, die sich verstärkt auch mit der Zukunftsgesellschaft auseinandersetzen und mehr Gestaltungspotenziale für Jugendliche – die sie selbst mehrheitlich als gering einschätzen – einfordern sollte.

Die Herbsttagung der Sektion war eine Gemeinschaftsveranstaltung mit dem Deutschen Jugendinstitut (DJI), wurde von Claus Tully organisiert und fand am 25. und 26. Oktober 2007 im Siemens Forum München statt. Thematisiert wurde die »Reale und virtuelle Raumüberwindung: Technikbasierte Raumbezüge im Jugendalltag.«³ Nach der Eröffnung durch den Leiter der Abteilung Jugend und stellvertretenden Direktor des DJI *Christian Lüders* führte *Claus J. Tully*, (DJI München) mit seinem Vortrag »Alltägliches Switchen zwischen Spaces – ein Thema der Jugendforschung« in das Tagungsthema ein. Anliegen der Tagung war es, die Formierung des Jugendalltags in Abhängigkeit von technisch vermittelter Wahrnehmung von Raum und Orten zu untersuchen. Deutlich wurde, dass bei der Analyse des Pendelns in Räumen, zwischen Orten, und zwischen Orten und virtuellen Räumen von einem erweiterten Mobilitätsbegriff sowie einer gewachsenen Bedeutsamkeit von Techniksozialisation ausgegangen werden muss. Die Nutzung von technischen Hilfen scheint unabdingbar. »Swit-

3 Ausgewählte Beiträge werden in einem von Claus Tully herausgegebenen Band zu »Technikbasierte Raumbezüge Jugendlicher« (Arbeitstitel) in der Reihe Jugendforschung des Juventa-Verlages veröffentlicht werden

chen« zwischen Orten, Sachen, Personen und Situationen erfährt in der reflexiven Moderne zentrale Bedeutung. Statt Eindeutigkeit wird ein »sowohl als auch« unabweisbar. Zu klären galt es, inwieweit basale soziale Fähigkeiten den Wechsel zwischen Räumen und das parallele Agieren in unterschiedlichen Räumen erleichtern. Inwieweit sind soziale Grundfähigkeiten, aber auch solche der Motorik, der Kognition und Handlungskompetenzen raumübergreifend und transferierbar? Die sozialwissenschaftliche Jugendforschung sollte im Rahmen der Tagung durch Einbeziehung modernisierungs-, kommunikations-, raum- und netzwerktheoretischer Forschungsperspektiven zu dieser aktuellen Entwicklung positioniert werden. Deshalb waren nicht nur Jugendforscherinnen und Jugendforscher eingeladen, sondern auch Vertreter der Mobilitäts- und Raumforschung, der Medienpädagogik und -soziologie. Vier Themenkreise wurden behandelt: (1) Vernetzung und Identität, (2) Tools mobiler Bezüge, (3) Agieren in virtuellen Räumen und sich Einklinken in kommunikative Welten, (4) »Switching« zwischen den Welten – ein Muster der Moderne.

(1) Vernetzung und Identität: Für die Identität der Heranwachsenden sind Orte, Räume und virtuelle Räume essenziell. In der modernen Gesellschaft koexistieren jedoch die vernetzte Gesellschaft, konkrete Orte und virtuelle Gemeinschaften. Moderne Kommunikations- und Mobilitätstechnik dynamisiert gleichzeitig soziale Beziehungen, macht sie form- und gestaltbar, was sich auch im räumlichen Verhalten niederschlägt. Moderne Kommunikationsmedien verwischen die »Spuren« des Ortes. Es scheint, als wären Personen vom Ort entkoppelt. Entsprechend ist es wichtig, diese unterschiedlichen räumlichen Handlungsfelder zu benennen und ihre Dualität zu erkennen. *Sabina Misoch* (Luzern) stellte virtuelle Räume in Form des Internets und ihre Bedeutung und Funktion für die Adoleszenz vor. *Bettina Pirker* (Klagenfurt) ging in ihrem Vortrag »Medien. Raum. Identität – Mediale Räume als interkulturelle Spielplätze der Identität« auf die Zusammenhänge ein, die das Subjekt im Vollzug seiner räumlichen und zeitlichen Einschreibungen mitbestimmen.

(2) Tools mobiler Bezüge: In der Industriegesellschaft ging es um die Überwindung von Raum, Mobilität war deshalb funktional. In der Moderne gestattet Technik die Mobilisierung des Mobilien, sie ist somit nicht mehr nur auf die Ortsveränderungen ausgerichtet. Ein Imperativ der Moderne lautet: »Sei mobil«. Die Bereitschaft zu Mobilität und Flexibilität der Personen wird vorausgesetzt. Um diese Anforderungen zu erfüllen, ist die Nutzung von Tools wesentlich. Sie ermöglichen mobile Kommunikation

und gestalten die Negierung von Räumen angenehmer, indem sie »Comfort and joy« versprechen. Diese Kommunikationstechnik ersetzt jedoch nicht Mobilität, sondern bereitet sie vor, mobile Artefakte wie MP3-Player, Handy, Laptop usw. sind wichtige Wegbegleiter und gleichzeitig Repräsentanten des mobilisierten, mobilen Alltags. Sie sind Bestandteil der Selbstinszenierung im Raum. *Fabian Kersten* (Amsterdam) und *Dagmar Hoffmann* (Berlin) präsentierten ihre Ergebnisse zum Thema der Inszenierungs- und Kommunikationspraktiken sowie der sozialen Vernetzung am Beispiel des Schüler-Online-Portals *studivz.de*. Sie zeigten, dass auch hier das Management von Identität sowie von Beziehungen der Jugendlichen im Mittelpunkt steht. Virtuelle Räume ermöglichen dabei neue Formen des Kommunizierens und der Selbstdarstellung. *Daniela Abrens* (Bremen) stellte im Anschluss daran Praktiken des Spacings von Jugendlichen vor. Demnach geht es im Jugendalltag nicht mehr allein um die Überwindung von Räumen, sondern auch um die Generierung neuer Räume. Durch digitale Vernetzungstechniken werden Räume auf eine neue Art und Weise hergestellt und auch wählbar. Der Wahrheitsgehalt von Informationen, die im Internet kommuniziert werden, wurde von *Oliver Langewitz* (Karlsruhe) thematisiert. Dargestellt wurde, wie Jugendliche gerade im Internet Informationen verfälschen und damit auch andere Identitäten modulieren.

(3) Agieren in virtuellen Räumen und sich Einklinken in kommunikative Welten: In diesem Rahmen wurde von *Dirk Baier* (Hannover) die Problematik der Computerspielsucht behandelt, die Kontrollverlust, Entzugserscheinungen sowie negativen Folgen für schulische Leistungen und Sozialbeziehungen mit sich bringt. *Nadia Kutscher* (Aachen) beschäftigte sich mit der Nutzung des Internet seitens Jugendlicher und der damit verbundenen Ausbildung von sozialem und kulturellem Kapital. *Gunter Heinicke* (Berlin) widmete sich den Einflüssen auf jugendliches Raumverhalten und stellte seine Untersuchung zum Zusammenhang zwischen Mobilitätsbiographien und räumlichen Verhalten junger Menschen vor.

(4) »Switching« zwischen den Welten – ein Muster der Moderne: Zu prüfen war, inwieweit in der Moderne zwischen realen und virtuellen Welten gewechselt wird. Durch das parallele Agieren an Orten und in »Spaces« stellen sich, so die Annahme, absehbar unterscheidbare Routinen und Habitualisierungen ein. Die zentrale Frage lautete entsprechend, inwieweit Kompetenzen, die den jeweiligen Welten zuzuordnen sind, sich als transferierbar, substituierbar und unabdingbar erweisen. In diesem Rahmen referierte *Rudolf Kammerl* (Passau) über die Identitätsentwicklung von Jugend-

lichen im Zusammenhang mit internetbasierter Kommunikation und ging der Frage nach, welche Routinen und Techniken der Internetnutzung für die Herstellung regionaler Bezüge wichtig sein können. *Dorothee Meister* (Paderborn) ging in ihrem Vortrag auf die Nutzung des Handys bei Jugendlichen ein und zeigte, inwieweit das Handy in die Kommunikationskultur von Jugendlichen integriert ist und wie bedeutsam es für die Gestaltung der sozialen Beziehungen zwischen den Peers ist. *Barbara Rink* (München) ging in ihrem Vortrag »Eingeschlossen?! Zwei Metrostationen vor Paris« auf die unmittelbare Lebenswelt von Jugendlichen in der Pariser Banlieue ein, um die Auswirkungen der vorherrschenden sozialräumlichen Strukturen auf den Alltag der jungen Menschen aufzuzeigen. Jugendliche identifizieren sich demnach mit ihrem Stadtteil und werden auch von außerhalb lebenden Personen als Teil dieses Raumes identifiziert.

Zusammenfassend ließ sich auf der Tagung feststellen, dass Kommunikation zwar nach wie vor face-to-face stattfindet, aber eben auch und immer mehr vor dem Hintergrund und unter Einbezug der parallelen Netze, in denen Jugendliche agieren. Dies bedeutet, dass sich jugendtypischer Alltag von konkreten Situierungen befreit. Diesem Umstand gilt es absehbar in der Forschung vermehrt Rechnung zu tragen, d.h. es gilt aufzuarbeiten, wie die gesellschaftliche Verfügbarkeit von Mobilitäts- und Kommunikationstechnik den Jugendalltag nachhaltig verändert.

Am 28. und 29. Februar 2008 veranstaltete die Sektion in Ludwigsburg eine Tagung zum »Verhältnis von Jugendforschung und Pädagogik«. Auf dem 34. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie wird die Sektion zwei Sektionsnachmittage anbieten: »Nützlichkeit und Unbrauchbarkeit von Identitätskonzepten in unsicheren Zeiten« und »Bedeutung der Jugend in sich transformierenden Gesellschaften«.

Dagmar Hoffmann, Jürgen Mansel, Renate Müller,
Wilfried Schubarth, Claus Tully

Sektion Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie

Bericht zur Tagung »Globalisierung, Europäisierung, Regionalisierung – unter besonderer Berücksichtigung ihrer Erscheinungsformen und Auswirkungen im östlichen Europa«

In der Bildungs- und Begegnungsstätte Akademie Mitteleuropa »Der Heiligenhof« in Bad Kissingen fand vom 23. bis 25. April 2008 die diesjährige Jahrestagung der Sektion »Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie« in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie statt. Im Mittelpunkt der Verhandlungen standen Prozesse der Globalisierung, der Europäisierung – im Sinne einer fortschreitenden EU-Erweiterung und Integration – und der Regionalisierung, wobei es nicht nur um das Zusammenwirken und die Verschränkungsverhältnisse dieser Vorgänge ging, sondern auch und insbesondere um die Spannungsbeziehungen und Gegenläufigkeiten, die zwischen ihnen bestehen und die noch keineswegs ausreichend analysiert erscheinen. Diese Feststellung gilt insbesondere für die Gesellschaften des östlichen und südöstlichen Teils Europas, die nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Herrschaft sowohl eine rasche Eingliederung in das Weltsystem – mit allen Herausforderungen und Folgeproblemen – erfahren wie auch eine rasche Aufnahme in die Europäische Union anstreben und vielfach auch bereits erreicht haben, die aber auch – nach der Auflösung ihrer starren zentralistischen Ordnungsstrukturen und unter der Wirkung der Dynamik europäischer und globaler Prozesse – mit neuen Problemen und Herausforderungen der Regionalisierung und nicht zuletzt auch mit zunehmenden regionalen Disparitäten der Lebensverhältnisse und neuen Erscheinungsformen der sozialen Ungleichheit konfrontiert sind. Nach der Begrüßung durch den Ehrensprecher der Sektion, *Bálint Balla* (TU Berlin), und durch den Studienleiter an der Akademie Mitteleuropa in Bad Kissingen, *Gustav Binder*, führte der Sektionssprecher *Anton Sterbling* (Hochschule der Sächsischen Polizei Rothenburg/OL) in diese Problemzusammenhänge und Leitfragen der Tagung ein.

Bálint Balla zeigte sodann in seinem Vortrag eindrucksvoll, dass die Reflexionen über die Globalisierung eigentlich bis zu den mythischen Anfängen der Menschheit zurückführen, und dass die Gefahren der Globalisierung aufschlussreich in der Perspektive einer soziologischen »Theorie der Knappheit« zu behandeln sind. *Endre Kiss* (ELTE Universität Budapest) arbeitete in seinem theoretisch anspruchsvollen Vortrag die Konsequenzen der Globalisierung für eine um die Funktionszusammenhänge des

Staates zentrierte Gesellschaftstheorie heraus, wobei er insbesondere die Notwendigkeit, den Gemeinschaftsbegriff in diesem Zusammenhang neu zu fassen, herausstellte. *Andrei Roth* (Babeş-Bolyai Universität Klausenburg (Cluj), Rumänien) betonte zwar die Notwendigkeit politischer und insbesondere sozialpolitischer Regulationen, hob in der Hauptsache aber vor allem die Vorteile der »universalistisch« ausgerichteten Globalisierung und Europäisierung für Nachzüglerländer wie Rumänien hervor.

In seinem mit anschaulichem Bildmaterial illustrierten Vortrag »Globale Individualisierung und osteuropäische Urbanisierung« verdeutlichte *Nikolai Genov* (FU Berlin), dass einer gezielt »kollektivistisch« ausgerichteten Gestaltung von öffentlichen Räumen und Gebäuden in der Zeit des Kommunismus nun ein ausgeprägt individualistisches Bestreben des Bauens und Wohnens im Zeitalter der Globalisierung in Osteuropa folgt, insbesondere bei Bevölkerungsgruppen, die sich entsprechende Exklusivität leisten können. Sehr interessante kultursoziologische Überlegungen entfaltete *Georg Kamphausen* (Universität Bayreuth) zur Kategorie der »Bürgerlichkeit« im Europäisierungsprozess, wobei Bürgerlichkeit nach ihm in osteuropäischen »Transformationsgesellschaften« und in westlichen »Konsolidierungsgesellschaften« nicht nur unterschiedlich entwickelt erscheint, sondern auch unterschiedliche Leitfunktionen aufweist. *Anne Sophie Krossa* (Universität Lancaster, Großbritannien) plädierte in ihrem Vortrag unter anderem dafür, Globalisierung um den Aspekt der »Glokalisierung« als wichtiges Strukturprinzip der Bildung einer europäischen Gesellschaft kultureller Vielfalt zu ergänzen. *Anton Sterbling* sprach über »doppelte Peripherisierung« von Regionen wie dem östlichen Polen, dem nordöstlichen Ungarn, der rumänischen Moldau oder der rumänischen und bulgarischen Dobrudscha als Ergebnis langfristiger nationaler Entwicklungen wie auch der heutigen Dynamik der Globalisierungs- und Europäisierungsprozesse. *Christian Giordano* (Universität Fribourg, Schweiz) nahm bei regionalistischen Bewegungen eine analytisch aufschlussreiche Gegenüberstellung der Typen des »ethnischen« und des »kosmopolitischen Regionalismus« vor und zeigte, wie man gegenwärtige regionalistische Erscheinungen in diesem Bezugssystem einordnen und deuten kann.

Auf der Grundlage differenzierter quantitativer und typologischer Analysen arbeitete *Jürgen Beyer* (Universität Hamburg) in seinem Beitrag die wichtigsten Dimensionen und Merkmale verschiedener Spielarten des postsozialistischen Kapitalismus in Osteuropa heraus. *Kerstin Zimmer* (Universität Marburg) zeigte nicht nur Umfang und Erscheinungsformen der

Arbeitsmigration aus der Ukraine auf, sondern leuchtete auch die weltanschaulichen Hintergründe und Akzentsetzungen in den gesellschaftlichen und politischen Diskursen zu diesem Phänomen in der Ukraine aus. *Christian Fröhlich* (Universität Leipzig) analysierte die russische Behindertenpolitik, die im Spannungsfeld zwischen integrativer Weltkultur und exkludierendem Etatismus erfolgt und mithin auch viele kritische Fragen aufwirft.

Neben dieser Jahrestagung wirkt die Sektion Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie auf dem 34. Soziologiekongress in Jena als Kooperationspartner an dem Plenum 6: »Klimawandel und nachhaltige Energieversorgung: Transformation und sozialer Wandel« mit. Außerdem sind zwei Sektionsveranstaltungen geplant. Ilja Srubar (Universität Erlangen) und Vera Sparschuh (Berlin) bereiten eine Veranstaltung zum Thema »Generationswechsel und gesellschaftliche Transformation im europäischen Ost-West-Vergleich« vor. Von Maurizio Bach (Universität Passau) und Anton Sterbling wird die Sektionsveranstaltung: »Europäische Entwicklungsdynamik und soziale Folgen unter besonderer Berücksichtigung des östlichen Europa« vorbereitet.

Abschließend sei noch erwähnt, dass der Ehrensprecher der Sektion Ost- und Ostmitteleuropa-Soziologie, *Prof. Dr. Dr. h.c. Bálint Balla* (TU Berlin), der nicht nur maßgeblich zur Gründung dieser Sektion beitrug und diese viele Jahre leitete, sondern der auch gegenwärtig noch sehr aktiv und für viele Jüngere beispielhaft an der Sektionsarbeit mitwirkt, am 7. Juli 2008 seinen 80. Geburtstag begeht. Daher möchte ich ihm persönlich sowie im Namen der Sektion – und darüber hinaus sicherlich auch im Namen vieler Kolleginnen und Kollegen aus der deutschen und europäischen Soziologie – gratulieren, ihm ein herzliches Dankeschön für seinen beispiellosen Einsatz für die Belange der Soziologie und der europäischen Verständigung sagen und ihm alles denkbar Gute für die Zukunft wünschen! Ich bin mir sicher, dass er die Arbeit der Sektion auch zukünftig mit vielen anregenden Gedanken bereichern und deren Tätigkeit durch seine unübertrefflich freundliche und großzügige Art motivieren und fördern wird.

Anton Sterbling

Sektion Politische Soziologie

Bericht zur Tagung »Korruption und Neue Staatlichkeit«

Von Ämtern, Unternehmen und anderen Organisationen erwarten wir heutzutage mehr als nur gesetzeskonformes Verhalten. Denn an diese richten sich nun vermehrt Anforderungen an die Legitimation ihres Handelns: so etwa in Bezug auf die Transparenz ihrer Strukturen und Geschäftsprozesse, im Hinblick auf Gerechtigkeit, soziale Verantwortung, Nachhaltigkeit. Damit ändert sich auch der rechtliche Rahmen für das Verhalten in und von Organisationen. Gerade das Beispiel der Korruption zeigt, dass gesellschaftliche Erwartungen an legales und legitimes Verhalten von Organisationen zunehmend Gegenstand öffentlicher und rechtlicher Erörterungen werden – aber auch zunehmend ein Gegenstand der wissenschaftlichen Analyse. Dieses Ziel setzte sich eine gemeinsame Tagung der Fachgruppe »Verwaltung« des Berufsverbands Deutscher Soziologinnen und Soziologen und der Sektion Politische Soziologie der DGS, die vom 21. bis 23. Januar 2008 in Hof (Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung und Rechtspflege in Bayern) durchgeführt wurde. Auf dieser Tagung beleuchteten nationale und internationale Referenten aus Wissenschaft und Praxis das wieder stärker in den Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit rückende Thema von Korruption und Staatlichkeit.

In seinem Einführungsvortrag verortete *Carsten Stark* das Phänomen der Korruption im heutigen Verwaltungshandeln durch Rückgriff auf die Diskussion über die »neue Staatlichkeit«. Demnach stehen Regierungen und Regieren vor dem Problem einer erhöhten Steuerungskontingenz und -komplexität, einer deutlicheren Abhängigkeit von außerstaatlicher Expertise, höheren Beteiligungs- und Mitspracheerwartungen und einer stärkeren Ökonomisierung des Verwaltungshandelns. Diese Veränderungen führen unter anderem zu einer deutlicheren Beteiligung betroffener oder/und interessierter Kreise mit dem Zweck einer Abwägung der Verhältnismäßigkeit und zu einer zunehmenden Bedeutung des Kooperationsprinzips, das das Feld korruptiver Chancen und Handlungsweisen vorbereiten kann. Die neue Staatlichkeit macht damit Korruption wahrscheinlicher, da es zu einer Erosion legal-bürokratischer Herrschaftsstrukturen, zu einer Steigerung der Flexibilität und zu einer Infragestellung des etablierten Beamtenhabitus kommt.

Mit dem Wandel der Staatlichkeit befasste sich auch *Thomas Faust*. Er teilte die Entwicklungen der letzten 20 Jahre in drei übergeordnete Phasen ein und befasste sich mit der spezifischen Art der Problemdefinition und -bearbeitung. So argumentierte er, dass das Old Public Management (der »aktive Staat« bis Ende der 1980er Jahre), das New Public Management (der »schlanke Staat« bis Ende 1990er Jahre) und die Public Governance (der »aktivierende Staat« nach 2000) als Regime des Verwaltungshandelns Korruption auf je eigene Art begriffen und zu bekämpfen versucht haben. Kennzeichnend für das Old Public Management war ein Begriff von Korruption als Verletzung geltenden Rechts, die es mithilfe des Strafgesetzbuches, der Rechnungsprüfung, der Aktenmäßigkeit guter bürokratischer Amtsführung und des Beamtenethos in den Griff zu bekommen galt. Allerdings waren der Korruptionsbekämpfung durch Fokussierung auf einzelne »schwarze Schafe« keine bahnbrechenden Erfolge beschieden. Mit dem New Public Management gaben sich Verwaltungen eine ziel- und leistungsorientierte Steuerung. Sie suchten die Nähe zur privaten Wirtschaft, setzten auf Dezentralisierung von Leistungen und Abbau von Hierarchien. Ihre führenden Repräsentanten hatten das Amtsleiterimage abgestreift und sich den Managerhabitus angeeignet. Das New Public Management begriff Korruption als soziale Beziehung von Prinzipalen, Agenten und Klienten und bekämpfte sie mithilfe des Controlling, der Accountability und durch Anreize zu normkonformem Verhalten. Die Public Governance ging noch einen Schritt weiter, da nun explizit auf Gewährleistungsverantwortung, Partizipation und (messbare) Outcomes gesetzt wird. Bei der Wahrnehmung von Korruption sind Netzwerkkonstellationen und das organisierte Verbrechen in den Vordergrund gerückt. Der Fokus wird internationaler und stärker auf politische Maßnahmen gerichtet. Chancen zur Korruptionsbekämpfung werden in Kooperation gegen Korruption gesehen, doch die Erfolge bei der Korruptionsbekämpfung sind durch das Rent-seeking einzelner Akteure, durch Entgrenzung des Staates etwa in Public-Private Partnerships sowie durch Ausschöpfung des legalen Rahmens beim korruptiven Handeln gefährdet.

Die Annahme, dass sich die Korruptionsproblematik vor allem im Zuge der Reformierung des »aktiven Staates« vergrößert hat, stand nun im Raum. Dies betraf vor allem die Vermutung, dass das New Public Management stärker als die vorherigen Modelle Korruption in der öffentlichen Verwaltung begünstigt habe. Mit dieser Frage befasste sich *Patrick von Maravic*, wobei er vor allem zu klären versuchte, ob die in diesem Modell ver-

folgte Verwaltungsmodernisierung mit einer höheren Korruptionsanfälligkeit einher geht. Anzunehmen ist nämlich, dass mit der Transformation des öffentlichen Sektors unbeabsichtigte Folgen dieser Reformen unverkennbar werden. Die Ergebnisse seiner empirischen Analysen brachten allerdings zum Ausdruck, dass die viel beschworene Zunahme von Korruption empirisch nicht nachzuweisen sei. Demgegenüber aber verändern sich die Orte der Korruption an der Schnittstelle zwischen öffentlichem und privatem Handeln. Dadurch würden Korruptionsrisiken verlagert. Er unterschied zwischen zwei begünstigenden Variablen in Verbindung mit der Einführung des Neuen Steuerungsmodells (NSM). Auf der motivationalen Ebene relativiert die neue Ergebnisorientierung die bisherig dominante Regelorientierung, wobei es in Public-Private-Kooperationen zu diffusen Rollenerwartungen und zu einem geringeren Unrechtsbewusstsein kommt. Zugleich bieten sich im NSM neue Möglichkeiten für korruptives Handeln, etwa durch eine Dezentralisierung von Finanz- und Humanressourcen, durch das Contracting an den Nahtstellen zwischen öffentlichem und privatem Bereich und durch die schwindende personelle und finanzielle Ausstattung von Rechnungsprüfern.

Korruption ist folglich zu allen Zeiten präsent gewesen, gleichwohl die unterschiedlichen Modelle des Verwaltungshandelns je eigene Rahmenbedingungen und Chancen für korruptives Handeln und je eigene blinde Flecken bei der Erfassung, Bekämpfung oder Prävention etabliert haben. Vor diesem Hintergrund empfahl es sich folglich, auf die mikropolitische Logik korruptiven Handelns einzugehen, die sich möglicherweise über die Zeit hinweg fortschreibt. Diese Thematik griff *Peter Graeff* auf, der die Vertrauensdimension innerhalb korruptiver Netzwerkstrukturen in den Mittelpunkt seiner Überlegungen rückte. Graeff deutete Korruption als Vertrauensbeziehung in netzwerkförmigen Arrangements zwischen Prinzipalen (Auftraggebern), Agenten (Beauftragten) und Klienten (Verkäufern), wobei sich Korruption vor allem zwischen den letzten beiden Parteien ereignet – zu Lasten der Prinzipale. Korruption ist auf heimliche und verbotene Beziehungen beschränkt, weshalb jeder befürchten muss, »verraten« und zur Rechenschaft gezogen zu werden. Korruptive Netzwerkarrangements erhalten ihre Stabilität dadurch, dass sie all diejenigen, die Wind vom korruptiven Handeln bekommen, ins eigene Boot ziehen, und dass sie durch die Sozialisierung von Kosten und Gewinnen des gemeinsamen korruptiven Handelns starke Anreize zur Bildung eines Vertrauens in die gegenseitige Verpflichtungsfähigkeit generieren. Unklar blieb jedoch in der Diskussion,

ob die Protagonisten eines Korruptionsnetzwerks auch notwendigerweise Vertrauensbeziehungen unterhalten, und ob diese auch eine hinreichende Bedingung darstellen.

Korruptives Handeln würde zusätzlich durch einen Rollenkonflikt begünstigt, der sich im Rahmen der Reformen des Verwaltungshandelns (New Public Management und Public Governance) intensiviert, wie *Kerstin Steinhäuser* argumentierte. Denn je stärker das Leitbild des »homo oeconomicus« implementiert würde, und je stärker der Beamte auf Effizienz, Folgenabschätzung und Beteiligung zu achten habe, umso stärker würden die Grenzen zwischen Kooperation und Korruption verschwimmen. Allerdings wurde in der Diskussion deutlich, dass neben der Grauzone der »kleinen Gefallen und Bestechlichkeiten« die Korruption im großen Stil einer eigenen Dynamik folgt, und dass vor dem Hintergrund eines weiterhin geltenden Beamten- und Dienstrechts ein Hineingleiten in korruptives Handeln mehr erfordert als einen unterschweligen Rollenkonflikt. Vor diesem Hintergrund befasste sich *Carsten Stark* mit den Techniken des »Anfütterns«, denn seiner Meinung nach besitzt korruptives Handeln (vor allem in netzwerkartiger und organisierter Form) eine Vorgeschichte. Er unterschied dabei zwischen fünf Strategien: das »Schuldigmachen« durch Provozieren eines Regelverstoßes, der die Behördenmitarbeiter für künftige Pflichtverletzungen erpressbar macht; die Gewährung einer »uneigennütigen« Gefälligkeit »ohne Gegenleistung«; die Einbeziehung eines vertrauenswürdigen Dritten, der das Opfer zu einer Pflichtverletzung veranlasst; die Konfrontation mit einer fremden sozialen Situation, die behördlich geltende Handlungsrouitinen aufhebt; sowie eine Affektualisierung, wonach Beamte zu einer »spontanen«, aber regelunkonformen Handlung provoziert werden. Die Praxis legt dabei nahe, dass eine Sozialisation in korruptivem Handeln eine vielfach notwendige Vorbedingung darstellt. Hiermit wird auch deutlich, dass korruptives Handeln selbst in den genannten Grauzonen durchaus dienstrechtlich als abweichendes Verhalten erkennbar und benennbar ist.

Vor diesem Hintergrund rückt Korruption stärker in den Bereich der organisierten Kriminalität, was von *Gerhard Levy* untermauert wurde, der am Beispiel der Innenrevision des österreichischen Finanzministeriums veranschaulichte, welche Strukturen und Strategien Korruption in Netzwerken entwickelt, und welche grundsätzlichen Probleme einer Korruptionsbekämpfung und -prävention sich hieraus ergeben. In vielen Fällen einer netzwerkartigen Korruption wurden Steuerprüfer selbst in korrupti-

ves Handeln hineingezogen und fungierten dann als Buchhalter und Steuerberater geprüfter Firmen. Die hier zur Anwendung gekommenen Techniken der Vernetzung und des Anlernens erschwerten den Fahndern ebenso ihre Arbeit wie die Tatsache, dass oftmals Vorgesetzte und Führungskräfte direkt oder mittelbar involviert waren. Nicht ganz unschuldig daran sei die Änderung von Bearbeitungskriterien im Zuge der Verwaltungsreform und die schwindende Identifikation und Loyalität der Mitarbeiter mit ihren Behörden gewesen. Vor diesem Hintergrund betonte Levy vor allem die enorme Bedeutung der Führungsverantwortung der Finanzamtsvorstände.

Den Blick auf die Situation außerhalb Deutschlands und Europas öffneten Beiträge über Korruption in außereuropäischen Gesellschaften. *Joaachim Vogt* und *Bishanjit Mallick* befassten sich mit lokalen Wirkungsketten der Korruption am Beispiel der kommunalen Steuererhebung in Bangladesh. Die Ausführungen verdeutlichten die Allgegenwart der Korruption innerhalb der gesellschaftlichen Wirklichkeit, die Bangladesh auch den Spitzenplatz auf der Weltrangliste von Transparency International eingehandelt hat. Aus der Sicht sozialer Ungleichheit und mit Bezug auf ein normatives Konzept guter Governance ist diese Situation als defizitär zu verstehen, da die Steuerpflichtigkeit und die Steuerhöhe auf Wohneigentum primär von korruptiven Zahlungen abhing. Dies trifft vor allem die unterprivilegierten Bevölkerungsschichten, denn diese haben mit Blick auf korruptive Zahlungen geringere Dispositionsspielräume, zugleich sind sie von verminderten Steuereinnahmen und der dadurch verringerten kommunalen Leistungsfähigkeit am deutlichsten betroffen. Korruption bei der Steuererhebung (bzw. deren Vermeidung) ist damit vor allem Belastungskorruption, und nicht wie in Deutschland primär Entlastungskorruption. Auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene zeigt sich, dass korruptives Handeln politische Herrschaftsverhältnisse stabilisiert und perpetuiert, da sozialer Status und politischer Einfluss von Einzelnen und Gruppen durch korruptive Leistungen horizontal wie auch vertikal generiert und reproduziert werden.

Eine ähnliche Omnipräsenz korruptiven Handels machte *Margarete Payer* am Beispiel Boliviens fest. Auf der individuellen Ebene wird dieser Zustand auch als defizitär wahrgenommen und thematisiert, wobei die Bevölkerung Korruption primär als Schicksal erlebt. Die Unzufriedenheit der Bevölkerung führe zu fehlendem Vertrauen in Justiz, Politik und Polizei und zu einem Gefühl des willkürlichen Ausgeliefertseins. Frau Payer machte den Gruppenpartikularismus und die Diskrepanz zwischen Binnen- und

Außenmoral für diese Situation mitverantwortlich, denn die Gesellschaft wird durch eine starke Spannung zwischen den Schichten und ethnischen Gruppierungen geprägt (europäischstämmige Oberschicht, Mestizen als Mittelschicht, indigene Bevölkerung). Unterschiedliche Gruppeninteressen und soziale Bewegungen verhindern eine Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Korruption, denn Priorität bliebe es, die eigenen Rechte und Interessen durchzusetzen, weshalb sich klientelistische Strukturen perpetuierten. Eine Verrechtlichung und Bürokratisierung des öffentlichen Lebens führe unter diesen Umständen eher zu kontraproduktiven Lösungen, da zusätzliche Vorschriften mehr Möglichkeiten und Notwendigkeiten korruptiver Einflussnahme auf den Plan riefen.

Insgesamt wurde also eine gewisse »Normalität« korruptiven Handelns in allen Formen der Staatlichkeit deutlich, wobei die jeweiligen Formen oder Regime staatlicher Herrschaft mit jeweils spezifischen Mustern und Strukturen der Korruption einhergingen. Die steigende Bedeutung von Korruption als gesellschaftliches und politisches Thema lässt sich demnach nicht primär auf eine Zunahme korruptiven Handelns zurückführen, sondern vor allem auch auf eine gesteigerte Sensibilität für diese Thematik. Diesen Eindruck bestätigte *Sebastian Wolf*, der sich mit der Entwicklung internationaler Antikorruptionsregime in zeithistorischer Perspektive auseinandersetzte. Während es nämlich bis 1975 weder internationale Strategien noch nationale Gesetzgebungen zur Korruptionsbekämpfung mit internationalem Bezug gab, wurde 1977 mit dem »Foreign corrupt practices act« zwar eine erste gesetzliche Regelung in den Vereinigten Staaten etabliert, der aber erst nach 1995 eine Reihe von internationalen Regimen zur Bekämpfung der Korruption folgten. Erst in den 1990er Jahren sind im Rahmen der OECD, der Europäischen Union und der Vereinten Nationen Abkommen geschlossen worden, die auch Eingang in nationale Gesetzgebungen fanden. Seit 2003 ist das internationale organisierte Verbrechen stärker berücksichtigt worden, und die Nationalstaaten sind einander zunehmend beim Aufdecken von Korruptionsfällen behilflich, indem sie zwischenstaatliches Monitoring betreiben.

Die Vorträge und die sich anschließenden Diskussionen verdeutlichten, dass Korruption ein eminent wichtiges und spannendes Thema darstellt. Zugleich wurden aber auch die besonderen Probleme und Herausforderungen offenkundig, vor denen die sozialwissenschaftliche Analyse steht. Zum einen bestehen Grauzonen in der empirischen wie auch theoretischen Erfassung von Korruption. Verlässliche Angaben über die Bedeutung kor-

ruptiven Handelns und ihrer Entwicklung sind nicht leicht zu ermitteln. In diesem Zusammenhang gilt es auch die erhöhte Sensibilität zu erklären und ihre Effekte genauer zu bestimmen. Anzunehmen ist fernerhin, dass korruptives Handeln in jeweils unterschiedlichen politisch-institutionellen Kontexten durchaus eigene Muster und Logiken entfaltet, wie dies auch für unterschiedliche Aggregationsebenen und -formen korruptiven Handelns gilt (zum Beispiel mit Blick auf netzwerkförmige Korruption). Auf der handlungstheoretischen Ebene muss also geklärt werden, ob korruptives Handeln invariante Elemente trägt, oder in welcher Form sich die Muster und Logiken korruptiven Handelns über die Zeit und im Ländervergleich ändern. In diesem Zusammenhang stellte sich auch die Frage, inwiefern Korruption ein primär oder ausschließlich modernes Phänomen ist, das nur unzureichend auf die Situation von außereuropäischen Gesellschaften angewandt werden kann. Hieran schließt sich die Frage, inwiefern Korruption ein analytisches oder eher normatives Konzept darstellt. Abschließende Antworten auf diese Fragen konnten natürlich nicht gegeben werden. Den Beiträgen und Debatten der Tagung ist es aber gelungen, Praktiken der Korruption zu veranschaulichen, die inhaltliche Spannweite des Phänomens zu beleuchten sowie den Zugewinn einer soziologischen Erforschung auf der empirischen und theoretischen Ebene auszuloten.

Jens Aderhold, Tina Guenther, Uwe Marquardt

Sektion Professionssoziologie

Jahresbericht 2007

Die Wahl des Vorstands der Sektion für die Wahlperiode 2007/2008 wurde Ende Januar/Anfang Februar 2007 als elektronische Briefwahl durchgeführt. In den Vorstand gewählt wurden *Tilman Allert* (Frankfurt), *Anne Honer* (Fulda), *Thomas Kurtz* (Osnabrück/Bielefeld), *Kai-Olaf Mairwald* (Frankfurt). Als Vorsitzende und damit auch als Sprecherin gegenüber der DGS bestätigt wurde *Michaela Pfadenbauer* (Karlsruhe).

Der Verteiler der Sektion Professionssoziologie umfasst derzeit ca. 200 Einträge, darunter ca. 10 Neuzugänge im Jahr 2007. Die Mitgliedschaft in der Sektion ist (seit diesem Jahr) an die Leistung eines Jahresbeitrags von

15,- Euro geknüpft. Im Jahr der Einführung haben ca. 50 Personen einen Beitrag auf das Sektionskonto überwiesen.

Am 25. und 26. Oktober 2007 fand unter der Leitung von *Thomas Scheffer* die Jahrestagung der Sektion Professionssoziologie zum Thema »Profession, Habitus und Wandel« an der Humboldt-Universität Berlin statt. Die Beiträge der Tagung werden von Thomas Scheffer und Michaela Pfadenhauer in einem Sammelband im Peter Lang Verlag herausgegeben.

Die Mitgliederversammlung 2007 wurde am 25. Oktober 2007 während der Jahrestagung in Berlin durchgeführt. Neben dem Bericht des Vorstands und der Vorstellung geplanter Veranstaltungen wurden folgende zwei Themen etwas ausführlicher diskutiert:

- Wie schätzen die Sektionsmitglieder den Nutzen eines Handbuchs Professionssoziologie ein? In welchem Verhältnis stehen hierfür Aufwand und Ertrag? Grundsätzlich wurde eine solche Aktivität befürwortet, zum einen als hilfreich für eine erste Orientierung in der Disziplin, zum anderen möglicherweise brauchbar für die Lehre, vor allem aber zum dritten als förderlich für die Etablierung der Professionssoziologie. Der Vorstand wird dieses Thema in seiner nächsten Sitzung besprechen, da der Sektionssprecherin hierfür eine Verlagsanfrage vorliegt.
- Wie sehen die Sektionsmitglieder eine Veranstaltung, die sich (einem PhD-Workshop vergleichbar) dezidiert an Nachwuchswissenschaftler mit einer professionssoziologischen Ausrichtung ihrer Qualifikationsarbeit richtet? Auch eine solche Initiative wird grundsätzlich positiv eingeschätzt. Zwei Aspekte wurden allerdings zu bedenken gegeben: zum einen hängt der Erfolg insbesondere davon ab, dass sich einschlägig befassende und erfahrene Kollegen aktiv an einer solchen Veranstaltung beteiligen, zum anderen (und mit dem ersten Punkt verknüpft) darf sie hinsichtlich des Vorbereitungsaufwands nicht unterschätzt werden.

In derzeit bereits konkretisierter Vorbereitung für das Jahr 2008 sind

- die Jahrestagung am 13. und 14. Juni 2008 zum Thema »Sinnstiftung als Beruf«, die *Rainer Schütze* als gemeinsame Veranstaltung der Sektion Professionssoziologie mit der Sektion Religionssoziologie an der FernUniversität Hagen organisiert;
- die möglichst intensive Beteiligung der Sektion am Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie (»Unsichere Zeiten. Herausforderun-

- gen gesellschaftlicher Transformationen«) vom 6. bis 10. Oktober 2008 an der Universität Jena;
- ein Symposium zum Thema »Professionelles Management im Non-Profit-Sektor« am 7. und 8. November 2008 in Heidelberg, das *Andreas Langer* als Kooperationsveranstaltung des Diakoniewissenschaftlichen Instituts der Universität Heidelberg (DWI), des Centrums für soziale Investitionen und Innovationen (CSI) der Uni Heidelberg und der Sektion organisiert;
 - mit noch offenem Termin eine Tagung zum Thema »Professionelle Sozialisation/Identität« unter der Leitung von *Heinrich Bollinger* und *Anke Gerlach* an der Hochschule Fulda.

Die Sektion unterhält eine Homepage (www.professionssoziologie.de), die laufend aktualisiert wird.

Michaela Pfadenhauer

Sektion Rechtssoziologie

Jahresbericht 2007

Herausragendes Ereignis der deutschen Rechtssoziologie in 2007 war zweifellos die Berliner International Conference »Law and Society in the 21st Century«. Sie wurde von der Law and Society Association (USA) und dem Research Committee on Sociology of Law (ISA) vom 25. bis 28. Juli an der Humboldt-Universität Berlin veranstaltet. Die DGS-Sektion Rechtssoziologie war eine der »sponsoring associations«. Die Sektion war an den wichtigsten Planungen von der internationalen Programmkommission bis zum Local Committee in Berlin beteiligt. Unter den 2.377 angemeldeten Wissenschaftlern waren mehrere hundert Deutsche. Eine internationale Graduate Student Activity richtete sich speziell an Rechtssoziologen am Beginn ihrer Berufstätigkeit. Nicht nur die Sektion Rechtssoziologie unterstützte die Graduate Student Activity finanziell, überdies hat unser Vorstandsmitglied *Susanne Karstedt* einen weiteren Betrag für diesen Zweck gespendet.

Das Berliner Großereignis trug maßgeblich dazu bei, dass auch 2007 wieder mehr Mitglieder neu beigetreten sind als – meist altersbedingt –

ausschieden. Zugleich hat die Tagung das Zusammenhörigkeitsgefühl der deutschen Rechtssoziologen gestärkt.

Im Rahmen der Berliner Tagung wurde auch der Nachwuchspreis der Sektion Rechtssoziologie verliehen. Er ging an *Diana Ziegleder* (Bremen/Onati) für eine Magisterarbeit, die die Implementation von Recht behandelt, das der Bekämpfung häuslicher Gewalt dienen soll. Das Preisgeld wurde in diesem Jahr von *Susanne Karstedt* gespendet.

Am 29. und 30. November 2007 fand am Frankfurter Institut für Sozialforschung eine Sektionstagung »Individualisierung sozialer Konflikte und die Integration durch Recht« statt, an der 35 Personen teilnahmen. Die Tagung wurde maßgeblich von *Barbara Heitzmann* aus dem Vorstand der Sektion organisiert.

Die Zeitschrift für Rechtssoziologie ist, wie vielleicht aus früheren Berichten noch bekannt, seinerzeit von Mitgliedern der Sektion gegründet worden. Die Redaktion liegt heute beim Vorstandsmitglied der Sektion, *Wolfgang Ludwig-Mayerhofer*. Im Vorjahr hatte sich die Sektion Rechtssoziologie am First British-German Socio-Legal Workshop in Keele (England) beteiligt. Ausgewählte Vorträge erschienen in Heft 2/2007 der *ZfRSoz*. Die Organisation der Tagung und die Koordination des Schwerpunktheftes lagen bei unserem Vorstandsmitglied *Susanne Karstedt*.

Noch nicht so »alt« wie die Zeitschrift ist der E-Mail-Newsdienst, den die Sektion gemeinsam mit der Vereinigung für Rechtssoziologie e.V. versendet. Er informiert über Tagungen, Bücher, Stellenangebote und anderes regelmäßig informiert. Der Kreis der Adressaten beträgt heute etwa 400.

Die Homepage der Sektion Rechtssoziologie wird weiter von *Wolfgang Ludwig-Mayerhofer* betreut. Sie dient der Selbstdarstellung der Sektion und macht insbesondere auf unsere Veranstaltungen aufmerksam.

Für den 4. bis 6. September 2008 plant die Sektion die Teilnahme an einer gemeinsamen Tagung mit Kollegen aus der Schweiz und Österreich in Luzern. Die Luzerner Tagung soll die erste Schweizer Rechtssoziologie-Tagung überhaupt sein. Für Österreich und die Schweiz soll von ihr ein Anstoßeffekt zur Entwicklung einer vielfältigen Rechtssoziologie ausgehen. Beim Kongress der DGS vom 6. bis 10. Oktober 2008 in Jena ist die Sektion Rechtssoziologie mit der Plenarveranstaltung »Wege der Sicherheitsgesellschaft« (zusammen mit den Sektionen Soziale Probleme und soziale Kontrolle, Politische Soziologie sowie Stadt- und Regionalsoziologie), der Sektionsveranstaltung »Regulierung unsicherer Zukünfte. Die Risiken

neuer Medien als Gegenstand von Governance« (zusammen mit der Sektion Wissenschafts- und Techniksoziologie) und der Sektionsveranstaltung »Unsichere Rechte im neuen Sozialstaat?« vertreten.

Stefan Machura

Sektion Soziale Ungleichheit und Sozialstrukturanalyse

Jahresbericht 2007

1. Aktivitäten und Veranstaltungen der Sektion

Sektionssitzung »Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit?«: Der »Raum« ist längst kein blinder Fleck mehr auf der soziologischen Landkarte, doch in wie weit die räumliche Dimension bereits (wieder) Eingang in die Ungleichheitstheorien gefunden hat, ist noch nicht eindeutig geklärt. Die Diskussion um Schrumpfung und Peripherisierung zum Anlass nehmend organisierten *Eva Barlösius* und *Claudia Neu* am 22. und 23. Juni 2007 in Rostock eine Sektionssitzung.

Einleitend setzte sich *Stephan Beetz* (Institut für Genossenschaftswesen an der HU Berlin) kritisch mit dem Begriff der Peripherie auseinander und überprüfte seine soziologische Tauglichkeit. *Gunnar Otte* (Universität Leipzig) und *Nina Baur* (TU Berlin) untersuchten in ihrem Vortrag »Räumliche Variationen der Lebensführung in Deutschland«. *Eva Barlösius* (Universität Hannover) und *Claudia Neu* (Universität Rostock) konzentrierten sich dann auf die soziologisch relevante Unterscheidung zwischen »territorialen Unterschieden und territorialen Ungleichheiten«. Die oftmals sehr unterschiedlich ausfallende Anbindung an schnelle Breitbandverbindungen und ihre mögliche »exkludierende« Wirkung war Thema in dem Beitrag von *Annette Spellerberg* (TU Kaiserslautern) »Ländliche Räume in der hoch technisierten Dienstleistungsgesellschaft: Mitten drin oder außen vor?«.

In einem zweiten Abschnitt standen Wanderungsentscheidungen von Bewohnern peripherer Räume im Vordergrund. *Stefanie Kley* (Universität Bremen) untersuchte »Migrationsabsichten im Kontext einer »Abwanderungsstadt«. Sie verglich die Bedeutung lokaler Opportunitäten am Übergang zum Erwachsenenleben zwischen den beiden Städten Magdeburg und Freiburg im Breisgau. »Strukturelle Mobilitätswänge in peripheren Regio-

nen« waren das Thema von *Holger Seibert* (IAB Berlin-Brandenburg). Im Rahmen seines Vortrages analysierte er räumliche Mobilität als Notwendigkeit zur Sicherung von Arbeitsmarkchancen am Beispiel der Region Berlin-Brandenburg.

Am darauffolgenden Samstag stand das alltägliche Leben am Rand der Gesellschaft im Zentrum der Morgensession. *Nina Baur* (TU Berlin) richtete ihren Blick auf »Peripherisierung durch Arbeitslosigkeit und den Sozialstaat«. *Ariadne Sondermann* (Universität Siegen) berichtete in ihrem Vortrag »Da bin ich mal gefahren nach McDonalds hin, haben wa mal'n bisschen Schwätzchen gemacht. War ganz schön.« von der Ambivalenz des Bleibens. Sie schilderte die Erfahrungen von Arbeitslosen mit dem Leben an der Peripherie. In einem letzten Themenblock wurde gefragt: Bürgerschaftliches Engagement – die letzte Rettung für die Peripherie? Ergebnisse aus einem Forschungsprojekt der Universität Rostock stellten *Daniel Holtermann* und *Sandro Geister* (Universität Rostock) in ihrem Vortrag »Engagement an der Peripherie« vor. Sie machten anhand eines Fallbeispiels deutlich, welche zentrale Rolle bürgerschaftliches Engagement für entlegene ländliche Räume spielt. Zu vergleichbaren Ergebnissen kamen auch *Daphne Reim* und *Jenny Schmithals* (Nexus Institut Berlin) in ihrem Beitrag über »Kooperationsnetze und Bürgerschaftliches Engagement als Erfolgskriterien für ostdeutsche Kommunen«.

Die Beiträge zu dieser Sektionssitzung sind mittlerweile veröffentlicht in: Eva Barlösius/ Claudia Neu (Hrsg.) (2008): Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit? Materialien Nr. 21 der Interdisziplinären Arbeitsgruppe »Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – LandInnovation«, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin, (Download unter: www.bbaw.de/bbaw/Forschung/Forschungsprojekte/Land/bilder/arbeitspapier21.pdf).

Eva Barlösius, Claudia Neu

Sektionssitzung »Arbeitslosigkeit«: Für die Herbsttagung der Sektion am 19. und 20. Oktober 2007 in Nürnberg konnte mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg ein Partner gewonnen werden, der nicht nur einen Mitorganisator, *Markus Promberger* (Leiter des Forschungsbereichs »Erwerbslosigkeit und Teilhabe«) sowie einige Referentinnen und Referenten, sondern insbesondere auch Tagungsräume und eine äußerst effiziente Tagungsorganisation stellte (hier sei auch die Website zur Tagung mit vielen Informationen und den Vor-

tragsabstracts genannt). *Markus Promberger* und seinem Team, insbesondere *Christina Witzke*, sei an dieser Stelle herzlich für die hervorragende Arbeit gedankt. Für die Sektion war *Wolfgang Ludwig-Mayerhofer* für die Tagung verantwortlich.

Eingegangen waren weit über 30 Abstracts. Um möglichst viele ReferentInnen zum Zuge kommen zu lassen, wurde die Tagung weitgehend in zwei parallelen Strängen abgehalten. Dennoch konnten einige Vortragsangebote nicht berücksichtigt werden.

Den Auftakt im Plenum machte *Berthold Vogel* mit einem Überblick über die sozialwissenschaftliche Thematisierung von Arbeitslosigkeit in den vergangenen Dekaden, aus dem er Schlussfolgerungen für eine soziologische Analyse von Arbeitslosigkeit ableitete. Ihm schloss sich *Uwe Blien* mit einem Vortrag über Arbeitslosigkeit als zentrale Dimension regionaler Ungleichheit an.

Die erste Parallelveranstaltung bot Beiträge zum Thema »Ältere«. *Martin Brusig* und *Christina Wübbecke* analysierten unter dem Titel »Grenzen der Aktivierung« die Arbeitslosigkeit am Ende des Erwerbslebens. *Tatjana Mika* zeigte die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit auf die zu erwartenden Altersrenten auf, und *Kai Brauer* fragte schließlich, inwieweit hinter der Arbeitslosigkeit Älterer Prozesse der Altersdiskriminierung stehen. Wegen des Ausfalls eines Referenten sprangen hier noch *Andreas Hirsland* und *Ulrich Wenzel* mit einem Vortrag über den neuen Kontraktualismus im Verhältnis von Arbeitslosen und Staat ein. Die gleichsam kontrastierende Veranstaltung zum Thema »Jugendliche« bot ebenfalls drei Vorträge. *Juliane Achatz*, *Sandra Popp* und *Brigitte Schels* untersuchten die elterlichen Bildungsaspirationen bei Beziehern von Arbeitslosengeld II, *Marita Jacob* und *Corinna Kleinert* analysierten, ob Arbeitslosigkeit zu einer Verzögerung des Auszugs Jugendlicher aus dem Elternhaus führt, und *Hernig Reiter* stellte die Ergebnisse einer Untersuchung arbeitsloser Jugendlicher aus Litauen vor. Eine dritte Session, die sich mit einer abgrenzbaren Gruppe Arbeitsloser, nämlich Migranten, befasste, fand am nächsten Tag statt. Hier referierten *Wolfgang Lauterbach* und *Melanie Kramer* über Arbeitslosigkeit und berufliche Mobilität bei Migranten, während umgekehrt *Roland Verniehe*, *Nana Seidel* und *Steffen Mau* untersuchten, inwieweit Arbeitslosigkeit bei Deutschen als Auslöser von Migration fungiert.

Thematisch, aber auch methodisch sehr breit waren die Vorträge in der Session »Alltag, soziale Lage, Praxisformen«. *Tanja Carstensen*, *Melanie Groß* und *Gabriele Winkler* referierten anhand eigener Interviews mit Erwerbs-

losen über die Bedeutung des Internets im Alltag Erwerbsloser. *Katja Maischatz*, *Götz Lechner* und *Wolfram Backert* stellten Ergebnisse einer Untersuchung zu Überschuldung und Verbraucherinsolvenz vor, *Reinhard Schunck* und *Benedikt Rogge* präsentierten anhand von Mikrozensusdaten Ergebnisse zum Thema Arbeitslosigkeit und Gesundheitsverhalten, und *Susanne Strauß* zeigte abschließend anhand des SOEP und der BHPS auf, welche Rolle ehrenamtliches Engagement bei Arbeitslosen spielt.

Zahlreiche und in ihrer Gesamtheit ebenfalls eine beeindruckende Bandbreite von Forschungsmethoden aufzeigende Vorträge befassten sich mit möglichen Auswirkungen der neuen Arbeitsmarktpolitik in der Bundesrepublik. *Christian Hohendanner*, *Matthias Klemm*, *Markus Promberger* und *Frank Sowa* gingen der Frage nach, ob so genannte Ein-Euro-Jobs zu innerbetrieblichen »Klebeeffekten« führen. *Frank Bauer* und *Philipp Fuchs* referierten aus einer Untersuchung, die auf Protokollen von Gesprächen zwischen Arbeitslosen und JobCoaches basierte. *Stefanie Ernst* und *Felizitas Pokora* explorierten die Möglichkeiten von Beschäftigungsförderung im Sinne eines »Empowerment« der Adressaten. *Gerhard Krug* untersuchte die Auswirkungen von Lohnzuschüssen auf die wahrgenommene Reziprozität, *Thomas Kruppe* stellte Ergebnisse zu der Frage vor, ob Bildungsgutscheine für Arbeitslose Bildungsasymmetrien abbauen oder verstärken würden, und *Wolfgang Ludwig-Mayerhofer* und *Ariadne Sondermann* analysierten anhand qualitativer Interviews, ob sich in der Praxis der Arbeitsverwaltung Ungleichheit erzeugende Mechanismen nachweisen lassen.

Grundsätzlichen Fragen zum Verhältnis von Arbeit und Arbeitslosigkeit gingen die Vorträge einer weiteren Session nach. Zunächst präsentierte *Olaf Behrend* einen Ansatz zu einer systematischen Dimensionierung der subjektiven Bezüge Arbeitsloser auf Arbeit. *Ulrich Wenzel*, *Andreas Hirseland*, *Sabine Pfeiffer*, *Anne Hackett*, *Petra Schütt* und *Tobias Ritter* gingen der Frage nach dem Erhalt von Arbeitsvermögen unter der Bedingung von Arbeitslosigkeit nach. Aus einer strukturellen Perspektive untersuchten *Stefan Liebig* und *Andrea Hense*, inwieweit Arbeitslosigkeit durch temporäre Entlassungen von Personal als betriebliche Flexibilisierungsstrategie zustande kommt.

Die Tagung endete schließlich mit einem Block, der sich mit der Wahrnehmung von und Einstellungen zu Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarkt- bzw. Sozialpolitik befasste. *Nina Baur* referierte Ergebnisse einer Befragung zur Wahrnehmung der Ursachen von Arbeitslosigkeit in der deutschen Bevölkerung, *Werner Sesselmeier* und *Aysel Yollu* fragten nach den Bedingungen der Akzeptanz von »Hartz IV« bei Betroffenen, und *Alfons Schmid* und

Oliver Nüchter untersuchten, inwieweit die Einstellungen von Arbeitslosen zur Sozialpolitik mit der Dauer der Arbeitslosigkeit variieren.

Die Tagung konnte insgesamt in hervorragender Weise verdeutlichen, welch komplexes Themenfeld Arbeitslosigkeit darstellt und wie vielfältig die inhaltlichen wie methodischen Perspektiven sind, aus denen sich Soziologen und im Übrigen auch Ökonomen diesem Thema nähern. Das vollständige Tagungsprogramm einschließlich der Abstracts kann man auch auf der Sektionswebsite sowie im Veranstaltungsarchiv des IAB unter www.iab.de/de/veranstaltungen/konferenzen/herbsttagung-2007.aspx nachlesen. Ein referierter Sammelband mit einer Auswahl der Tagungsbeiträge soll möglichst noch in diesem Jahr in unserer Sektionsreihe beim VS-Verlag erscheinen.

Peter A. Berger, Wolfgang Ludwig-Mayerhofer

2. Veröffentlichungen der Sektion

In der von Peter A. Berger herausgegebenen Sektionsreihe »Sozialstruktur-analyse« beim VS-Verlag Wiesbaden sind 2007 erschienen:

- Szydlik, Marc (Hrsg.) (2007): Flexibilisierung. Folgen für Arbeit und Familie
- Lüdicke, Jörg/Diewald, Martin (Hrsg.) (2007): Soziale Netzwerke und soziale Ungleichheit. Zur Rolle von Sozialkapital in modernen Gesellschaften.

Im Jahr 2008 ist erschienen bzw. wird erscheinen:

- Eva Barlösius/Claudia Neu (Hrsg.) (2008): Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit? Materialien Nr. 21 der Interdisziplinären Arbeitsgruppe »Zukunftsorientierte Nutzung ländlicher Räume – LandInnovation«, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin.
- Berger, Peter A./Weiß, Anja (Hrsg.) (2008): Transnationalisierung sozialer Ungleichheit, VS-Verlag Wiesbaden.
- In Vorbereitung ist zudem der Tagungsband zur Sektionssitzung über »Arbeitslosigkeit«.

Peter A. Berger

Sektion Wirtschaftssoziologie

Jahresbericht 2007

Nachdem auf dem 33. Soziologiekongress im Oktober 2006 in Kassel ein neuer Vorstand gewählt wurde, war die Sektionsarbeit des Vorstandes bis zur ersten Jahreshälfte 2007 durch die Neukonzipierung der Sektionsorganisation und der Aktualisierungen der Sektionsdaten (Mitgliederverzeichnis) gekennzeichnet. (Siehe dazu auch den Jahresbericht der Sektion für 2006 in der SOZIOLOGIE 3/2007.)

1. Jahrestagung der Sektion und Mitgliederversammlung

Unter dem Titel »Die institutionelle Einbettung von Märkten« führte die Sektion ihre *Jahrestagung 2007* in Kooperation mit dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (MPIfG) in Köln vom 1. bis 3. Februar durch. Die 12 Beiträge der Tagung stellten wirtschaftssoziologische Forschungsbeiträge zur Klärung der Funktionsweise und der institutionellen, kulturellen und politischen Voraussetzungen von Märkten zur Diskussion und gaben damit einen Überblick über den Stand marktsoziologischer Forschung in der deutschsprachigen Wirtschaftssoziologie. Über 50 Personen nahmen an der Tagung teil.

Das Programm der Sektionstagung und die Vortragspapers finden sich auf den Webseiten der Tagung (www.mpi-fg-koeln.mpg.de/maerkte-0702/index.asp). Die Tagung ist ebenfalls auf den Webseiten der Sektion archiviert (<http://wirtsoz-dgs.mpifg.de/archiv.html>), auf denen sich zudem der Tagungsbericht befindet, der sowohl in der SOZIOLOGIE 2/2007 als auch online veröffentlicht worden ist.

Am 3. Februar fand im Rahmen der Jahrestagung die *Mitgliederversammlung 2007* statt. Auf dieser Versammlung stellte der im Oktober 2006 neu gewählte Vorstand seine Arbeit der letzten Monate vor: die Aufarbeitung der Mitgliederdatei und die Einrichtung einer Email-Liste, die Entwicklung und Realisierung der Sektionswebseiten, die Formalisierung der Mitgliedschaft anhand eines Formulars, das von der Webpage herunter geladen werden kann, sowie die Erstellung eines Satzungsentwurfs, der zusammen mit der Einladung an die Mitglieder versandt wurde, neben weiterer inhaltlicher und organisatorischer Arbeit. Nach der Vorstellung der Webseiten diskutierte die Mitgliederversammlung den Satzungsentwurf und beschloss

diesen als Satzung für die Sektion. Außerdem beschloss die Mitgliederversammlung in Köln die Einführung von Mitgliedsbeiträgen, die die Arbeit der Sektion unterstützen sollen. Weiter wurde die Einrichtung eines Preises beschlossen, der von der Sektion alle zwei Jahre auf dem Soziologiekongress alternierend entweder für einen herausragenden Artikel oder für ein herausragendes Buch (Monografie oder Herausgeberschaft) im Bereich der Wirtschaftssoziologie verliehen werden soll. Es wurde beschlossen, dass für den Titel des Preises, die Höhe des Preisgeldes und das Verfahren für die Auswahl der Vorstand für die nächste Mitgliederversammlung einen Entwurf erarbeiten solle. Auf der Mitgliederversammlung wurden auch Themenvorschläge für die nächste Jahrestagung gesammelt. Da sich viele der Mitglieder für eine Tagung zu den theoretischen Grundlagen der Wirtschaftssoziologie aussprachen, wurde dieses Thema vom Vorstand in den darauffolgenden Wochen als Thema für die Jahrestagung 2008 aufgegriffen und ausgearbeitet. Außerdem wurde diskutiert, welche Veranstaltungen die Sektion auf dem 34. Soziologiekongress in Jena durchführen möchte. Hier wurde vorgeschlagen, nicht nur eine Plenarveranstaltung und eine am Kongressthema ausgerichtete Sektionsveranstaltung durch die Sektion zu veranstalten, sondern zusätzlich eine thematisch offene Sektionsveranstaltung zu aktueller wirtschaftssoziologischer Forschung anzubieten.

2. Weitere Aktivitäten des Vorstandes

Nach der Mitgliederversammlung fanden im Laufe des Jahres mehrere *Vorstandssitzungen* statt (16.02.07 und 13.09.07), die der Vorbereitung der kommenden Veranstaltungen und Mitgliederversammlung dienten.

Alle Mitgliederadressen werden in einer Datenbank geführt. *Kommunikation mit den Sektionsmitgliedern* erfolgt über eine vom Vorstand moderierte Mailingliste, die rege zum Austausch von Stellenanzeigen oder Tagungsankündigungen genutzt wird. Nach der Aktualisierung der Mitgliederliste, vielen Neueintritten und der Einführung von Mitgliedsbeiträgen waren Ende 2007 100 Personen Mitglied der Sektion. Die Informationen zur Mitgliedschaft sowie ein Antragsformular finden sich auf der Homepage der Sektion. Der Vorstand erweiterte im Laufe des Jahres 2007 die Webseiten der Sektion. Hier finden sich mittlerweile verschiedene Materialien zur Wirtschaftssoziologie (Papiere zu den Sektionsveranstaltungen, wirtschaftssoziologische Literaturliste, Seminarpläne, Neuerscheinungen von Sektions-

mitgliedern) sowie weitere Informationen zur Sektionstätigkeit (Archiv, Satzung).

Im April 2007 wurde das CfP für die *Jabrestagung 2008* »Theoretische Ansätze der Wirtschaftssoziologie« über den Sektionsverteiler und in deutschen soziologischen Zeitschriften veröffentlicht. Zum Zeitpunkt des Abgabetermins der Exposees konnte bereits großes Interesse an der am 18. und 19. Februar 2008 in Berlin veranstalteten Sektionstagung festgestellt werden. Der Vorstand wählte im Oktober 2007 aus einer großen Anzahl von Vortragsexposees 12 Vorträge aus. Auch die organisatorische Vorbereitung der Tagung im Berliner Harnack-Haus begann im Sommer 2007. Ein Bericht zur Tagung wird im Anschluss an diesen Jahresbericht abgedruckt. Die Materialien zur Tagung (Tagungsprogramm und Vortragspapiere) finden sich auf der Homepage der Sektion (<http://wirtssoz-dgs.mpifg.de/archiv.html>).

Nachdem die Inhalte der zu planenden Sektionsveranstaltungen auf der Mitgliederversammlung im Februar diskutiert worden waren, arbeitete der Sektionsvorstand die CfPs für die verschiedenen Veranstaltungen auf dem *34. Soziologiekongress in Jena* (Plenum, zwei Sektionsveranstaltungen) aus und verschickte sie an die Kongressorganisation in Jena.

Im Herbst 2007 erarbeitete der Vorstand ein Konzept für einen Preis der Sektion, wie er auf der Mitgliederversammlung 2007 diskutiert worden war. Der Preis wird nach dem ungarischen Wirtschaftshistoriker und -anthropologen »Karl Polanyi-Preis« heißen und 2008 zum ersten Mal verliehen werden. Er soll auf herausragende Arbeiten in der deutschen Wirtschaftssoziologie aufmerksam machen. Über die Preisverleihung entscheidet eine international zusammengesetzte Jury. Es wird ein Preisgeld von 500 Euro aus dem Mitteln der Sektion verliehen.

Die Sektion Wirtschaftssoziologie war auf der *Sitzung der Sektionssprecher* am 30. November 2007 vertreten. Hier brachte der Vorstandsvertreter der Sektion das Anliegen ein, die Verwaltung der Sektionsmitgliedschaften (und den Einzug der Mitgliedsbeiträge) nach dem Vorbild der amerikanischen Gesellschaft für Soziologie (ASA) zu vereinheitlichen und für die Sektionen zu vereinfachen.

Jens Beckert, Rainer Diaz-Bone, Sophie Mützel, Hajo Weber

Bericht über die Tagung »Theoretische Ansätze in der Wirtschaftssoziologie«

Im Berliner Harnack-Haus der Max-Planck-Gesellschaft fand am 18. und 19. Februar 2008 eine gemeinsame Tagung der DGS-Sektion Wirtschaftssoziologie und des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung zum Thema »Theoretische Ansätze in der Wirtschaftssoziologie« statt. Die Tagung war zugleich Jahrestagung 2008 der Sektion Wirtschaftssoziologie.

In der beobachtbaren Renaissance wirtschaftssoziologischer Forschung seit den 1980er Jahren sind zahlreiche Forschungsansätze entstanden, mit denen zentrale Strukturen, Prozesse, Dynamiken des Wirtschaftslebens als Forschungsgegenstand erschlossen wurden. Wie die Vielzahl wirtschaftssoziologischer Publikationen belegt, hat sich ein diversifiziertes Feld theoretischer und empirischer Forschungsarbeiten entwickelt. Allerdings stehen Hauptbegriffe wie »Einbettung«, »Feld«, »Netzwerk«, »Sozialkapital« oder auch »soziale Konstruktion von Märkten« bisher oft separat nebeneinander. Zudem wurde ein Großteil der Forschungsarbeiten in Abgrenzung von der neoklassischen Ökonomie durch empirische Fragen vorangetrieben, ohne die dahinter stehenden theoretischen Probleme zu explizieren. Daraus ergab sich die Zielsetzung der Tagung, ein übergreifendes Theorieinstrumentarium zu entwickeln. Die Beiträge waren in drei Hauptgruppen untergliedert: 1. Theoretische Perspektiven, 2. Konzepte wirtschaftssoziologischer Forschung, 3. Transformation des Kapitalismus.

1. Theoretische Perspektiven

Dieter Bögenhold (Bolzano) vertrat in seinem Vortrag »Social embeddedness: Wie die neue Wirtschaftssoziologie in die Offensive geht und dabei ihre Klassiker wieder findet« die These, dass die disziplinäre Arbeitsteilung zwischen Soziologie und Ökonomie seit Mitte des 20. Jahrhunderts zu einer akademischen Zellteilung geführt habe, die eine Zunahme der Anzahl von Disziplinen und Subdisziplinen sowie eine ungeheure Vervielfältigung der Stoffmenge bewirkt habe. Doch bringe die Vielzahl der »Universes of Discourse« weder Ökonomie noch Soziologie wirklich voran und erschwere zudem die Auseinandersetzung mit dem Gegenstand. Granovetters Hauptthesen habe eine Vielzahl soziologischer Studien inspiriert: (1) Die Verfolgung ökonomischer Ziele wird von nicht-ökonomischen Zielen begleitet. (2) Ökonomisches Handeln ist sozial situiert und nicht allein durch individuelle Mo-

tive erklärbar. (3) Ökonomische Institutionen entstehen nicht automatisch durch äußere Umstände, sondern sind sozial konstruiert. Am Beispiel Märkte könne gezeigt werden, dass der von Granovetter ausgemachte »Imperialismus der Ökonomik« die sozialen Grundlagen wirtschaftlichen Handelns ignoriere. Die Wirtschaftssoziologie gehe in die Offensive, indem sie eine dynamische Betrachtung von Ökonomien, Märkten, Preisen und Strukturen als permanent »in the making« wähle. Auf Standardparameter wie Arbeit, Kapital und Technologie allein lasse sie sich nicht reduzieren. Das Subjekt erscheine nicht als atomisiert, kontextfrei, ahistorisch und kulturlos, sondern als eingebettet in soziale Kontexte. Auch in der Ökonomie gebe es eine Vielzahl theoretischer und empirischer Einwände gegen das Modell des homo oeconomicus und den Mainstream der Ökonomie. Dies lasse sich auch anhand der Vergabepaxis für den Ökonomie-Nobelpreis seit Beginn der 90er Jahre belegen. Um zu adäquateren Analysen komplexer Strukturen, Funktionsbeziehungen und Dynamiken des Wirtschaftslebens zu gelangen, sollten die Klassiker beider Disziplinen aufgegriffen und weiter geführt werden.

Andrea Maurer (München) sieht die Wirtschaftssoziologie vor der Herausforderung, sich gegenüber der ökonomischen Theorie zu profilieren, sich in der soziologischen Theorienlandschaft zu positionieren und die Auseinandersetzung mit Wirtschaft zu begründen. In ihrem Vortrag »Der neue Institutionalismus und die Wirtschaftssoziologie: Überlegungen zu einer soziologischen Erklärung ökonomischer Sachverhalte« setzt sich Maurer ausgehend von einer kritischen Auseinandersetzung der Handlungstypologie Max Webers als Grundlage für die soziologische Untersuchung ökonomischer Sachverhalte mit dem ökonomischen und soziologischen Institutionalismus auseinander, um den Beitrag der Wirtschaftssoziologie zu bestimmen. Institutionentheorien geben Antwort auf das Problem, Handlungs- und Strukturebene sowie Mikro-, Meso- und Makroebene als Analyseebenen zu verknüpfen. Auch setzen sie soziale Sachverhalte gegen freien Wettbewerb und Interessen als idealisiertes Ordnungskonzept der neoklassischen Ökonomik. Die neue Wirtschaftssoziologie könnte zu einer erweiterten Handlungstheorie weiterentwickelt werden, um Situationen zu erfassen, für die soziale Regelwerke bedeutsam werden, weil sie Unsicherheit reduzieren, Entscheidungen koordinieren oder Kontrollprobleme bewältigen helfen.

Jürgen Beyer (Hamburg) diskutierte ungleiche Erklärungsansätze von Ökonomie und Soziologie anhand der Problematik einer wirksamen Kontrolle von Managern in Aktiengesellschaften. In »Ungleiche Suche nach Lösungen: Ökonomische und soziologische Antworten auf das Prinzipal-Agent-Pro-

blem der Managementkontrolle« zeigte Beyer zuerst, weshalb die Manager solche riskanten Beziehungen bereitwillig eingehen. Aufgrund von Informationsasymmetrien und fehlenden Anreizen zur Leistungskontrolle eröffnen sich dem Topmanagement Möglichkeiten des abweichenden Verhaltens vom Interesse der Eigentümer: 1. Shirking – weniger und schlechtere Arbeit als vertraglich zugesichert, 2. Consumption in the job – Verlagerung von Konsumpraktiken auf den Arbeitsplatz, 3. Horizont-Problem – Optimierung des beruflichen Handelns auf den zeitlich begrenzten Horizont seines Anstellungsverhältnisses, 4. Portfeuille-Problem, gespeist vom Interesse des Managers, das Risiko des Arbeitsplatzverlusts zu minimieren und sich eine breite Beschäftigungsfähigkeit zu erhalten. Ökonomische Ansätze gehen von der Wirksamkeit marktlicher Regulierungsmechanismen aus: des Kapitalmarktes, des Marktes für Managementkontrolle und des unternehmensinternen Arbeitsmarktes. Die Soziologie, so Beyer, könne vielfältige Beiträge zur Bewältigung des Stellvertreterproblems offerieren, die über die von der Agency-Theorie geprägte »shareholder value conception of control« und Kontrolle der Akteure durch Märkte und Hierarchien hinaus greifen, dabei auf das Problem der Unsicherheit von Akteuren in Märkten eingehen und die Alternativlosigkeit ökonomischer Deutungen überwinden.

Für *Frank Hillebrandt* (Münster) ist die soziale Praxis des Tausches konstitutiv für Märkte. In seinem Vortrag »Der Tausch als marktstrukturierende Praxisform: Ein Beitrag zur kultursoziologischen Fundierung der Wirtschaftssoziologie« definierte er ausgehend von Gabe und Gegengabe sechs Praktiken als konstitutiv für einen Tausch: 1. Gabe, 2. Annahme der Gabe, 3. Anerkennung ihres Wertes, 4. Gegengabe, 5. Annahme der Gegengabe, 6. Anerkennung des Wertes der Gegengabe. Die charakteristische Praxisform des Tausches entsteht erst durch Verkettung von Gabe und Gegengabe und in Verbindung mit Bewertungen, die sich nur symbolisch ereignen können. Reziprozität wird im Zuge der Tauschpraxis symbolisch konstituiert. Die konkreten Praxisformen des Tausches lassen sich auf einer sachlichen, einer sozialen und einer zeitlichen Dimension beschreiben, sodass eine komplexe Typologie von Tauschpraktiken mit je eigenständigen Tauschlogiken entsteht: Der primär sachbezogene Tausch auf Basis des Äquivalenzprinzips (Kauf und Verkauf) weise eine hohe Determination in der Sachdimension auf, denn es werde Ware gegen Geld getauscht und die Wertäquivalenz symbolisch erzeugt. Jedoch sind Kauf und Verkauf in der Sozialdimension nur schwach determiniert, denn diese Praxisform des Tausches ist durch Angebot und Nachfrage fast vollständig generalisiert. In der zeitlichen Dimension

sind Tausch und Verkauf hochgradig determiniert, denn eine nahezu synchrone Erwidrerung einer Gabe wird erwartet. Mit der Soziologie des Tausches stehe der Wirtschaftssoziologie ein grundlagentheoretisches Instrumentarium zur Verfügung, mit dem sich Märkte als (emergente) soziale Strukturen begreifen lassen. Darüber hinaus ermöglicht die Praxissoziologie, Marktprozesse durch eine Kultursociologie der Reziprozität zu deuten.

Rainer Diaz-Bone (Trier) präsentierte mit seinem Vortrag »Économie des conventions: Ein transdisziplinäres Fundament für die neue empirische Wirtschaftssoziologie« Entstehungsgeschichte, Grundkonzepte und Hauptthesen der französischen Theorierichtung. Die EC attestiert Akteuren interpretative Kompetenzen, die sie befähigen, unvollständige Situationen zu komplettieren, etwa die Anwendungsbedingungen von Regeln oder die Handhabung von Institutionen zu deuten. Zwar seien Akteure nur mit begrenzter Rationalität ausgestattet, doch als kompetente Mitglieder von Kollektiven seien sie in der Lage, Regeln oder Situationen interpretierend zu vervollständigen und den Sinn von Handlungen oder Interaktionsangeboten handelnd zu vervollständigen. Als Komplement für interpretative Rationalität fungieren Konventionen, welche zugleich Handlungsgrammatiken und Evaluationsrahmen für die Bewertung von Personen und Objekten darstellen. Am Beispiel handwerklicher und industrieller Produktion des Camembert-Käses kontrastierte Diaz-Bone mit Bezug auf Arbeiten von Boisard und Lebalier Produktionsorganisation und Qualitätsdefinition des Produkts Camembert, wobei der Hinweis auf die Institution des »chef fromagers« (Käse-Meisters) und das Label »appellation d'origine contrôlée« geführt wird, das die regionenspezifische Herstellungsweise zertifiziert. Forminvestitionen stellen Formatierungen des Wissens dar. Sie sind zugleich kollektive kognitive Dispositive und mobilisieren eine kollektive Wahrnehmung im Unternehmen, sie repräsentieren und organisieren kollektives Wissen. Die EC ist eine wachsende, hochkomplexe Forschungsrichtung, die bisher im deutschsprachigen Raum kaum rezipiert wurde.

Stephan Voswinkel (Frankfurt) schlug einen »anererkennungstheoretischen Ansatz für die Wirtschaftssoziologie« vor. Erstens ist Anerkennung eine Vermittlungskategorie zwischen der interessenbezogenen Dimension sozialer Verhältnisse auf der einen und ihrer normativen Dimension auf der anderen Seite. Zweitens vermittele Anerkennung zwischen gesellschaftlichen Strukturen und Ungleichheitsbeziehungen und subjektiven Identitäten. Ein anerkennungstheoretischer Ansatz öffne den Blick für intersubjektive Aushandlung von Normen und Evaluationen. Nach einer breiten Diskussion soziologischer Ansätze spitzte Voswinkel sein Argument für die Wirtschaftssoziologie

zu: Ökonomisches Handeln weise stets einen Bezug zu Anerkennung auf. Anerkennung sei motivationale Triebkraft wirtschaftlichen Handelns. Angenommen, dass Akteure ein optimales Verhältnis zwischen Aufwand und Ertrag anstreben, sei Anerkennung sowohl Zweck als auch als Mittel. Die Entstehung und Reproduktion eines freien Marktes setze die formal gleiche rechtliche Anerkennung aller Gesellschaftsmitglieder voraus und verlange, dass die Akteure einander wechselseitig als freie und verantwortungsfähige Subjekte respektieren. Das Verhältnis von Wertschätzung und Markt bleibe allerdings widersprüchlich. In der modernen Gesellschaft gelte das Leistungsprinzip, das auf Wertschätzung gründe. Was als Leistung gelte, sei jedoch umkämpft. Reputation vermittele Vertrauenswürdigkeit, eröffne Kooperationsbereitschaft und reduziere Unsicherheit. Unternehmen setzen Reputation als Ressource ein, indem sie sich als sozial verantwortliche Unternehmen inszenieren. Zugleich sind Akteure auf Unterstützung durch Vertrauen angewiesen. Daher entstehen komplexe Vertrauensinstitutionen und agieren als Vertrauensintermediäre. Geld als das vermeintlich unpersönlichste Medium des wirtschaftlichen Verkehrs vermittelt Austausch ohne Dazwischentreten von Wertschätzung und Zuwendung. Geld allein stifte Anerkennung, weil man damit Anerkennung durch gute Gaben erkaufen kann. Gleichzeitig wirkt Geld selbst vergemeinschaftend. Mit Geld kann ein Geber anderen etwas bieten, sodass diese ihm Dankbarkeit schulden. Offen bleibt, ob es auf anerkennungswürdige Weise erworben wurde.

2. Konzepte wirtschaftssoziologischer Forschung

Bettina Fley (München) diskutierte in ihrem Vortrag »Macht oder ökonomisches Gesetz: Zu einer vernachlässigten Debatte in der (neuen) Wirtschaftssoziologie« Literaturbeiträge der klassischen und neoklassischen Ökonomie und der neuen Wirtschaftssoziologie. Macht werde in der ökonomischen Theorie als Folge des Marktversagens besprochen, die dem Markt bei perfektem Wettbewerb Freiheit von Macht unterstellt. In der neuen Wirtschaftssoziologie werde Macht zwar thematisiert, doch auch prominente Beiträge wie die von Fligstein, White, Podolny und Burt lieferten keine befriedigende Antwort auf die Frage, warum und wie Macht in Märkten entstehe. Nach weiterer kritischer Literaturdiskussion der ökonomischen Lesart von Marktmacht definierte Fley im Anschluss an Weber ökonomische Macht als die Chance, sich in einer Tausch-, Kooperations- oder Konkurrenzbeziehung Vorteile einseitig zulasten anderer aneignen zu können, wobei diese

Chance auf einer Verteilung von Ressourcen zur Angebotserstellung oder zum Erwerb von Gütern beruhe, die eine direkte Abhängigkeit in der Beziehung erzeuge. Zwang und Gewaltausübung stellten kein Definitionskriterium dar, insofern ökonomische Macht die grundsätzliche Freiwilligkeit der Tausch-, Kooperations-, Angebots- und Nachfrageentscheidungen nicht beeinflusse. Fley schließt mit Verweis auf Polanyi mit dem Hinweis, dass wirtschaftlicher Wettbewerb auch dann noch anreizintensiv sei, wenn Akteure nicht zurückerhalten, was sie investiert haben, sondern bereits die »Angst vor Hunger« oder die »Hoffnung auf Gewinn« hinreichende Motivation sei, um den Marktwettbewerb in Gang zu halten.

Klaus Kraemer (Münster) lotete in »Charisma im ökonomischen Feld« das Potenzial von Webers Charismabegriff für die wirtschaftssoziologische Analyse aus. Weber charakterisierte Charisma als revolutionär, regellos und wirtschaftsfremd. Dabei lasse Weber keinen Zweifel daran, dass Charisma nicht durch die außeralltäglichen Qualitäten des Führers als vielmehr durch den Glauben seiner Anhänger begründet ist. Charisma entfalte sich erst durch Anerkennung durch Dritte und behalte gleichwohl etwas Zaubenhaftes, Rätselhaftes, Geheimnisvolles, Irrationales. Weber habe einerseits nach den Bedingungen gefragt, bei denen charismatische Qualitäten »geweckt« oder »erprobt« würden (Außeralltäglichkeitsannahme). Andererseits habe Weber Prozesse der Traditionalisierung (Erbcharisma) oder Rationalisierung (Amtscharisma) (Veralltäglichungsannahme) beschrieben. Übertragen auf die Wirtschaft identifizierte Krämer ein Element charismatischer Führerschaft im unternehmerischen Handeln. Dieses sei auf Transformation bzw. Zerstörung gegebener Institutionen gerichtet, um Chancen zu eröffnen. Einerseits müsse der Unternehmer »rational« im Sinne des effizientesten Ressourceneinsatzes handeln, andererseits sei er stets mit unsicherheitsbehafteten Situationen konfrontiert. Schumpeter habe gezeigt, dass unternehmerisches Entscheidungsverhalten nichts mit »Abenteurerkapitalismus« gemein hat. Eine in die offene Zukunft gerichtete unternehmerische Entscheidung werde stets mit dem Anspruch der Vernünftigkeit getroffen, obwohl ex ante kein Nachweis der Vernünftigkeit möglich sei. Entscheidend sei das Element des Charismas, etwa der Glaube an eine visionäre Produktidee. Ein charismatischer Wirtschaftsakteur müsse erstens eine Vision gewinnbringender Handlungschancen haben und diese einer potenziellen Anhängerschaft von Investoren, Risikokapitalgebern, Mitarbeitern und Kunden offerieren. Zweitens müssen die offerierten Mittel von bewährten Handlungsmustern und Routinen abweichen. Drittens muss die Vision Anhänger finden, um Bereitschaft zur

Modifikation bisherige Risikoerwartungen zu erzeugen. Viertens müsse der visionäre Wirtschaftsakteur den Glauben wecken und aufrechterhalten, dass die Vision nur durch Folgebereitschaft und Unterordnung realisiert werden könne. Erst wenn alle Vorbehalte und Bedenken zerstreut seien, könne der Wirtschaftsakteur als Prophet und Held erscheinen. Die Veralltäglichen des Charismas sei also nicht allein Resultat von Willensstärke und Entschlossenheit eines Marktpioniers, sondern vor allem des Aufbaus von Vertrauen.

Jens Beckert (Köln) zufolge seien sich Wirtschaftssoziologie und politische Ökonomie einig, dass Netzwerke, Institutionen und Kognitionen für Entstehung, Fortbestand und Wandel von Märkten bedeutsam sind. Bisher bleiben die Ansätze jedoch separat: Die Netzwerkanalyse richte ihr Augenmerk auf die Morphologie der Akteursbeziehungen. Der neue Institutionalismus konzentriere sich auf institutionelle Regeln. Kulturalistische Ansätze heben normative und institutionelle Regeln hervor. Was fehle, sei eine systematische Verbindung sozialer Makrostrukturen in einem einheitlichen Analyse-rahmen. In seinem Vortrag »How do markets change? On the interrelations of institutions, networks and cognition« zeigte Beckert, dass man mit der Theorie der Märkte als Felder die Verbindungen der drei Makrostrukturen Netzwerke, Institutionen und Kognitionen sowie von Struktur und Handeln untersuchen kann. Im Rahmen einer Theorie der Felder werde erstens die morphologische Struktur der Akteure in Marktfeldern erfasst, zweitens die institutionellen Regeln, die bestimmte Verhaltensmuster befördern, sowie drittens Bedeutungssysteme, mithilfe derer Akteure Situationen interpretieren und aus Akteursicht selbstverständliche Handlungsskripte bereit stellen. Die Makrostrukturen stellen ein komplexes mehrdimensionales Gitter dar, welches Handlungsspielräume und Möglichkeitshorizonte der Akteure einerseits begrenzt, andererseits Ressourcen bereitstellt und zur Entstehung von Ungleichheit beiträgt. Mit Bezug auf Mead deutet Beckert soziale Makrostrukturen als den »Generalisierten Anderen«, individuelles Denken und Handeln als permanenten Dialog zwischen den generalisierten Erwartungen und kreativen Impulsen. Dieses Akteurskonzept lasse Raum für Verschiedenartigkeit individueller Reaktionen auf Erwartungen, für Konformität und Überraschungen. Wenn dieses Akteurskonzept auf das Zusammenwirken der sozialen Makrostrukturen und das Handeln der Akteure in Marktfeldern zutrifft, muss ein Forschungsansatz, der Marktergebnisse mit sozialen

Makrostrukturen erklären will, die Repräsentationen von Erwartungen ins Zentrum rücken. Begreift man Märkte als offene Arenen, welche durch permanenten Kampf von dominierenden und herausfordernden Akteuren

um Tauschchancen gekennzeichnet sind, sind ihre Entstehung, Reproduktion und historischer Wandel für Netzwerke, Institutionen und Kognitionen zu untersuchen. Mit dem Konzept der Marktfelder entstehe nicht nur ein soziales Gitter, welches die drei Makrostrukturen in Beziehung zueinander setzt, sondern Akteure und ihr Handeln werden als konstitutiv für die Makrostrukturen begriffen. Die Dichotomie von Struktur und Handlung werde damit aufgelöst.

3. Transformation des Kapitalismus

Hartmut Hirsch-Kreinsen (Dortmund) definierte in seinem Vortrag »Technologische Innovation und Bedingungen des Finanzmarktes« technologische Innovation im Rekurs auf Schumpeter und Edquist als Genese, Entwicklung und Diffusion neuer marktgängiger Produkte, Dienste und Verfahren. Studien der sozialwissenschaftlichen Innovationsforschung belegten, dass die Strukturbedingungen für technologische Innovation durch das Zusammenwirken von Institutionen bestimmt sind: In den liberalen Ökonomien wie den USA werde radikale Innovation des Vordringens in neue Technologien befördert. In koordinierten Ökonomien wie Deutschland werde eher qualitätsorientierte inkrementelle Innovation kontinuierlicher Verbesserung vorhandener Produkte und Verfahren befördert. Zunehmender Finanzmarkt-einfluss auf Unternehmensfinanzierung und Corporate Governance stelle technologische Innovation in Deutschland vor ein Dilemma: Einerseits dränge die auf Rentabilität zielende Finanzmarktlogik und das Finanzmarkt-handeln auf Kalkulierbarkeit und Reduzierung von Unsicherheit. Andererseits sei das hervorstechende Merkmal technologischer Innovationen die »schöpferische Zerstörung«, die stets auch die Bewältigung von Unsicherheit und das Risiko des Scheiterns beinhalte. Kreativität, Kommunikation und permanentes kollektives Lernen seien technologischen Innovationsprozessen inhärent. Extreme Ökonomisierung und Begrenzung der Dispositionsspielräume gefährdeten den Innovationserfolg. Daraus erwachsen drei Probleme: erstens die Koordinierung der finanziellen Perspektive und Rentabilitätsinteressen der am Innovationsprozess beteiligten Akteure, zweitens konfliktierende Vorstellungen von Rationalität von Innovationsinteressen und Innovationsarbeit, drittens eine zumindest temporäre Aufhebung der Spannung zwischen divergierenden Kontrollinteressen der beteiligten Akteure. Mit der Auflösung des als »Deutschland AG« bezeichneten Verflechtungs-zentrums der deutschen Wirtschaft und der Durchsetzung des Shareholder-

Value-Konzeptes der Unternehmensfinanzierung und Corporate Governance haben sich die Strukturbedingungen der als inkrementelle Innovation betriebenen technologischen Innovation deutlich verschlechtert.

In »Die Wirtschaft und ihre Grenzen: Transnationalisierung als theoretisches Problem der Soziologie« fragte *Ursula Mense-Petermann* (Klagenfurt) nach den Grenzen der Wirtschaft im Kontext der Entgrenzung und Entbettung aus nationalstaatlichen Bezügen. Zu den transnationalisierungsoptimistischen Ansätzen zählt Mense-Petermann die polit-ökonomischen Theorien, die von der Verbreitung funktional differenzierter, netzwerkartig organisierter, zugleich global integrierter und lokal eingebetteter transnationaler Unternehmen ausgehen, aber auch die Weltgesellschaftstheorien, welche ihren Fokus auf die Emergenz globaler Eigenstrukturen der Weltgesellschaft richten, zum Beispiel den grenzüberschreitenden Transfer von Personal, Technologie und Wissen. Zu den transnationalisierungspessimistischen Ansätzen zählt sie die international vergleichende Organisationsforschung, die auf die fortbestehende Prägekraft nationaler Institutionensettings verweist. Während Globalisierungs- und Weltgesellschaftsansätze Transnationalisierung als Problem unterschätzten, würden in der international vergleichenden Organisationsforschung die Besonderheiten nationaler Institutionenarrangements systematisch überschätzt. An die französische Tradition der *Economie des conventions* anknüpfend schlägt Mense-Petermann die Theorie der Rechtfertigungsordnungen von Boltanski und Thevenot für die Analyse von Transnationalisierungsprozessen vor. Dieser Ansatz bietet den Vorteil, von einer Pluralität der Rechtfertigungsordnungen auszugehen. Rechtfertigungsordnungen können miteinander in Konflikt geraten oder für eine gelingende Koordination ausbalanciert werden. Charakteristisch für interkulturelle Situationen seien Settings, in denen es »drunter und drüber geht«, ein gemeinsam geteiltes Verständnis über geltende Wertigkeiten und Rechtfertigungsordnungen erst noch gefunden werden müsse. Organisationen bewältigen Spannungen zwischen unterschiedlichen ›Wert-‹ und Rechtfertigungsordnungen durch Forminvestitionen wie etwa Organisationspläne, Zeitpläne, Messungen und standardisierte Abläufe. Mense-Petermann deutet Transnationalisierung als grenzüberschreitende Koordination, bei der Konflikte die Koordination stören und blockieren, Konventionen als Voraussetzung für gelingende Koordination fungieren können. Die Theorie der Rechtfertigungsordnungen biete ein Instrumentarium, um kulturelle Ordnungen neben der nationalen auch auf der lokalen und regionalen Ebene sowie auf der supranationalen Ebene zu untersuchen und Transnationalisierungsprozesse nachzuzeichnen.

Uwe Schimank (Hagen) widmete seinen Vortrag »Kapitalistische Gesellschaft – differenzierungstheoretisch konzipiert« der Frage nach dem gesellschaftlichen Stellenwert der Wirtschaft. Fragt man die Menschen auf der Straße, ob wir in einer wirtschaftlich dominieren Gesellschaft leben, erhält man spontane Zustimmung. Auch soziologische Gegenwartsdiagnosen gehen meist fraglos davon aus, dass Strukturen und Dynamiken der Moderne durch wirtschaftliche Prozesse geprägt sind. Sie betonen die Schattenseiten ökonomischer Dominanz. Dass wir in einer kapitalistischen Gesellschaft leben, erscheint den einen so selbstverständlich, dass sie keinen Diskussionsbedarf sehen, während andere dies für so überholt halten, dass sie darüber nicht länger reden wollen. Von einer kapitalistischen Gesellschaft könne erst gesprochen werden, wenn sich wirtschaftliche Strukturen, Prozesse und Dynamiken auch auf die anderen Funktionssysteme auswirken. In einem Drei-Komponenten-Modell des Kapitalismus arbeitete Schimank die Zentralität der Wirtschaft in Relation zu den anderen funktionalen Subsystemen heraus, bevor er auf die intrasystemischen Strukturen und Dynamiken einging, die für die inhärente Instabilität des Funktionssystems Wirtschaft verantwortlich sind. Die Wirtschaft sei schwach und stark zugleich: Ihre eigene Stabilität sei schwach ausgeprägt. Dies bedeute Autonomiegefährdung für alle anderen Funktionssysteme. In einer dritten, wissenssoziologischen Argumentationslinie stellte Schimank heraus, dass die kapitalistische Gesellschaft ein handlungsleitendes Deutungsmuster ist. Die Akteure bestätigen einander permanent durch ihr Tun, dass »alle« – zumindest alle »Vernünftigen« – vom Primat der Ökonomie ausgehen. Damit sei dieses Primat institutionalisiert. Es werde zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung. Deshalb müssen soziologische Zeitdiagnosen berücksichtigen, dass wir in einer kapitalistischen Gesellschaft leben.

Anstelle eines Fazits: Theory matters!

Mit ihren vielfältigen Ansätzen, lebhaften Diskussionen, mehr als 50 Teilnehmern und hoher Beteiligung von Nachwuchswissenschaftlern konnte die diesjährige Tagung an das positive Signal vom vergangenen Jahr anknüpfen. So zog auch Jens Beckert im Schlusswort eine positive Bilanz: Die deutschsprachige Wirtschaftssoziologie habe ein breites Spektrum von Forschungsansätzen aufzubieten. Seine Zusammenschau und Bewertung umfasste sechs Punkte: Erstens weisen die Beiträge eine starke Orientierung an Institutionen auf. Eine neue Entwicklung sei zweitens die Hereinnahme der Theorie der

Konventionen. Netzwerktheoretische Ansätze hingegen hätten eine untergeordnete Rolle gespielt. Ein dritter Schwerpunkt der Beiträge war der Fokus auf die dynamische Entwicklung von Märkten sowie auf ihren historischen Wandel, auch im Rückgriff auf die Klassiker Durkheim, Weber und Simmel. Einen vierten Schwerpunkt bildeten die Dichotomie von Struktur und Handeln sowie die analytische Verbindung zwischen Mikro-, Meso- und Makroebene. Einen fünften Schwerpunkt bildeten Mechanismen der Handlungskoordination auf unterer und mittlerer Ebene: zum Beispiel Tausch, Kooperation, Vertrauen, Macht und Konflikt. Sechstens behandelten nur wenige Beiträge Internationalisierung; die theoretische Relevanz der Globalisierung sei kaum zur Sprache gekommen. Auch merkte er an, dass die deutschsprachige Wirtschaftssoziologie die Beiträge aus dem englischsprachigen Raum intensiv rezipiere, sich selbst jedoch kaum in umgekehrter Richtung Gehör verschaffen könne, solange die Publikationstätigkeit in deutscher Sprache und in deutschsprachigen Journalen erfolge.

Tina Guenther

(Tagungsinformationen und vollständige Papiere befinden sich auf der Homepage der Sektion: <http://wirtsoz-dgs.mpifg.de/index.html>. Ein Weblogbeitrag in englischer Sprache ist unter <http://sozlog.de> – Beiträge Nr. 663 und 665 – abrufbar.)

In memoriam Helga Krüger (1.4.1940 – 22.2.2008)

Nach kurzer, schwerer Krankheit ist Helga Krüger vor einigen Wochen in Bremen gestorben. Sie wurde unter großer Anteilnahme von Freunden, Kollegen und Kolleginnen aus dem In- und Ausland beigesetzt. Ihr Tod reißt eine große Lücke in die deutsche und internationale Lebenslauf-, Geschlechter-, Familien- und Bildungsforschung, die sie maßgeblich mitgestaltet hat.

»Endlos studieren wollen, die Zeit des Studierens nie zu Ende gehen lassen«, so umschrieb Helga Krüger vor einiger Zeit in einem biographischen Rückblick ihre ungebrochene intellektuelle Neugier, die zugleich Ansporn für erfolgreiche wissenschaftliche Leistungen und eine scheinbar geradlinige und zielstrebige akademische Karriere war. Dieser Weg war freilich für sie, wie für viele Wissenschaftlerinnen ihrer Generation, keineswegs selbstverständlich. Das im Schnelldurchlauf absolvierte Studium in den Fächern Romanistik und Sportwissenschaften an den Universitäten Marburg und Kiel schloss sie 1967 mit dem Staatsexamen ab, wohl wissend, dass sie keine Lehrerin werden wollte. Einen vom DAAD geförderten Forschungsaufenthalt in Bogota, Kolumbien nutzte sie bereits für einen Entwurf der Dissertation in der Soziologie und promovierte anschließend, ebenfalls stipendienfinanziert, in nur zwei Jahren. Auf die erfolgreiche Promotion (1970) folgten Stationen an der Universität Bielefeld als wissenschaftliche Assistentin und kurz darauf als wissenschaftliche Rätin am Institut für Soziologie der Universität in Hamburg (1971–74). Seit 1974 war sie Professorin (C 4) für Soziologie, mit dem Schwerpunkt familiäre und berufliche Sozialisation an der damals gerade neu gegründeten Universität Bremen und gehörte damit zur ersten Generation von Frauen, die die Soziologie an deutschen Universitäten in ihrer Expansionsphase mit geprägt haben.

In der Biographie von Helga Krüger verbinden sich innovative und praxisrelevante Grundlagenforschung, hochschulreformerisches »institution building« und engagierte Politikberatung in einer überlegten und zugleich zupackenden Weise, wie man sie in unserem Fach selten findet. Ausgehend von ihrer Forschung am Schnittpunkt von Sozialstruktur und Sozialisationsprozessen in Familie, Ausbildung und Beruf galt ihr Interesse vor allem den Bestimmungsmomenten, die den Wandel des Geschlechterverhältnisses behindern und/oder fördern. Ihr schon früh ausgeprägter gender-sensibler Blick ebenso wie die von ihr mit entwickelte institutionen-

theoretische Konzeption des Lebenslaufs haben wesentliche theoretische wie empirische Erkenntnisse quer zu tradierten Konzepten und Disziplinengrenzen ermöglicht. Sie war eine überzeugte und überzeugende Grenzgängerin zwischen den verschiedenen Teildisziplinen der Soziologie einschließlich der sich in den achtziger Jahren entwickelnden Frauen- und Geschlechterforschung; ihre Arbeiten haben die Sozialstrukturanalyse und Familiensoziologie ebenso wie die Berufsbildungsforschung produktiv herausgefordert und enorm bereichert.

Helga Krüger war Mitgründerin des ersten Sonderforschungsbereichs der DFG an der Universität Bremen (Statuspassagen und Risikolagen im Lebenslauf, 1988–2001) an dem sie gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen die Entwicklung eines auch international beachteten Ansatzes der *Lebenslaufforschung* vorangetrieben hat. Die in diesem Kontext entstandenen empirischen Studien haben nicht nur die theoretisch folgenreiche Erkenntnis der Notwendigkeit einer kategorialen Differenzierung von männlicher und weiblicher Normalbiographie befördert. Mit Blick auf die Dynamik sozialer Verhältnisse haben sie zugleich auch wichtige Impulse für gesellschaftsvergleichende Untersuchungen des Zusammenhangs von Normen, Institutionen und Biographien gesetzt. So »entdecken« die vor allem auch mit Claudia Born durchgeführten Studien zu Erwerbsverläufen von Ehepartnern in retrospektiver Rekonstruktion Modernisierungen in der Lebensführung bereits jener Frauengeneration, die in den fünfziger Jahren in typischen Frauenberufen ihre Ausbildungen absolviert haben; die faktische Kontinuität in der Erwerbsorientierung dieser Frauen wird freilich erst in der nachfolgenden Töchtergeneration als manifeste Diskrepanz von Erwerbsarbeitspraxis und geschlechtsspezifischer Normierung offensichtlich (»Der unentdeckte Wandel« 1996, mit Claudia Born und Dagmar Lorenz-Meyer). Mit dem hier verfolgten Ansatz, der die Partizipation der Individuen, Männer und Frauen, in verschiedenen sozialen Feldern in der biographischen Zeit analysiert, wird es möglich, Überschneidungen der Partizipationsfelder und die damit verbundenen, lebensphasen- und geschlechtsspezifischen sozialen Ungleichheiten in den Vordergrund zu stellen (siehe zum Beispiel »Individualisierung und Verflechtung«, 2001, mit Claudia Born). Diese Perspektive führt zu der auch familienpolitisch folgenreichen Einsicht, dass durch das mehr oder weniger koordinierte Zusammenspiel der Institutionen des Sozialstaats Lebensverläufe von Individuen und Lebensgemeinschaften (unterschiedlich) strukturiert werden.

Aufbauend auf dieser Forschung über Geschlechterverhältnis, Arbeit und Familie hat Helga Krüger nicht nur wesentliche Beiträge zur Entwicklung einer Theorie des Lebenslaufs geleistet, sondern sich auch folgenreich in der Politikberatung engagiert. Als Mitglied der Expertenkommission der Bundesregierung für den *siebten Familienbericht* (»Familie zwischen Verlässlichkeit und Flexibilität« 2006, mit Hans Bertram, C. Katharina Spieß, Jutta Allmendinger u. a.) hat sie die Konzeption einer lebenslaufbezogenen Familienpolitik mit geprägt. Die Autor/innen des Berichtes begreifen Familie als Teil des Lebenslaufregimes des Nationalstaats und seiner Sozialpolitik und fordern eine Koordination der bislang separierten Forschungs- und Politikfelder, um der Familie, die mit konfligierenden Zeitmustern und der Verflechtung verschiedener Lebensbereiche konfrontiert ist, gerecht zu werden.

Ähnlich wie in der Lebenslaufforschung hat Helga Krüger auch für die *Berufsbildungsforschung und -praxis* Pionierarbeit geleistet. Als eine der ersten Kritikerinnen der Geschlechtersegmentation im Berufsbildungssystem hat sie, gemeinsam mit Ursula Rabe-Kleberg, schon in den siebziger Jahren auf die historisch geprägte Kanalisierung junger Frauen in die schulische Berufsbildung aufmerksam gemacht, die sie vom dualen System der betrieblichen Ausbildung fernhält und auf den in vielerlei Hinsicht benachteiligten Arbeitsmarkt für soziale und personenbezogene Dienstleistungsberufe verweist. So konnte sie in zahlreichen Arbeiten einschließlich des damals politisch hoch umstrittenen Jugendberichtes 1986 zeigen, dass und wie »Geschlecht« in die Institutionen der Berufsausbildung und des Arbeitsmarktes inkorporiert ist. In Verknüpfung mit einer lebenslauftheoretischen Perspektive wird darüber hinaus deutlich, wie Frauenbenachteiligung als »prozessuale Ungleichheit, über den Lebenslauf hinweg generiert wird, nämlich durch die Pfadabhängigkeit von Berufsbildung ebenso wie die Einbindung in unterschiedliche Lebensbereiche und das Wirken von familialen Anliegerinstitutionen, die eine nur begrenzt erwerbstätige Hausfrau und Mutter voraussetzen.

Die Erkenntnis der Semi-Professionalität sozialer Dienstleistungsberufe in Deutschland war für Helga Krüger eine wissenschaftliche wie bildungspolitische Herausforderung, wegen der damit einhergehenden Qualitätsprobleme wie auch der systematischen Abwertung von Frauenarbeit. Mit innovativen Konzepten und hohem persönlichem Einsatz hat sie sich nicht nur für eine universitäre Ausbildung in der Sozialpädagogik und damit zugleich eine verbesserte Erzieher/innenausbildung eingesetzt, son-

dern auch richtungweisende sozialwissenschaftliche *Beiträge für eine Verwissenschaftlichung der Pflegeausbildung* in Deutschland geleistet. Dank ihres Engagements wurde an der Bremer Universität einer der ersten universitären Studiengänge für die Ausbildung von leitendem Pflegepersonal eingerichtet.

So hat Helga Krüger über den Aufbau des ersten Sonderforschungsbereiches an der Universität bis hin zur Einrichtung innovativer Studiengänge die Geschichte der Bremer Universität über mehr als drei Jahrzehnte mit geprägt; sie hat die Gründungs-idee der Reformuniversität gerade in ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung immer ernst genommen und zugleich auch den erst heute deutlich sichtbaren Wandel zu einer erfolgreichen forschungsorientierten Einrichtung aktiv mitbetrieben.

Dabei markierte ihre Ortsfestigkeit weder intellektuell noch wissenschaftspolitisch räumliche Begrenzung. Sie ging vielmehr mit hoher internationaler Vernetzung in der Lebenslaufforschung, vermittelt über Gastprofessuren in den USA (University of Minnesota 1998, 2006) und Kanada (University of Toronto 1994), einher, die in eine Reihe gesellschaftsvergleichender Publikationen gemündet sind. Darüber hinaus war Helga Krüger langjährig als Gutachterin der DFG und des DAAD tätig und hat in wissenschaftlichen Beiräten, wie zum Beispiel des Deutschen Jugendinstituts München und des Instituts zur Erforschung Sozialer Chancen Köln, zur Entwicklung und Evaluation von praxisorientierten Forschungsprogrammen beigetragen.

Helga Krüger hatte viele Talente. Sie war eine mitreißende Lehrerin, hat an sich selbst und die Studierenden hohe Ansprüche gestellt, Diplomanden und Doktoranden ebenso intensiv wie verlässlich betreut und vielen Nachwuchswissenschaftlerinnen den Berufsweg gebahnt. Auch nach ihrem offiziellen Ausscheiden aus dem Hochschuldienst, war sie, von internen wie externen Doktoranden, als Betreuerin stark gefragt. Ähnliches gilt für Helga Krüger als Rednerin. Ihre Vorträge, lebendig und scharfsinnig, gesellschaftstheoretisch reflektiert und zugleich empirisch fundiert, etwa über den Wandel des Geschlechterverhältnisses oder die Langzeitwirkung von Ausbildungsberufen im Lebenslauf von Frauen, waren für ein wissenschaftliches wie allgemeines Publikum immer mitreißend.

»Die Zeit des Studierens nie zu Ende gehen lassen«, dieser Maxime ist Helga Krüger nicht nur in der wissenschaftlichen Arbeit, sondern auch in der Haltung zum eigenen Leben gefolgt. Die lebensbedrohliche Krankheit traf sie mitten in einer kreativen Schaffensperiode, in der sie, befreit von

Lehr- und Gremienverpflichtungen, weiter an Publikationen und Vorträgen arbeitete. Sie hat sich der plötzlichen Erfahrung der Endlichkeit des eigenen Lebens mit bewundernswerter Klarheit, Gelassenheit und Offenheit gestellt und so das Abschiednehmen auch für Kolleginnen und Kollegen in ihrem nahen Umfeld leichter gemacht. Ihr kreatives Denken, ihr ebenso konsequentes wie selbstverständliches Eintreten für Geschlechtergerechtigkeit, ihre Fähigkeit, Sozialwissenschaft als Praxis von Menschen, die auch Partner und Eltern sind, zu leben, ihre Ernsthaftigkeit und ihr Humor werden nicht nur in der Soziologie fehlen.

Walter R. Heinz, Karin Gottschall

Habilitationen

Prof. Dr. Michael Opielka hat sich am 15. Februar 2008 in der Fakultät Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Hamburg habilitiert. Die Habilitationsschrift trägt den Titel »Werte im Wohlfahrtsstaat. Soziologische Aspekte politischer Kultur«. Die *venia legendi* lautet Soziologie.

Call for Papers

Kommunikative Gattungen und soziale Formen

Workshop, Technische Universität Berlin, 6. und 7. November 2008

Der Workshop beabsichtigt, die soziologische Gattungsanalyse in methodischer wie theoretischer Hinsicht weiter voranzutreiben. Dabei sollen drei Bereiche diskutiert werden, die auf verschiedene Problemdimensionen bezogen sind: Neben Fragen nach den Grundlagen einer Theorie kommunikativer Gattungen kommen ebenso die methodischen Aspekte der Gattungsforschung in den Blick. Außerdem werden die Erträge der Gattungsforschung wiederum auf ihr gesellschaftstheoretisches Diagnosepotenzial hin betrachtet.

In dieser dreifaltigen Verbindung kommt nicht nur die Grundeigenschaft der Gattungsforschung zum Tragen, die protosoziologische, empirische und theoretische Dimensionen aufeinander bezieht. Das Spektrum bietet vor allem die Möglichkeit, diesen Ansatz, der aus einer handlungstheoretischen, auf der Mundanphänomenologie und der philosophischen Anthropologie aufsetzenden Theorieanlage der gesellschaftlichen Wirklichkeitskonstruktion herausentwickelt wurde, mit anderen Theorie- und Forschungsansätzen in die Diskussion zu bringen. Berührungspunkte ergeben sich dort, wo Interesse an einer Auseinandersetzung mit Fragen entsteht, die sich entlang der drei folgenden Bereiche aufspannen:

(a) Theoretische Grundlagen

Die Gattungsanalyse beschäftigt sich mit gesellschaftlich »gewachsenen« und verfügbaren Formen der Kommunikation in ihrem Verwendungszusammenhang. Gattungen sind in doppelter Weise auf Interaktionen bezogen, denn zum einen gehen sie »genetisch« aus Routinisierungen hervor, zum anderen stellen sie, einmal etabliert, Orientierungen für deren Ausführung zur Verfügung. Gattungen bilden sich als Kommunikationsinstitutionalisierungen zur Bewältigung sozial relevanter Probleme. Kommunikative Gattungen können

als Elemente einer Kultur betrachtet werden dergestalt, dass die Summe aller Kommunikationsgattungen sowie der nichtgattungsartigen Kommunikation den ›kommunikativen Haushalt‹ einer Gesellschaft bildet. Hier schließt sich eine Reihe von Fragen an, welche sowohl die Gattungsgenese, die Funktionsbestimmung von Gattungen sowie weitere grundlagentheoretische Bestimmungen betreffen. Wie lassen sich Gattungen als ›Institutionen der Kommunikation‹ bestimmen? In welcher Relation stehen ›Struktur‹ und ›Performanz‹ von Gattungen? Sind Gattungen Konstruktionen erster oder zweiter Ordnung? Müssen Handelnde über Handlungsformen verfügen, um Handlungen identifizieren zu können? Existieren Zwischenformen solcher Handlungsschemata und was von diesen Schemata der Herstellung und der Deutung auf der Ebene alltäglicher Interaktion kann auf die analytische sozialwissenschaftliche Ebene übertragen werden? Ein weiteres Problem betrifft die konzeptuelle Ausweitung der Gattungsanalyse: In welchem Bezug stehen kommunikative Gattungen zu anderen ›sozialen Formen‹? Wie lassen sich beide aufeinander beziehen und doch analytisch so voneinander abgrenzen, dass der Gattungsbegriff hinreichend diskriminierend wirkt?

(b) Materiale Untersuchungen

Zum zweiten sollen im Workshop materiale Untersuchungen und die dafür relevanten methodischen Fragen diskutiert werden. Wie lassen sich Gattungen empirisch untersuchen? Welche Ausweitung erfährt die Gattungsanalyse, die sich neben mündlichen in wachsendem Maße auch medialen, intermedialen und performativen Gattungen zuwendet? Welche angemessenen Verfahren der Datenproduktion, Korpusbildung und Analyse für gattungsanalytische Forschungen stehen zur Verfügung und inwiefern präjudiziert der Einsatz jeweils sehr verschieden ›gekörnter‹ methodischer Instrumente und Verfahrensweisen – von konversationsanalytischen Mikrostrukturanalysen über situationsethnographische Beobachtungsverfahren bis hin zu hermeneutischen Deutungsverfahren – die Reichweite der jeweils zu erzielenden Ergebnisse gattungsanalytischer Untersuchungen und (wie) lassen sie sich sinnvoll miteinander kombinieren bzw. zur wechselseitigen Ergebniskontrolle verwenden?

(c) Gesellschaftstheoretische Bedeutung

Der Absicht nach zielt die soziologische Gattungsanalyse von je her darauf, empirisch begründete Beiträge für die Gesellschaftstheorie zu liefern. Ihre mögliche Verengung auf eine Soziologie der Sprache, der Kommunikation oder der Medien ist Nebenfolge einer Reihe disziplininterner historischer Entwicklungen. Hier soll die Relevanz der Gattungsanalyse für die

Erforschung der Gegenwartsgesellschaft und die gegenwärtige soziologische Gesellschaftstheorie unterstrichen und ihr neue Impulse gegeben werden. Kommunikative Gattungen gehen über eine Kommunikationssoziologie weit hinaus, gleichwohl sie dennoch auf Kommunikation bezogen bleiben. Kommunikative Gattungen existieren in allen gesellschaftlichen Teilbereichen und quer dazu. Gerade die populären Formen erweisen sich häufig als allgemeine Formen eines faktisch den gesellschaftlichen Differenzierungsprozessen entgegenwirkenden »Inklusionsmechanismus«.

Die Veranstaltung soll in Form eines diskussionsorientierten Workshops durchgeführt werden. Von den Vortragenden werden kurze Impulsreferate (15 min) erbeten, die anschließend ausreichend Zeit für die gemeinsame Diskussionen lassen. Vortragsinteressenten sollten bis zum **30. August 2008** kurze Abstracts (1–2 Seiten) bei den Veranstaltern einreichen. Tagungsanmeldungen werden bis zum 31. Oktober 2008 an die Organisatoren erbeten. Organisiert und ausgerichtet wird die Veranstaltung von Bernt Schnettler und Rainer Schützeichel in Zusammenarbeit mit dem von Hubert Knoblauch geleiteten Fachgebiet Allgemeine Soziologie und Theorie Moderner Gesellschaften des Instituts für Soziologie der TU Berlin.

Organisatoren:

Dr. Bernt Schnettler
Institut für Soziologie
Technische Universität Berlin
bernt.schnettler@tu-berlin.de

Dr. Rainer Schützeichel
Institut für Soziologie
FernUniversität in Hagen
rainer.schuetzeichel@fernuni-hagen.de

Wirtschaftspolitische Herausforderungen des demographischen Wandels

Symposium des Arbeitskreises »Junge Demographie«, Berlin, 25. und 26. Februar 2009

Der Arbeitskreis »Junge Demographie« hat sich im Jahr 2007 innerhalb der Deutschen Gesellschaft für Demographie e.V. (DGD) gegründet. Das Ziel des Arbeitskreises ist die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und der nationalen und internationalen Zusammenarbeit auf dem interdisziplinären Gebiet der Demographie.

Bevölkerungsrückgang und Veränderungen der Altersstruktur stellen Gesellschaft, Wirtschaft und Politik vor große Herausforderungen. Die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen des demographischen Wandels auf das Arbeitsangebot und die Finanzierung sozialer Sicherungssysteme, sowie Fragen der Generationengerechtigkeit sind bereits vergleichsweise gut erforscht. Größere Unsicherheiten bestehen dagegen im Hinblick auf mögliche Auswirkungen auf die Arbeitsnachfrage, die Innovationsfähigkeit und die Arbeitsproduktivität. Nach wie vor sind kaum belastbare Aussagen über längerfristige Entwicklungen – zum Beispiel zu möglichen Fachkräftengpässen oder bezüglich struktureller Veränderungen in den Konsumbedürfnissen – möglich. Ebenso werden die kausalen Wirkungszusammenhänge zwischen sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen und der Fertilitätsentwicklung in der Literatur äußerst kontrovers diskutiert. Auch die Einschätzungen hinsichtlich der möglichen Beiträge von Migrations- und Integrationspolitiken zur Bewältigung des demographischen Wandels differieren erheblich.

Vor dem Hintergrund der bisherigen theoretischen und empirischen Erkenntnisse und Diskussionen zum demographischen Wandel stellt sich die Frage, in welcher Weise die Wirtschaftspolitik zur reaktiven Bewältigung des vorprogrammierten demographischen Wandels und zur proaktiven Korrektur der demographischen Entwicklung selbst beitragen kann. Der Arbeitskreis wird sich deshalb in nationaler und internationaler Perspektive mit bestehenden wirtschaftspolitischen Optionen im Zusammenhang mit der demographischen Entwicklung befassen. Ziel der Veranstaltung ist es, neueste Erkenntnisse zu den zu erwartenden wirtschaftlichen Auswirkungen zu präsentieren, ihre Konsequenzen zu diskutieren und politische Handlungsoptionen aufzuzeigen.

Wir erwarten theoretische und empirische Beiträge in englischer oder deutscher Sprache zu folgenden Punkten, die jeweils im Kontext zur demographischen Entwicklung zu betrachten sind:

- Wachstumspotential, Erwerbspersonenpotential, Produktivität und Innovationsfähigkeit, Sparverhalten
- Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen, Generationengerechtigkeit
- Strukturelle Veränderungen der Nachfrage auf Produkt-, Kapital- und Arbeitsmärkten, Fachkräftemangel
- Humankapitalbildung/Lebenslanges Lernen
- Anpassungsprozesse auf Unternehmensebene, Arbeitszeitmuster/-modelle

- Fertilitätsdeterminanten, Interaktion zwischen Fertilitätsanreizen des Steuer-Transfer-Systems und sonstigen ökonomischen und außer-ökonomischen Rahmenbedingungen

Die Veranstaltung ist interdisziplinär und international ausgerichtet. Beiträge aus den Bereichen der Demographie, Ökonomie, Soziologie, Statistik und Politikwissenschaft sind willkommen. In allen Beiträgen sollten Handlungsoptionen für die Wirtschaftspolitik aufgezeigt werden, die während des Symposiums diskutiert werden können. Aufgrund der einschlägigen Thematik werden auch Vertreter des deutschen Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie teilnehmen.

Abstracts sollten nicht mehr als drei Seiten umfassen, die Kontaktdaten des Autors/ der Autorin enthalten und bis zum **15. Oktober 2008** an einen der Organisatoren des Arbeitskreises gesandt werden. Entscheidungen bezüglich der Vortragsangebote werden bis Ende Oktober kommuniziert. Für Nachfragen stehen die Organisatoren gerne zur Verfügung. Weitere Informationen sind ebenso auf der Website <http://www.young-demography.org> zu finden.

Organisatoren des Arbeitskreises:

Thomas Salzmann, Universität Rostock
E-Mail: thom.salzmann@uni-rostock.de

Nadine Zielonke, Statistik Austria
E-Mail: nadine.zielonke@statistik.gv.at

Tagungen

Zeitgewinn und Selbstverlust. Folgen und Grenzen der Beschleunigung in der späten Moderne

Interdisziplinäres Symposium, Universität Hamburg, 12. und 13.09.2008

In diesem interdisziplinären Symposium wird es um die Frage gehen, wie sich gesellschaftliche Wandlungen von Zeitstrukturen auf individuelle Entwicklungen auswirken. Wie verändern sich Identitätsbildung, psychische Entwicklung und Bildungsprozesse unter Bedingungen zunehmender Beschleunigung und zeitlicher Verdichtung sozialer Abläufe? Welche Folgen haben Verkürzungen von Bildungs- und Entwicklungsphasen auf die Qualität der Bildungsprozesse? Soziale und psychische Prozesse sind zudem immer auch körperlich repräsentiert und leibgebunden: Körperlichkeit und Zeitlichkeit von Identitätsbildungsprozessen sind verknüpft. Entwicklung und Sozialisation sind daher leibgebundene Entwicklungen in der Zeit, die sich nicht beliebig, ohne destruktive Folgen, verdichten oder beschleunigen lassen. Auch finden sich in vielen Bereichen geschlechtstypische Strategien des Umgangs mit Zeit und Körperlichkeit – etwa geschlechtstypische Körpermanipulationen zur Kontrolle von Reifungs- oder Alterungsprozessen. Als zugleich psychisches und körperliches Symptom für Überforderung durch gesellschaftliche Beschleunigung und Entgrenzung gilt die weltweite Zunahme von Depressionen. Diese und weitere Phänomene werden mit Blick auf Ambivalenzen und Wechselwirkungen gesellschaftlicher und individueller Veränderungen erörtert.

Referentinnen und Referenten:

Prof. Dr. Nicole Aubert (Paris)

Prof. Dr. Andreas Dörpinghaus (Würzburg)

Dr. Esther Horn (Stuttgart)

PD Dr. Benigna Gerisch (Hamburg)
Prof. Dr. Vera King (Hamburg)
Prof. Dr. Hans-Christoph Koller (Hamburg)
Prof. Dr. Carmen Leccardi (Mailand)
Dr. Joanna Lipper (London)
Prof. Dr. Christa Rohde-Dachser (Hannover)
Prof. Dr. Hartmut Rosa (Jena)
Prof. Dr. Heinz Weiß (Stuttgart)

Die Tagung wird veranstaltet von Prof. Dr. Vera King und PD Dr. Benigna Gerisch (Universität Hamburg). Tagungsort ist die Universität Hamburg, Anna-Siemsen-Hörsaal, Von-Melle-Park 8, 20146 Hamburg. Die Tagungsgebühr beträgt 70 Euro, für Studierende 35 Euro, für Studierende der Universität Hamburg ist der Eintritt kostenfrei. Weitere Informationen unter: <http://www2.erzwiss.uni-hamburg.de/aktuell/Zeit-Flyer.pdf>. Anmeldungen bitte bei:

Sylvia Kahouaji
Universität Hamburg
Fak. EPB, Sektion 1
Von-Melle-Park 8
20146 Hamburg
Tel.: 040/42838 2143
Fax: 040/42838 2112
E-Mail: I1@erzwiss.uni-hamburg.de

Analysemöglichkeiten mit dem Sozio-oekonomischen Panel

Dreiteiliger Workshop SOEP@CAMPUS2008, Universität Duisburg-Essen, 22. bis 26. September 2008

Viele sozialwissenschaftliche Forschungsfragen lassen sich nur mit Längsschnittdaten untersuchen. Da der Umgang mit entsprechenden Datensätzen und Analyseverfahren anspruchsvoll, in der universitären Methodenausbildung aber nicht überall fest verankert ist, findet vom 22. bis 26. September 2008 an der Universität Duisburg-Essen ein Workshop zu den Analysemöglichkeiten des sozio-oekonomischen Panels statt. Die Veranstaltung richtet sich an Doktoranden, Nachwuchswissenschaftler und fort-

geschrittene Studierende aus den Fächern Soziologie, Ökonomie, Politikwissenschaft und Psychologie. Sie wird vom *Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten* finanziell gefördert und ist Teil der *RatSWD Nachwuchsworkshop-Reihe*.

Der Workshop besteht aus drei Modulen, die einzeln oder zusammen besucht werden können:

Einführung in die Benutzung des SOEP (Modul 1): Neben grundlegenden Informationen zum Datenangebot und dem Untersuchungsdesign des SOEP wird beispielhaft die haushalts- wie längsschnittbezogene Struktur der Daten vorgestellt und die Vielfalt der Analysepotentiale diskutiert. Es werden spezielle Tools präsentiert, die den Umgang mit der komplexen Datenstruktur erleichtern. Im Anschluss daran wird den TeilnehmerInnen die Möglichkeit gegeben, das Erlernete am Computer umzusetzen.

Analysepotentiale des SOEP – Diskussion aktueller Forschungsarbeiten (Modul 2): In Form kommentierter Präsentationen soll Doktoranden und Nachwuchswissenschaftlern die Möglichkeit geboten werden, ihre aktuellen Forschungsarbeiten einem Kreis erfahrener SOEP-Nutzer und in Verfahren der Längsschnittanalyse ausgewiesenen Experten vorzustellen und individuelle Rückmeldungen zu erhalten. Der 20-minütigen Präsentation einer Forschungsarbeit folgt eine intensive und kritische Würdigung durch einen peer bzw. senior (10 Min.) sowie eine daran anschließende Diskussion (30 Min.) im Plenum. Zudem soll das zweite Modul als Forum des informellen und kollegialen Erfahrungsaustauschs dienen. Insgesamt besteht die Möglichkeit der Präsentation und Diskussion von sieben Beiträgen. Die Auswahl der Beiträge erfolgt durch die Veranstalter. Den ausgewählten Referenten werden die Reise- und Unterkunftskosten erstattet.

Verfahren der Längsschnittanalyse und ihre Anwendung im SOEP (Modul 3): Über Lehrvorträge und darauf bezogene praktische Übungen am Computer wird ein vertiefender Einblick in die Ereignisanalyse und die Panelregression sowie ihre Anwendungsmöglichkeiten im Rahmen des SOEP gegeben. Zugleich wird das methodische Vorgehen der im Modul 2 vorgestellten Forschungsarbeiten in Form von Posterpräsentationen detailliert vorgestellt und in kleinen Gruppen diskutiert.

Mit dieser Dreiteilung richtet sich der Workshop insbesondere an Doktoranden und Nachwuchswissenschaftler/innen, die (1) für ihre theoretischen Fragestellungen geeignete Datensätze zur Sekundäranalyse suchen,

(2) bereits das SOEP nutzen und ihre aktuellen Forschungsarbeiten intensiv mit *peers* und *seniors* diskutieren möchten und (3) Längsschnittanalysen mit dem SOEP planen und sich einen Überblick über geeignete Verfahren verschaffen möchten.

In den computerbezogenen Lehreinheiten wird ausschließlich die Statistik-Software STATA verwendet. Teilnehmern ohne STATA-Kenntnisse wird deshalb eine Einführungsveranstaltung am 22. September angeboten. Zudem setzt der Workshop Kenntnisse in multivariaten Analyseverfahren voraus.

Die Teilnahme ist für den gesamten Workshop oder auch gesondert für die Module möglich. Die Gebühr für die Teilnahme am gesamten Workshop beträgt 40 Euro (Doktoranden 20 Euro), für einzelne Module jeweils 15 Euro (Doktoranden 8 Euro). Referenten in Modul 2 sind von der Gebühr befreit und erhalten ihre Reise- und Unterkunftskosten erstattet. In der Teilnahmegebühr sind enthalten: Gesamte Dokumentation des Workshops mit Präsentationen, STATA-Beispielprogrammen und den vorgestellten Beiträgen auf CD sowie Getränke in den Pausen.

Veranstaltet wird der Workshop von Stefan Liebig und den MitarbeiterInnen des Lehrstuhls für Empirische Sozialstrukturanalyse (Universität Duisburg-Essen), Hans-Jürgen Andreß (Universität zu Köln), Martin Diewald (Universität Bielefeld) und Jürgen Schupp (DIW Berlin und FU Berlin).

Die Online-Anmeldung ist seit dem 1. Juli 2008 möglich: <http://www.uni-due.de/soziologie/soepatcampus/>

Call for papers

Doktoranden und Nachwuchswissenschaftler/innen, die in Modul 2 eine Forschungsarbeit unter Verwendung von SOEP-Daten vorstellen möchten, senden bis **15. Juli 2008** ein maximal 2-seitiges Abstract, in dem Fragestellung, Theoriebezug, verwendete Daten und Analyseverfahren sowie zentrale Ergebnisse dargestellt sind. Die Auswahl und Benachrichtigung erfolgt bis 1. August 2008. Angenommene Beiträge müssen bis 1. September in Form eines maximal 75.000 Zeichen umfassenden Artikels vorgelegt werden.

Home and Urbanity.

Cultural perspectives on housing and everyday life

International Conference, Copenhagen, 29 to 31 October 2008

The conference discusses a range of cultural perspectives on housing research, focusing on the role that housing plays in everyday life. This focus is related to the broader shifts of globalisation, which lead to new practices and identities, often cross cutting well known boundaries of public and private, urban and suburban, and home and away.

The conference looks at the intersection of everyday life and globalisation from the perspective of inter-disciplinary cultural analysis, drawing from anthropology, sociology, and the humanities. How are flows, objects, images, people and narratives incorporated into everyday urban practices? How might unreflexive, everyday practices provide a grounded sense of place and maintain local cultural identity? And in this context, how is meaning and perception generated in housing and everyday life? The aim is to contribute to discussions of globalisation by moving these discussions closer to »home« and likewise, to see how local experiences influence those global.

Plenary sessions as well as the workshops on October 29 will discuss the following four topics:

I. Interactions between site-specificity and the realms of globality

With a focus on the house the session deals with interactions between site-specificity and over all phenomena such as globalisation, urbanity, continuity, ghosts, and art. The intention is to integrate the global realm of flows, networks, and wired-up-ness on one hand, site-specificity, materiality, and intimacy on the other, and to emphasize the relations between these spheres in the house.

Contributors: Setha Low, Prof. of Anthropology and Environmental Psychology, City University of New York (US); Inger Sjørnslev, Ass. Prof. of Anthropology, University of Copenhagen (DK); Jan Bäcklund, artist (S); Kirsten Marie Raahauge, Post.Doc., Anthropology, University of Copenhagen (DK)

II. Housing consumption – home creation – identity formation

Renovating, decorating and furnishing our houses can be viewed as processes of consumption. In these processes we create 'home'. We create a feeling of belonging and at the same time we develop our personal identity. The workshop will focus on differences in how people relate to and change the material, the architecture and design of houses and artefacts.

Contributors: David Clapham, Prof. of Housing, Cardiff University (UK); Orvar Löfgren, Prof. of Ethnology, Lund University (S); Ida Wentzel Winther, Ass. Prof., Danish School of Education (DK); Kirsten Gram-Hanssen, Claus Bech-Danielsen, Senior Researchers, Danish Building Research Institute (DK)

III. Everyday life in housing areas

Theories of globalisation and mobility suggest that the characters of places are fundamentally shifting. However, they rarely take everyday sites such as suburban housing areas as a prism for exploring these changes. This module looks at everyday and embodied practices as a focus for the enquiry into suburban housing areas. How is everyday life in such a seemingly banal setting changing in the context of globalisation?

Contributors: Mike Savage, Prof. of Sociology, University of Manchester (UK); Sarah Pink, Reader Social Anthropology, Loughborough University (UK); Mark Vacher, Post.Doc., Anthropology, University of Copenhagen (DK); Helene Hjorth Oldrup, Post.Doc., Sociology, University of Copenhagen (DK)

IV. Suburbia. Concepts and culture

Suburbia is closely related to modernity and the rise of the city. Today it is one of the most popular urban settlements in modern world and it represents middleclass, sit-coms and straight line hedges. As such, suburbia has become an important cognitive figure in modernity. This part of the conference investigates images of the middle class suburbia. Both classic and more unconventional interpretations of suburbia are presented to illuminate ideas and visions of the outer city.

Contributors: Vesna Goldsworthy, Dir., Centre for Suburban Studies, Kingston University (UK), Anne Jerslev, Ass. Prof., Copenhagen University (DK); Poul Sverrild, Historian, The House of History, Hvidovre (DK); M2, architectural practice, single family housing; Birgitte Bundesen Svarre,

ph.d., School of Architecture, Copenhagen; Mette Mechlenborg, ph.d., University of Southern Denmark

The conference fee is Euro 200, students can participate for a lower rate of Euro 70. The fee includes all meals during the conference. There is no extra fee for the workshop taking place on Wednesday 29th. For further information please visit our website: <http://www.bovelconference.dk> or contact:

Anne-Lise Schulze Andersen
Copenhagen University
Center for Housing and Welfare
Øster Farimagsgade 5
DK 1014 Copenhagen K, Denmark
Tel.: +45 3532 4505
E-Mail: alsa@soc.ku.dk

Michael Huber Die Zukunft der Universität

Statt der hochschulpolitischen Diskussion eine weitere Prognose der Entwicklung der deutschen Universitäten beizusteuern, wird in diesem Beitrag der Frage nachgegangen, wie Zukunftsentwürfe entfaltet werden und wie sie sich in die Organisation der Universitäten einschreiben. Ausgehend von Humboldts *Idee der Universität* von 1809 wird die traditionelle Wertorientierung der Zukunftsentwürfe diskutiert, um sie dann mit der neuen, durch das *New Public Management* eingeführten Orientierung an Knappheit zu kontrastieren. Eine hier näher behandelte Folge dieser Umstellung auf Knappheit besteht darin, dass die Zukunft der Universität vorrangig in ihrer organisatorischen Form, als ›Universität der Zukunft‹, thematisiert wird. Einige dieser organisationsbezogenen Zukunftsentwürfe werden skizziert, um dann die Frage aufzuwerfen, wie die Universität mit den sozialen Folgen der Knappheit umgeht. Am Beispiel englischer Universitätsregulierung wird ein weiterer Entwicklungsschritt skizziert, in dem Lehre, Forschung und andere akademische Aktivitäten als Risiken interpretiert werden. Damit wird langfristige Planung ermöglicht, allerdings hat die Risikoorientierung auch zur Folge, dass interne Konfliktlinien nicht mehr an der Verteilung der Ressourcen ausgerichtet sind, sondern am Verteilungsmuster von Risiko und Gefahr.

Instead of forecasting another future of German universities, this contribution raises the questions of how these blueprints of the future of universities are designed and what are the consequences for the universities. Starting from Wilhelm von Humboldt's *idea of the university* (1809) the traditional reliance on values when forecasting the future is contrasted with the scarcity that is promoted by the *New Public Management*. One of the consequences of this change concerns the form of blueprints of the future: they are conceptualised in an organisational form. The future of the university is transformed into the ›University of the Future‹. Some of these organisational blueprints are outlined to account for the management of the social effects of the orientation towards scarcity. The paper focuses on the emergent risk university in the UK that reinterprets teaching, research and other academic activities as risks. This modification enables improved long range planning and manageability. Nevertheless, it also implies that the internal cleavages are less concerned with the allocation of resources but rather with the allocation of risks and dangers.

Wir bitten Sie, bei der Fertigstellung Ihres Manuskriptes folgende Hinweise zur Textgestaltung zu berücksichtigen:

Bitte verwenden Sie die neue deutsche Rechtschreibung, verzichten Sie möglichst auf Abkürzungen und formulieren Sie Ihren Beitrag in einer geschlechtergerechten Sprache.

Fußnoten nur für inhaltliche Kommentare, nicht für bibliographische Angaben benutzen.

Literaturhinweise im Text durch Nennung des Autorennamens, des Erscheinungsjahres und ggf. der Seitenzahl in Klammern. Zum Beispiel: (König 1962: 17). Bei *zwei Autor/innen* beide Namen angeben und durch Komma trennen, bei *drei und mehr Autor/innen* nach dem ersten Namen »et al.« hinzufügen.

Mehrere Titel pro Autor/in und Erscheinungsjahr durch Hinzufügung von a, b, c ... kenntlich machen: (König 1962a, 1962b).

Bei *wiederholter Zitierung* ein und derselben Quelle Literaturhinweis wiederholen, nicht Abkürzungen wie »a.a.O.« oder »ebda.« benutzen.

Mehrere aufeinander folgende Literaturhinweise durch Semikolon trennen: (König 1962: 64; Berger, Luckmann 1974: 137)

Auf die Angabe von *online-Quellen* im Text sollte nach Möglichkeit verzichtet werden. Ist dies unvermeidlich, bitte URL mit Datum des Aufrufs angeben: (<http://www.sueddeutsche.de/wissen/artikel/625/56569>, 23. Juni 2007)

Literaturliste am Schluss des Manuskriptes: Alle zitierten Titel alphabetisch nach Autorennamen und je Autor/in nach Erscheinungsjahr (aufsteigend) geordnet in einem gesonderten Anhang aufführen. Hier bei mehreren Autor/innen alle namentlich, durch Kommata getrennt, nennen. Verlagsort und Verlag angeben.

Bücher: Luhmann, N. 1984: Soziale Systeme. Grundriss einer allgemeinen Theorie. Frankfurt/ M.: Suhrkamp.

Zeitschriftenbeiträge: Müller-Benedict, V. 2003: Modellierung in der Soziologie – heutige Fragestellungen und Perspektiven. Soziologie, 32. Jg., Heft 1, 21–36.

Beiträge aus Sammelbänden: Lehn, D. von, Heath, Ch. 2003: Das Museum als Lern- und Erlebnisraum. In J. Allmendinger (Hg.), Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Opladen: Leske + Budrich, 902–914.

Online-Quellen: Berger, R., Hammer, R. 2007: Links oder rechts; das ist hier die Frage. Eine spieltheoretische Analyse von Elfmeterschüssen mit Bundesligadaten. Arbeitsbericht des Instituts für Soziologie der Universität Leipzig Nr. 47, http://www2.uni-leipzig.de/~sozio/content/site/a_berichte/47.pdf (letzter Aufruf 23. Juni 2007).

Fügen Sie Ihrem Manuskript bitte **deutsche und englische Zusammenfassungen von maximal je 15 Zeilen**, sowie **Name, Titel und Korrespondenzadresse** bei. Speichern Sie Ihren Text bitte im Format Ihres Schreibprogramms und als rtf-file (Rich Text Format) und schicken Sie die Dateien **per E-Mail oder Diskette** an die Redaktion der Soziologie.

Neue Studien der Geschlechterforschung



Renate Tobies (Hg.)

»Aller Männerkultur zum Trotz«

Frauen in Mathematik, Naturwissenschaften und Technik

2., aktualisierte und erweiterte Auflage 2008
364 Seiten

ISBN 978-3-593-38614-0

Die Motive und Wege von Frauen in Mathematik, Naturwissenschaften und erstmals in der elektrotechnischen Industrie und der Luftfahrtforschung werden nachvollzogen.



Franziska Schreyer

Akademikerinnen im technischen Feld

Der Arbeitsmarkt von Frauen
aus Männerfächern

2008, 245 Seiten

ISBN 978-3-593-38612-6

Seit fast 30 Jahren gibt es Versuche, mehr Frauen für »Männerberufe« zu gewinnen. Wie aber ist die berufliche Situation von Frauen, die stark männerdominierte Fächer studiert haben?



Petra Lucht, Tanja Paulitz (Hg.)

Recodierungen des Wissens

Stand und Perspektiven der
Geschlechterforschung in
Naturwissenschaften und Technik

2008, 234 Seiten

ISBN 978-3-593-38601-0

Die Autorinnen dieses Bandes untersuchen die Spielarten der geschlechtlichen Codierungen und Recodierungen von naturwissenschaftlichem und technischem Wissen.

Mehr Informationen unter
www.campus.de

campus

Frankfurt · New York



Ludger Heidbrink, Alfred Hirsch (Hg.)
**Verantwortung als
marktwirtschaftliches Prinzip**
Zum Verhältnis von Moral und Ökonomie
2008, 544 Seiten
ISBN 978-3-593-38639-3

»Raubtierkapitalist« und Wohltäter – auf viele Unternehmer scheinen beide Zuschreibungen zuzutreffen. Die Autoren des Bandes gehen diesem scheinbaren Widerspruch zwischen Markt und Moral nach.



Ludger Heidbrink, Alfred Hirsch (Hg.)
Staat ohne Verantwortung?
Zum Wandel der Aufgaben von
Staat und Politik
2007, 500 Seiten
ISBN 978-3-593-38217-3

Die Autoren des Bandes untersuchen, welche Auswirkungen der Rückzug des Staates aus der Erfüllungsverantwortung auf seine Steuerungsfähigkeit hat.



Ludger Heidbrink, Alfred Hirsch (Hg.)
Verantwortung in der Zivilgesellschaft
Zur Konjunktur eines
widersprüchlichen Prinzips
2006, 420 Seiten
ISBN 978-3-593-38010-0

Der Band geht den Widersprüchen der »Verantwortungsgesellschaft« nach, die dem Einzelnen viel Entscheidungsspielraum lässt, ihm aber zugleich immer schwerere Lasten auferlegt.

Mehr Informationen unter
www.campus.de

campus
Frankfurt · New York